



Stenografischer Bericht

51. Sitzung

am Freitag, dem 26. Januar 2001,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 3641

TOP 8

Erste Beratung

Ergebnisse der EU-Regierungskonferenz

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4069**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- **Drs. 3/4133**

Herr Tögel (SPD)..... 3641, 3653
Ministerpräsident Herr Dr. Höppner..... 3643
Herr Wolf (FDVP) 3647
Herr Dr. Sobetzko (CDU)..... 3649
Herr Gärtner (PDS)..... 3651
Frau Brandt (DVU-FL) 3652

Ausschussüberweisung 3654

TOP 9

Beratung

Information über Landesinitiativen

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4023**

Herr Metke (SPD) 3655, 3660

Minister Herr Gabriel..... 3656
Herr Dr. Süß (PDS)..... 3657
Herr Weich (FDVP) 3658
Herr Becker (CDU)..... 3659

Beschluss 3661

TOP 10

Beratung

Gefährdung von Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt durch Prüfverfahren der Europäischen Kommission

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4097**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- **Drs. 3/4131**

Herr Gürth (CDU)..... 3662, 3668
Minister Herr Gabriel..... 3664
Herr Wolf (FDVP)..... 3665
Herr Dr. Süß (PDS)..... 3666
Frau Budde (SPD) 3667

Beschluss 3669

TOP 15

Beratung

**Auswirkungen der Äußerungen des
Ministers für Wirtschaft und Techno-
logie Herrn Gabriel im „Spiegel“**Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4079**

Herr Scharf (CDU)	3670
Minister Herr Gabriel.....	3673
Herr Dr. Fikentscher (SPD).....	3675, 3683
Herr Wiechmann (FDVP)	3677
Frau Dr. Sitte (PDS).....	3677
Herr Büchner (DVU-FL)	3678
Herr Gürth (CDU).....	3679
Ministerpräsident Herr Dr. Höppner	3680
Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU).....	3682
Beschluss	3683

TOP 19

Beratung

SchulentwicklungsplanungAntrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4093**

Frau Feußner (CDU).....	3684
Minister Herr Dr. Harms.....	3684
Frau Brandt (DVU-FL)	3687
Herr Wolf (FDVP).....	3687
Frau Stolfa (PDS)	3687
Frau Kauerauf (SPD).....	3688
Beschluss	3689

TOP 20

Beratung

**Mittel- und längerfristige Sicherung eines
qualitativ und quantitativ ausreichenden
Lehrkräftebestands an den allgemein
bildenden und berufsbildenden Schulen
im Land Sachsen-Anhalt**Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4100**Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- **Drs. 3/4129**

Frau Dr. Hein (PDS).....	3689
Minister Herr Dr. Harms	3691
Herr Kuntze (CDU).....	3692
Frau Kauerauf (SPD)	3694
Herr Weich (FDVP)	3695

Beschluss.....3696

TOP 21

Beratung

**Rahmenbedingungen für die Personal-
entwicklung an den Hochschulen Sach-
sen-Anhalts**Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4101**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- **Drs. 3/4134**

Frau Dr. Sitte (PDS)	3696, 3700
Minister Herr Dr. Harms	3697
Frau Wiechmann (FDVP).....	3699
Herr Dr. Bergner (CDU)	3699

Beschluss.....3701

Beginn: 9.06 Uhr.

Präsident Herr Schaefer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne die 51. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der dritten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie, verehrte Anwesende, auf das Herzlichste.

Meine Damen und Herren! Der morgige Tag, der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Er dient der Erinnerung an das millionenfache Leid und den millionenfachen Mord, der in deutschem Namen verübt wurde. Wir begehen diesen Gedenktag in dem Wissen, dass die Auseinandersetzung mit dem wohl schrecklichsten Teil unserer Geschichte weder abgeschlossen ist noch abgeschlossen werden darf.

Meine Damen und Herren! Während sich die Schuldfrage für die heutige Generation kaum mehr stellt, wächst uns aus unserer Geschichte eine historische Verantwortung zu. Diese Verantwortung bedeutet für Jugendliche, sich auch nach mehr als einem halben Jahrhundert nach den Geschehnissen mit unserer Vergangenheit auseinander zu setzen.

Dass die Jugend dies in ihrer großen Mehrheit möchte und auch weiterhin tut, beweist nicht zuletzt das Beispiel des ehemaligen Magdeburger Außenlagers „Magda“ des Konzentrationslagers Buchenwald, in dem wir am heutigen Tag der Opfer gedenken werden. Es war ein junger Mensch, der das nahezu der Vergessenheit anheim gefallene Lager mit seinen Recherchen nachdrücklich in die Erinnerung zurückrief.

Verantwortung heißt darüber hinaus für uns Ältere, Position zu beziehen. Das bedeutet vor allem, die Fragen der Jüngeren aufrichtig zu beantworten, sich ihnen zu stellen. Das heißt auch, die großen Dimensionen des Geschehenen herunterzubrechen ins Vorstellbare. Das heißt schließlich, Werte zu vermitteln und Orientierung zu bieten. Hierin liegt ein Auftrag an die Familien, an die Eltern und an die Großeltern. Es ist ein Auftrag an die Schule und an die gesellschaftlichen Institutionen. Es ist auch ein Auftrag an uns Parlamentarier, dem wir gerecht werden müssen.

Meine Damen und Herren! Die Verantwortung vor der Geschichte erfordert auch, sich der Tatsache bewusst zu sein, dass das Intolerante, das Feindliche gegenüber dem Ungewohnten, gegenüber dem Fremden und der Drang, in schwierigen Lebenslagen nach Sündenböcken zu suchen, bedauerlicherweise in uns allen angelegt sind.

Angesichts dieser Erkenntnis ist es umso wichtiger, sich für die Toleranz in unserer Gesellschaft und gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz einzusetzen. Wir müssen stets und unermüdlich für die Stärkung unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens eintreten. Wir müssen jene unterstützen, die sich für die Erziehung zur Toleranz und für die Demokratie engagieren.

Lassen Sie mich hinzufügen: Wer vor dem Hintergrund des in letzter Zeit wieder Geschehenen schweigt, ist nicht anständig. Das ist eine der Lehren aus unserer Geschichte, aus Auschwitz und von Magda. Nach Auschwitz kann Schweigen nicht mehr anständig sein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei der PDS und von der Regierungsbank)

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir beginnen mit dem **Tagesordnungspunkt 8:**

Erste Beratung

Ergebnisse der EU-Regierungskonferenz

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4069**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4133**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Tögel. Im Anschluss wird der Ministerpräsident das Wort ergreifen. Ich bitte Herrn Tögel um seinen Beitrag.

Herr Tögel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag ist die logische Schlussfolgerung aus den Landtagsbeschlüssen vom Juni letzten Jahres zur Osterweiterung und zu den EU-Reformen. Der Vertrag von Nizza lässt niemanden in Jubelschreie ausbrechen. Er hat aber - das ist die entscheidende Aussage - das Reformziel der Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union erreicht. Ich will das ganz deutlich sagen: Dieses wichtige Ziel ist damit erreicht worden. Jeder, der sich gegen die Ratifikation des Vertrages von Nizza ausspricht, muss sich den Verdacht anheften lassen, dass er gegen die Osterweiterung ist.

Meine Damen und Herren! Über die Einzelheiten des Vertrags, wie die Stimmengewichtung, die Entscheidungsverfahren und die Sitzverteilung, wurde in den Medien ausführlich berichtet. Das ist bei europäischen Themen nicht immer üblich. Aber in diesem Fall gab es auch aufgrund der Dramatik, die die Sitzung des Rates in Nizza an sich hatte, eine relativ ausführliche Berichtserstattung. Über die Einzelheiten der Sitzverteilung sowie die Vor- und Nachteile, die für Deutschland daraus erwachsen, können wir sicherlich noch einmal im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten reden.

Die problematische Verhandlungsführung der französischen Ratspräsidentschaft hat zu einigen Unklarheiten hinsichtlich des Vertragstextes nach dem Ende der Konferenz geführt. Inzwischen sind diese wohl durch die Diplomaten ausgeräumt worden, sodass die Unterzeichnung des Vertrages von Nizza, wie ich vorgestern in der Zeitung gelesen habe, durch die Regierungschefs am 26. Februar dieses Jahres in Brüssel erfolgen wird. Danach kann das Ratifikationsverfahren in den einzelnen Mitgliedstaaten beginnen.

Besonders interessant aus der Sicht der deutschen Bundesländer ist die Erklärung der Regierungschefs zur Zukunft der Union, in deren Folge im Jahr 2004 eine Regierungskonferenz einberufen werden soll, die unter anderem über die Themen Kompetenzabgrenzung und Vereinfachung der Verträge beraten soll.

Weiterhin wurde in Nizza beraten, dass auch der Status der Grundrechtecharta zukünftig diskutiert werden soll, also die Frage, ob wir die Grundrechtecharta in die Verträge aufnehmen wollen bzw. in welcher Form und wann dies geschehen soll.

Ebenso wichtig ist ein Beschluss von Nizza in Bezug auf das Thema Daseinsvorsorge. Auch dazu gibt es einen Ratsbeschluss.

Ich will mich in meinen Ausführungen auf die Dinge konzentrieren, die zum Punkt 3 des Antrages gehören:

Welche Handlungsmöglichkeiten, welche Mitwirkungsmöglichkeiten hat der Landtag, haben die Landesparlamente in dem Prozess der Ratifikation?

Ich will deutlich sagen - das ist sicher nicht allen hier im Raum bewusst -, dass in Deutschland die Länder, also die regionale Ebene, eine in Europa einzigartige Mitwirkungsmöglichkeit bei den Verträgen im Rahmen der Europäischen Union haben. Der Bundesrat, das heißt die Länderkammer, ist als einzige europäische regionale Institution direkt in die Entscheidung über die Verträge von Nizza einbezogen. Das heißt also, wenn der Bundesrat ablehnen sollte, würde der ganze Vertrag von Nizza nicht zum Tragen kommen.

Wir haben Vergleichbares bei den Staatsverträgen beispielsweise zu den Medien, zu denen wir in den Landesparlamenten auch nur mit Ja oder Nein votieren können. Wir haben keinerlei Möglichkeiten, noch Einfluss auf die Inhalte zu nehmen.

Ähnlich ist das Verfahren im Bundesrat. Allerdings scheint mir in der Frage der Verträge von Nizza die Zustimmung des Bundesrates sicher zu sein; denn der designierte Kanzlerkandidat der Union, Herr Stoiber, hat inzwischen schon seine Zustimmung signalisiert. Es hat den Anschein, als mutierte er auf dem Weg zum Bundeskanzleramt inzwischen auch zu einem wahren Europäer.

Zu verdanken haben die Länder die Mitwirkungsmöglichkeiten dem neuen Artikel 23 des Grundgesetzes, der aber in der Folge seiner Einführung durch die Änderung des Grundgesetzes Mitte der 90er-Jahre weiter ausgestaltet werden muss. Dazu hat sich vor allem auch in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren einiges getan. Ich will einige Beispiele dafür nennen.

So ist das Büro in Brüssel seit 1994 nicht mehr nur Entsorgungsposten für überflüssige oder nicht verwendungsfähige Verwaltungsbeamte des Landes;

(Zuruf von der CDU: War das einmal so?)

vielmehr hat es sich in dieser Zeit nicht nur hinsichtlich seiner Stärke entwickelt - inzwischen sind dort acht bis zehn Mitarbeiter tätig -, sondern es besteht auch aus einem jungen, engagierten Team, das inzwischen auch sehr gute Kontakte in die Häuser des Landes Sachsen-Anhalt hat, was in der Vergangenheit nicht immer der Fall war. Ich denke, das trägt auch dazu bei, dass die Verbindung der Häuser zu europäischen Themen etwas besser wird und die Sensibilität in den Häusern für solche Themen gestärkt wurde.

Auch in der Staatskanzlei ist ein fachlich hervorragendes Referat installiert. Ich denke, ich kann es nach drei Jahren als Mitglied im Ausschuss der Regionen beurteilen: Das Land Sachsen-Anhalt leistet im Zusammenspiel dieser beiden Organisationseinheiten in Brüssel und in der Staatskanzlei auf europäischer Ebene mehr als manches größere Bundesland.

(Herr Becker, CDU: Oh!)

- Ja, das ruft bei Herrn Becker Erstaunen hervor. Es gab einen Artikel in der „Wirtschaftswoche“. Darin wurde das Büro Sachsen-Anhalts mit dem von Nordrhein-Westfalen verglichen. Ich muss sagen, in diesem Zusammenhang hat das Land Sachsen-Anhalt sehr gut abgeschnitten.

Leider gibt der Landtag - damit will ich zu der Frage, was den Landtag betrifft, zurückkommen - im Hinblick auf die

Europapolitik ein eher trauriges Bild ab. Es hat sich hier im Landtag in den vergangenen Jahren kein adäquates Bewusstsein zur Bedeutung der Europapolitik entwickelt. Neben Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg ist Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland, dessen Parlament keinen eigenen Europaausschuss hat. Wenn wir in der nächsten Legislaturperiode, wie es der Präsident vorgeschlagen hat, darüber nachdenken sollten, wieder einen eigenen Ausschuss einzurichten, dann sollten wir allerdings nur daran gehen, wenn tatsächlich auch der Wille der Abgeordneten zur Mitwirkung in einem solchen Ausschuss erkennbar wird.

(Zustimmung von Frau Bull, PDS)

Das heißt aus meiner Sicht Folgendes: Die Anbindung an den Wirtschaftsausschuss ist vielleicht thematisch nahe liegend. Dort hat dieser Themenkomplex aber bei den vielen Problemen, die im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren sind, nicht die prioritäre Stellung, die dem Thema nach meiner Ansicht zukommen sollte. Das ist kein Vorwurf an die Abgeordneten im Wirtschaftsausschuss; aber sie haben natürlich für die Mitwirkung im Ausschuss andere Prioritäten gesetzt, nämlich wirtschaftspolitische Prioritäten. Demzufolge ist es auch für viele Abgeordnete sehr schwierig, dieser relativ komplizierten Materie zu folgen und inhaltlich immer auf dem Laufenden zu sein.

Wir haben natürlich ein paar grundsätzliche Probleme, die ich ganz offen ansprechen möchte und die geklärt werden müssten, wenn wir diesen Ausschuss in der nächsten Legislaturperiode eingesetzt haben sollten. Wir haben das Problem, dass es keine eigene Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer in Fragen der Europapolitik gibt. Wir haben das Problem, dass es keinen eigenen Haushalt für Europapolitik gibt. Das heißt, es gibt auch nicht so richtig etwas zu beschließen, was eine ähnliche Wirkung wie Beschlüsse etwa im Finanzausschuss oder im Bildungsausschuss entfalten würde.

Ein besonderes Problem ist, dass wir einen relativ langen Vorlauf haben. Die Dinge, über die heute auf europäischer Ebene geredet wird, werden erst in zwei, drei oder fünf Jahren auf regionaler Ebene wirksam, manchmal auch etwas schneller. Das Problem der Abgeordneten ist natürlich, dass die Angelegenheiten, die nahe liegende Probleme bereiten und aktuell sind, viel intensiver beleuchtet werden als solche, die weiter entfernt sind. Ich denke, wir müssten darüber reden, wie wir damit umgehen können. Wir sollten auch mit den Kollegen in den anderen Bundesländern oder in anderen Regionen Europas darüber diskutieren, wie wir in dieser Hinsicht weiter verfahren können.

Ich will noch ganz kurz auf Punkt 4 des Antrages eingehen. Wir sehen natürlich auch, dass weitere Schritte zur Verbesserung der Transparenz von EU-Entscheidungen, zur Effektivierung der Verwaltung und zur Demokratisierung der EU-Organen notwendig sind. Wir wollen ständig daran arbeiten; aber das ist natürlich eine Politik der kleinen Schritte.

Es gibt natürlich immer den Widerspruch zwischen Regierungshandeln und parlamentarischer Kontrolle. Wir sehen ja hier im Lande auch, wie schwierig es ist, hierbei ein ausgewogenes Verhältnis zu finden. Aber ich denke, mit dem Vertrag von Nizza sind wir ein kleines Stück vorangekommen. Wir sollten uns als Landtag eindeutig hinter die Landesregierung stellen, damit die positiven Ergebnisse von Nizza wenigstens wirksam werden und nicht die - zum Teil berechnete - Kritik die Ober-

hand gewinnt. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Abgeordneter Tögel, hier besteht der Wunsch nach Beantwortung einer Frage. Herr Gürth, stellen Sie bitte Ihre Frage.

Herr Gürth (CDU):

Herr Tögel, ich habe zwei Fragen an Sie, weil der Antrag, den Sie zu der Konferenz von Nizza eingebracht haben, sehr einseitig die vermeintlich erfolgreichen Ergebnisse darstellt. Wenn ich auch mit Ihnen darin übereinstimme, dass die Kritik nicht überwiegen darf, darf man doch das, was nicht erreicht wurde und was für uns wichtig ist, nicht verschweigen.

Sie brachten Ihr Bedauern darüber zum Ausdruck - dieses teile ich -, dass wir im Landtag keinen Europaausschuss haben. Ich frage Sie: Wieso haben die Sozialdemokraten nicht für die Einsetzung eines Europaausschusses in diesem Parlament gestimmt? Es gab zu Beginn der Legislaturperiode entsprechende Anträge. Das ist leider nicht zustande gekommen, was ich sehr bedauere.

Zweite Frage: Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass bei einer Reihe von sehr wichtigen Themen, die auch die Bundesregierung vor Nizza angesprochen hat, überhaupt keine Fortschritte erreicht wurden und wir von den Zielen weiter denn je entfernt sind, obwohl zum Beispiel Bundesaußenminister Fischer noch im Dezember vor dem Gipfel in Nizza die Auffassung der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht hat, dass es dieses Mal keine Left-overs geben dürfe; alles Wichtige müsse entschieden sein, wenn Nizza vorbei sei. Wir wissen, dass eine Reihe von Dingen nicht entschieden worden ist.

Wie beurteilen Sie die Stärkung des Europäischen Parlaments im Zuge von mehr Demokratisierung des europäischen Prozesses? Die Zahl der Sitze im Europaparlament wird - entgegen allen Zusagen - auf 734 ansteigen, teilweise sogar bis auf 900.

(Zurufe von der PDS und von der SPD: Frage!)

Glauben Sie, dass dies angesichts der Tatsache, dass die Rechte des Parlaments nicht in ausreichendem Umfang erweitert wurden, ein Erfolg ist?

Nächste Frage:

(Unruhe - Herr Tögel, SPD: Das ist schon die dritte!)

Wie beurteilen Sie den Einstimmigkeitszwang und das Mehrheitsverfahren, das in Einzelfällen eingeführt worden ist, bei den wichtigen Fragen Asyl- und Außenpolitik?

Herr Tögel (SPD):

Herr Gürth, ich würde mich freuen, wenn wir solche Aktivitäten auch einmal im Ausschuss hätten.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin aber dankbar, dass wir im Plenum kurz darüber diskutieren können.

Was die Frage nach dem Landtagtagsausschuss angeht, so habe ich vorhin gesagt, dass meiner Ansicht

nach das Bewusstsein in Sachen Europapolitik im Landtag noch nicht adäquat ausgebildet ist. Das betrifft - das gebe ich durchaus zu - auch meine eigene Fraktion. Bestimmte Gründe, die auch mit arithmetischen Dingen zusammenhängen, haben meine Fraktion bewogen, einen solchen Ausschuss nicht einzusetzen. Aber auch die SPD-Fraktion hat nicht die Mehrheit. Soweit ich mich erinnere, gab es dazu keine gegenteiligen Anträge oder Mehrheiten im Parlament. Ich bin mir da nicht ganz sicher; aber darüber können wir noch einmal diskutieren.

Was zweitens die Ziele der Bundesregierung angeht, die nicht erreicht worden sind, so sagen alle Kommentatoren - die deutschen wie die europäischen - übereinstimmend, dass Deutschland in Nizza eine wahre europäische Rolle gespielt hat. Das bedeutet natürlich auch, dass nicht alle nationalen Interessen durchsetzbar sind. Sie haben, wenn sie es verfolgt haben, gesehen, dass gerade Frankreich und Spanien in Nizza aus europäischer Sicht eine ungute Rolle gespielt haben; sie haben sehr auf nationale Interessen gesetzt, was auch etwas mit dem französischen Präsidentschaftswahlkampf zu tun hat.

Man kann, wenn man als einer von 15 Partnern zu einer Verhandlung geht, nicht erwarten, dass man alle seine Ziele erreicht. Sie kennen es aus Haushaltsberatungen und anderen Verhandlungen sicherlich auch: Man geht erst einmal mit Maximalforderungen hinein und freut sich anschließend über das, was erreicht worden ist. Dass wir nicht alles erreicht haben und dass auch ich in dieser Hinsicht Defizite sehe, habe ich, denke ich, deutlich genug gesagt.

Die Frage zum Europäischen Parlament war eine sehr spezielle Frage, ebenso wie die Frage zur Einstimmigkeit und zur Mehrheitsentscheidung bei der Asylpolitik. Daher sollten wir darüber im Ausschuss reden.

Gestatten Sie kurz folgenden Hinweis zum Europäischen Parlament: Die Deutschen haben jetzt einen besseren Schlüssel, was die Sitze im Europäischen Parlament betrifft, als es vorher der Fall war; denn sie haben ihre 99 Sitze beibehalten und alle anderen Mitgliedstaaten haben zukünftig weniger Sitze. Dass das Europäische Parlament dennoch mehr Sitze haben wird, ist durch die Beitrittsländer bedingt. Insofern sehe ich aus deutscher Sicht keinen gravierenden Nachteil; in diesem Fall ist es sogar positiv für uns gewesen.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Meine Damen und Herren! Wenn Sie zur Tribüne schauen, werden Sie feststellen, dass wir wieder aufmerksame Zuhörer haben. Wir begrüßen eine erste Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Raabe-Gymnasiums Magdeburg sowie Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Eilsleben.

Wir treten nun in die vereinbarte Zehnminutendebatte ein. Zunächst wird Ministerpräsident Dr. Höppner das Wort ergreifen. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich könnte es jetzt kurz machen und sagen: Die Landesregierung stimmt mit den im Antrag der SPD-Fraktion vorgenommenen Bewertungen von Nizza überein.

Aber Sie erlauben mir sicherlich, dass ich noch ein paar Bemerkungen zu dem gesamten Prozess mache. Denn

eines ist klar - Herr Gürth, Sie haben es mit Ihren Fragen dokumentiert -: Natürlich sind Wünsche offen geblieben. Das ist aber bei dem europäischen Prozess, den wir haben, immer der Fall gewesen. Es ist ein Prozess, der sich inzwischen seit Jahrzehnten Schritt für Schritt vollzieht.

Manch einer, der diesen Prozess beobachtet, fragt sich, wie das überhaupt funktionieren kann. Es sind keine fertigen Entwürfe von Europa vorhanden. Gleichwohl geht es Schritt für Schritt voran.

Ja, so ist dieser europäische Prozess. Es ist ein Wille dazu da, dass man zusammenkommt und zusammenarbeitet. Es ist ein Druck vorhanden - auch in der internationalen, sich zunehmend globalisierenden Welt -, dass Europa zusammenfinden muss. Angesichts dieser beiden Faktoren, der inneren Überzeugung und des äußeren Drucks, geht es Schritt für Schritt voran.

Man muss sagen, dass in Nizza auf diesem Wege wichtige Entscheidungen getroffen worden sind, was die Stimmengewichtung der Mitgliedstaaten angeht, was den Übergang von der Einstimmigkeit auf die Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat anbetrifft, was Größe und Zusammensetzung von Kommission und Parlament sowie weiteren europäischen Institutionen anbetrifft.

Nun hat sich in dieser europäischen Debatte ein Wort herausgebildet, das für diesen Prozess gewissermaßen prägend geworden ist. Das ist das Stichwort von den Left-overs, das heißt von Problemen, die man in diesem einen Schritt nicht gelöst hat und die nun weiter auf der Tagesordnung stehen. Auch bei den Punkten, die ich eben genannt habe und bei denen man in Nizza vorangekommen ist, gibt es vorläufige Entscheidungen, von denen man sagt, dass es nicht die endgültigen sein werden.

Ich weise nur darauf hin, dass die Diskussion darüber, welche Entscheidungen Mehrheitsentscheidungen sein sollen und welche der Einstimmigkeit unterliegen sollen, noch nicht zu Ende ist. Wir sind beispielsweise der Überzeugung, dass die Einstimmigkeit in Sachen der Haushaltspolitik der Europäischen Union - ich nenne jetzt konkret, damit wir uns das vorstellen können, etwa die Frage, wer wie viel Fördermittel bekommt - kein vernünftiges Prinzip ist. Sie können sich vorstellen, dass sich, wenn man im Landtag einen Haushalt machen würde, der dem Einstimmigkeitsprinzip unterläge, in diesem Land nicht viel bewegen würde. Das geht nicht. Daher muss daran sicherlich weiter gearbeitet werden.

Wenn man das vor Augen hat und sich fragt, warum immer noch relativ viele Tatbestände übrig bleiben, dann wird einem sofort klar, dass es bei diesen Fragen tatsächlich um das Grundverständnis der Machtbalance in Europa geht und dass die europäischen Staaten erst dabei sind, sich daran zu gewöhnen, dass es nicht ausreicht, in diesem Prozess nationale Interessen zu vertreten, sondern dass sich ein Gesamtverantwortungsgefühl für Europa unter allen Mitgliedstaaten ausbreiten muss.

Das ist erst in der Entwicklung begriffen. Diese Gesamtverantwortung ist - das merkt man an vielen Einzelpunkten, die diskutiert werden - nicht in allen europäischen Staaten hinreichend ausgeprägt.

Weder in der europäischen Öffentlichkeit noch bei den politischen Akteuren in den Mitgliedstaaten der EU herrscht vollständiges Einvernehmen über die Einzelheiten des Integrationsprozesses, der noch vor uns liegt. Dabei gibt es dann eben ein zähes Ringen um Kompro-

missen. Da müssen verschiedene Interessen berücksichtigt werden.

Das geschieht alles nur unter einem gewissen Druck. Es gehört inzwischen schon zur Liturgie europäischer Konferenzen, dass die wesentlichen Entscheidungen erst in der letzten Nacht gefällt werden. Jeder versucht, seine Position so lange wie irgend möglich zu halten und möglichst viel für sein Land herauszuholen.

Unter dem Strich muss ich aber doch sagen, dass es Deutschland gelungen ist, einige wesentliche Dinge in Nizza tatsächlich festzuklopfen und durchzusetzen.

Es liegt im elementaren Interesse Deutschlands, beides im Blick zu haben, einerseits die Interessenvertretung Deutschlands, andererseits die Notwendigkeit, den europäischen Prozess voranzubringen. Wir Deutschen haben von der europäischen Erweiterung und von dem Ausbau der europäischen Zusammenarbeit in vielerlei Hinsicht die meisten Vorteile zu erwarten.

(Widerspruch bei der FDVP)

Es ist elementares deutsches Interesse, den europäischen Prozess voranzubringen. Das ist ganz eindeutig.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Ministerpräsident, der Abgeordnete Herr Gürth hat den Wunsch, eine Frage zu stellen.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Ich weiß, dass Sie viele Fragen stellen wollen. Wir haben das gerade ausprobiert. Lassen Sie mich einfach einmal ausreden. Ich beantworte anschließend gern Ihre Fragen.

Im Hinblick auf das Interesse, das wir als Deutsche haben, will ich daran erinnern, dass wir Deutschen im Jahr 1990 erfahren haben, was es für ein Gewinn ist, wenn die Ost-West-Konfrontation überwunden wird.

Zur Überwindung der Teilung Europas gehört die Integration unserer osteuropäischen Nachbarn unmittelbar dazu. Erst mit der Umsetzung dieses europäischen Erweiterungsprozesses - so würde ich einmal sagen; auch gerade als jemand, der im Jahr 1990 sehr engagiert gewesen ist - vollenden wir das, was im Jahr 1990 mit dem, was wir die Wende nennen, begonnen hat. Das kann man übrigens auch spüren, wenn man mit unseren osteuropäischen Nachbarn spricht, die auch von der Wende reden, und sie fragt: Was meint ihr denn mit dem Begriff „Wende“? - Wir in Deutschland wissen das; das ist die Herstellung der europäischen Einheit.

(Frau Wiechmann, FDVP: Deutsche Einheit!)

- Der deutschen Einheit.

(Lachen bei der FDVP)

Sie sagen dann: Die Tür zu Europa ist aufgegangen.

(Zuruf)

- Ich kann mich auch einmal versprechen. Das Lachen zeigt nur, dass Sie das Problem nicht verstanden haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Herrn Wolf, FDVP)

Wir haben ein elementares Interesse daran, dass die Osterweiterung der EU gelingt, und deshalb - das ist der

entscheidende Punkt in diesem Prozess - sind wir Deutschen elementar daran interessiert, dass der Vertrag ratifiziert wird.

Nun haben die deutschen Länder in diesem Prozess auf Nizza hin einige wichtige Forderungen gestellt. Eine Forderung war, dass das, was wir in Deutschland Daseinsvorsorge nennen, tatsächlich abgesichert ist. Ich habe Ihnen schon zu anderer Gelegenheit hier im Landtag gesagt, wie elementar wichtig ich es finde, dass nicht ein einseitiges Wettbewerbsverständnis, das sich in Europa zum Teil breit gemacht hatte, kulturelle Traditionen kaputtmacht.

Wir diskutieren das Thema Daseinsvorsorge derzeit noch an einem vergleichsweise einfachen Problem, nämlich der Zukunft der Landesbanken. In diesem Bereich ist die öffentliche Daseinsvorsorge eng verwoben mit den privatwirtschaftlichen Elementen des Bankgeschäfts.

Aber es gibt eben bei uns in Deutschland auch eine Reihe gewachsener Strukturen der Daseinsvorsorge - wenn ich zum Beispiel an den Bereich der öffentlichen Wohlfahrtspflege denke -, wo nicht nur einfach Wettbewerbsgesichtspunkte nach dem Motto „Macht es ein Privater besser?“ durchgesetzt werden können, sondern wo gefragt werden muss, wie wir unsere besonderen Traditionen in der Daseinsvorsorge - das sind nämlich kulturelle Traditionen - weiter durchsetzen können.

Das gilt beispielsweise für die öffentlich-rechtlichen Anstalten der Medien und auch für solche Einrichtungen wie Stadtwerke, die sich herausgebildet haben. Das alles sind Elemente, bei denen wir sorgfältig überprüfen müssen, ob nur europäische Wettbewerbsgesichtspunkte gelten dürfen oder die Unterschiedlichkeit, die Vielfalt der Kulturen und Traditionen in Europa erhalten bleiben sollte. Ich glaube übrigens, dass die Anerkennung dieser Vielfalt eine Voraussetzung für den Erfolg des gesamten europäischen Projektes ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Wer es so anlegt, meine Damen und Herren, dass es zu einer Nivellierung der unterschiedlichen regionalen Strukturen und Kulturen kommt, der wird den europäischen Prozess nicht so gestalten können, dass die Menschen ihn tatsächlich annehmen.

Meine Damen und Herren! Es gab einen zweiten Punkt, den die Länder intensiv ins Gespräch gebracht haben. Auch der hat etwas mit unserer alltäglichen Politik zu tun. Das ist nämlich die Frage, welche Kompetenzen bei der Europäischen Kommission, beim Europäischen Parlament liegen und welche Kompetenzen besser etwa in den Nationalstaaten, in den Landesparlamenten - in Europa würde man wahrscheinlich „in den Regionen“ sagen - wahrgenommen werden sollten.

In dieser Hinsicht muss eine Grundregel gelten, nämlich die, dass auf europäischer Ebene nur das entschieden und über das bestimmt wird, was wirklich von europäischer Bedeutung ist, was das Zusammenleben der europäischen Staaten tatsächlich wesentlich beeinflusst. Das geht bis hin zu der Frage der Wettbewerbskontrolle.

Ich glaube, dass es nicht richtig ist, wenn in Europa alles kontrolliert wird, was Wettbewerbsangelegenheiten betrifft. Man kann sich in Europa darauf beschränken, die Dinge zu kontrollieren, die für die europäische Wirtschaft insgesamt von Bedeutung sind, und man kann den Ländern die Freiheit lassen, dort zu entscheiden, wo man es vor allen Dingen mit regionalen Problemen zu tun hat.

Diese Kompetenzabgrenzung war - das ist schon vorher klar gewesen - in Nizza noch nicht zu erreichen. Deswegen haben wir gesagt, dass es uns wichtig ist, dass in Nizza ein Prozess in Gang gesetzt wird, in dem wir über diese Kompetenzabgrenzung offen und ehrlich diskutieren.

In diesem Prozess müssten dann auch Dinge infrage gestellt werden können, die bisheriges Vertragswerk der EU sind. Man muss auch ein paar Dinge, die bisher in der Zuständigkeit Europas liegen, überprüfen und sehen, ob man sie in den Aufgabenbereich der Regionen zurückgeben kann.

Ich glaube, es ist ein wesentlicher Erfolg auch deutscher Verhandlungspolitik, dass unter dem Stichwort „Erklärung zur Zukunft der Union“ ein breiter Diskussionsprozess in Gang gesetzt wird, in dem insbesondere über solche Fragen geredet werden soll.

Es soll eine umfassende Debatte geben. Wir wünschen uns, dass an dieser Debatte nicht nur die Experten und die Kommission beteiligt sind, sondern dass mindestens - das ist auch bei der Grundrechtscharta der Fall gewesen - ein breiter Diskussionsprozess in Gang gesetzt wird.

Im Rahmen dieses Prozesses sollen solche Fragen behandelt werden wie die der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip.

Es muss in dieser Hinsicht dann auch der Status der in Nizza proklamierten Charta der Grundrechte geklärt werden. Hierbei ist immer von dem Thema einer europäischen Verfassung geredet worden. Über die Frage, wie man bei den unterschiedlichen Verfassungstraditionen, die die einzelnen europäischen Länder haben, dieses Thema tatsächlich in einer europäischen Vereinbarung regelt, muss diskutiert werden.

Natürlich soll es auch um die Vereinfachung der Verträge gehen mit dem Ziel, diese klarer und verständlicher zu machen. In dieser Hinsicht wird es einige Änderungen geben, die nicht unbedingt inhaltlicher Art sind.

Schließlich muss - es wird nicht anders gehen - auch die Rolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes gründlich überdacht werden; denn nun kommt es nämlich darauf an, dass Europa tatsächlich transparent wird und dass das, was in Europa entschieden wird, auch eine demokratische Legitimation hat. Nur wenn das gewährleistet ist, wird Europa auch von den Bürgern akzeptiert werden.

Sie merken das daran, wie schwierig es ist, beispielsweise Wahlen für das Europäische Parlament vorzubereiten. In dieser Hinsicht gibt es derzeit noch eine so große Distanz, dass man kaum jemandem erklären kann, warum man in Europa wählen soll, weil keiner genau weiß, was eigentlich in der europäischen Agenda steht und was wie laufen wird, wenn man den einen oder den anderen wählt. Das ist aber die Voraussetzung dafür, dass Demokratie funktioniert und dass man ungefähr weiß, über welche Richtungen man tatsächlich entscheidet.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit Blick auf diesen eben angestoßenen Prozess noch zwei Dinge sagen. Es gibt dabei nämlich eine Gefahr: Es gibt in Europa auch Nationen, die an der Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten nicht so sehr interessiert sind und durchaus ein Interesse haben, diesen Prozess weiter hinauszuschieben. Nicht alle haben

die Nähe zu unseren osteuropäischen Nachbarn. Das sieht in Spanien und in Griechenland anders aus als in Frankreich oder in Großbritannien.

Bei allem Nachdruck, mit dem wir diesen Prozess vorantreiben müssen, darf es uns nicht passieren, dass die Konflikte dazu benutzt werden, den Termin für den Beitritt hinauszuschieben. Daran haben wir kein Interesse. Der Beitritt darf nicht sozusagen zur Geisel im Blick auf das werden, was bei den Reformen tatsächlich zu machen ist.

Andererseits müssen wir ehrlich bekennen, dass wir innerhalb der bisherigen EU einen großen Reformbedarf haben. Diesen müssen wir selber anpacken. Es gibt ein eigenes Interesse des bisherigen Europas, die Strukturen zu reformieren. Einige Dinge - das ist völlig klar - müssen in Zukunft europäisch gemacht werden. Ich erinnere nur an die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung wird weiter konsequent den Kurs verfolgen, eine starke Europäische Union zu schaffen, in der die Regionen ihre nötige und gute Selbständigkeit behalten. Ich glaube, wenn wir dieses Gleichgewicht schaffen, dann hat Europa in der Welt in Zukunft eine große Perspektive. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Ministerpräsident, es gibt zwei Fragewünsche von Herrn Gürth und von Herrn Dr. Bergner. - Bitte, Herr Gürth, stellen Sie Ihre Frage.

Herr Gürth (CDU):

Herr Ministerpräsident, zwei Fragen, zum einen zur demokratischen Legitimation und zum anderen zur Handlungsfähigkeit der Union, unterstellt dass sich alle Demokraten darüber einig sind, dass ein einiges demokratisches Europa der Völker alternativlos ist und dass es unser Ziel sein muss, dies auch zu erreichen.

Erstens. Sie hatten viel Allgemeines gesagt, dem man gar nicht widersprechen kann. Jetzt etwas Konkretes zu den Vertragstexten von Nizza. Das betrifft die demokratische Legitimation und die Akzeptanz in der Bevölkerung, was für uns wichtig sein muss.

Bei der Stimmengewichtung im Ministerrat und bei der Abstimmung mit qualifizierten Mehrheiten ist Folgendes festgelegt worden: Bei einigen Staaten ist die Bevölkerungszahl berücksichtigt worden, bei anderen Staaten nicht. Vergleichen wir im Ergebnis von Nizza die Behandlung Tschechiens als Aufnahmekandidat mit der Belgiens, stellen wir fest, dass Tschechien, obwohl es eine größere Bevölkerungszahl hat, weniger Sitze im Parlament bekommen soll als Belgien. Wie beurteilen Sie diesen Umstand hinsichtlich der Akzeptanz auch in der Bevölkerung in Tschechien und in den anderen Nationen? Halten Sie das für gerecht und für vertretbar?

Wenn ich meine zweite Frage gleich anschließen darf, ich beziehe mich dabei auf den sehr wichtigen Punkt der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Sie sagten zu Recht, dass es das Ziel sein muss, von Einstimmigkeitsentscheidungen wegzukommen, damit die Union handlungsfähig bleibt. Im Ergebnis ist Folgendes herausgekommen: Je mehr Mitglieder die EU bekommt, desto höher wird die Hürde, um im Rat beschließen zu können.

Wie beurteilen Sie den Umstand, dass es künftig selbst bei Alltagsfragen fast drei Vierteln aller Stimmen bedarf, um Entscheidungen, die auch Handlungen zur Folge haben, treffen zu können? Das heißt, die Hürden werden umso höher, je größer die Mitgliederzahl in der Europäischen Union wird. Halten Sie das für einen Erfolg?

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Ich glaube, ja. Das ist ein Beweis dafür, dass man auch bei schwierigen Fragen zu einem tragfähigen Kompromiss kommen kann. Denn wenn Sie sich so detailliert mit den Dokumenten beschäftigt haben, werden Sie sich - so hoffe ich jedenfalls - auch mit dem Entstehungsprozess dieser Entscheidung beschäftigt haben. Dann werden Sie wissen, dass da sehr unterschiedliche Kriterien aufgeführt worden sind. Und Sie werden feststellen, dass es dabei schließlich auch nicht nur um Zahlen geht, sondern auch um die Frage eines politischen Gleichgewichts der unterschiedlichen Staaten Europas. Ich finde, das, was dort ausgedacht worden ist, ist ein vernünftiger Kompromiss.

Im Grunde genommen zeigt sich das auch in Ihrer zweiten Frage. Sie fragen nach der Tragfähigkeit von Entscheidungen, wenn die Hürden höher werden. Das signalisiert schlicht und ergreifend, dass sich die Europäer auch darüber einig sind, dass es auf Dauer in Europa nicht geht, dass sich beispielsweise die Großen gegen die Kleinen durchsetzen, sondern dass wir in Europa, wenn es vorangehen soll, immer Prozesse brauchen, die einen größtmöglichen Konsens herstellen. Europa kann nur gelingen, wenn nicht ein Teil den Eindruck hat, von den anderen über den Tisch gezogen werden zu können.

Das heißt mit anderen Worten: Hierbei ist im Grunde genommen eine politisch offenkundig notwendige Tatsache in Zahlen gegossen worden. Wenn Sie wissen - das haben Sie durch Ihre zweite Frage dokumentiert -, dass solche Konsensprozesse nötig sind, dann werden Sie auch sofort feststellen, dass die Frage, ob da jemand eine oder zwei Stimmen mehr oder eine oder zwei Stimmen weniger hat, im Grunde genommen für die faktischen Entscheidungen relativ irrelevant ist. Sie kennen das doch aus der Arbeit unserer Ausschüsse. Oftmals ist es doch vor allem wichtig, dass Sie dabei sind. Wie viele Stimmen Sie im Einzelnen haben, ist bei vielen Sachen nicht entscheidend.

(Unruhe bei der CDU, bei der DVU-FL und bei der FDVP - Herr Büchner, DVU-FL: Aufhören!)

Sie können in solchen Konsensprozessen mit der Kraft Ihrer Argumente manchmal mehr bewegen. Deshalb sollten wir uns darauf konzentrieren, die Kraft unserer Argumente zu stärken.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Ministerpräsident, Herr Dr. Bergner hatte noch eine Frage. - Bitte, Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Höppner, wir sind uns einig hinsichtlich der Bedeutung des europäischen Einigungs- und Erweiterungsprozesses und auch hinsichtlich der Notwendigkeit der damit verbundenen Schaffung einer handlungsfähigen europäischen Staatlichkeit. Die Uneinigkeit, die ich bezüglich zukünftiger Schlussfolgerungen allerdings für be-

deutsam halte, besteht in der Bewertung der Ergebnisse von Nizza. Sie war bei Ihnen ausgesprochen positiv.

Deshalb möchte ich Sie mit zwei Zitaten von Beobachtern der Konferenz aus dem Europäischen Parlament konfrontieren. Der Ihnen gut bekannte frühere Parlamentspräsident Herr Hänsch, stellvertretender sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender in Straßburg, bezeichnet den Vertrag von Nizza als den schlechtesten Vertrag, den es seit Jahrzehnten in der EU gegeben habe. Der Prozessbeobachter Elmar Brock schreibt in einem Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ - ich darf zitieren -:

„In einer Verhandlungspause in tiefer Nacht rief ein sozialdemokratischer Regierungschef in seiner Hilflosigkeit: ‚Kann denn niemand den Kohl holen?‘“

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDVP - Unruhe bei der SPD)

Ich würde gern die Frage stellen, ob das Verhandlungsergebnis nicht auch ein Defizit an Staatsmännlichkeit in der deutschen Verhandlungsführung zum Ausdruck gebracht hat und ob wir in der Zukunft nicht tatsächlich besser beraten sind, über Konventslösungen derartige Defizite, die offenbar in der Eigensucht des einen oder anderen Regierungschefs begründet sind, zu überbrücken. Dies führt hin zu der Frage der Abstimmung und zu der Entscheidung darüber, ob wir uns auf den SPD-Antrag oder auf unseren Änderungsantrag beziehen.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Erstens. Ich bin fest davon überzeugt - das kenne ich auch aus den Diskussionen -, dass gerade die Vertreter des Europäischen Parlaments, die mit Nizza sehr hohe Erwartungen verbunden haben, mit dem Ergebnis nicht zufrieden gewesen sind. Das verstehe ich. Auch wir - sowohl Herr Tögel als auch ich - haben in der Debatte auf die Defizite und auf die Aufgaben hingewiesen, die noch vor uns liegen.

Die Einschätzung hängt ein bisschen davon ab, welche Erwartungen man an solch ein Ergebnis realistischweise haben kann. Ich hatte mich vorher sehr gründlich damit beschäftigt und deswegen kann ich das Ergebnis insgesamt als positiv bewerten.

Als Zweites will ich sagen: Ja, es ist ein Problem gewesen, dass Helmut Kohl an solchen Abenden immer wieder versucht hat, Probleme zu lasten der deutschen Finanzkasse zu regeln. Wir bezahlen das heute.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

- Herr Daehre, ich bin in der Ministerpräsidentenkonferenz. Dort haben wir stundenlang über dieses Thema geredet. Diesbezüglich besteht unter den Ministerpräsidenten Einigkeit.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Aber Europa und Helmut Kohl! Da stehen wir nicht ganz allein da!)

Übrigens hat Bundeskanzler Gerhard Schröder gleich zu Anfang etwas Aufregung ausgelöst, als er gesagt hat, dieser Weg, nämlich dass Deutschland im Grunde genommen das finanziert, ist für Deutschland in Zukunft nicht weiter gangbar. Und dazu stehe ich.

(Zuruf von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

Ich weiß nicht, ob Herr Kohl entsprechendes Geld mitgebracht hätte, wenn er nach Nizza gerufen worden wäre. Aber wir haben es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU - Zurufe von Herrn Dr. Bergner, CDU, und von Herrn Scharf, CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Meine Damen und Herren! Auf der Tribüne hat eine zweite Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Raabe-Gymnasiums Magdeburg Platz genommen. Wir begrüßen sie.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen mitteilen, dass der Ministerpräsident die Redezeit um reichlich vier Minuten überschritten hat. Diese Zeit steht auch Ihnen zusätzlich zur Verfügung.

Es ist eine Zehnminutendebatte vereinbart worden. Die Vertreter der Fraktionen sprechen in folgender Reihenfolge: FDVP, CDU, PDS, DVU-FL und SPD.

Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Herrn Wolf das Wort. Bitte, Herr Wolf.

Herr Wolf (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorweg nur so viel: Die Frage „Europaausschuss ja oder nein“ wäre anders geregelt worden, wenn die Altparteien unter sich gewesen wären.

Ich werde mich etwas zwingen, bei diesem Thema ernst zu bleiben. Das Ergebnis des EU-Gipfels von Nizza lautet: Außer Spesen nichts gewesen. Die Fürsten dinierten prächtig, natürlich zum Wohle des Volkes, schwätzten miteinander und brachten nichts Dienliches für den europäischen Raum hervor.

Herr Höppner, davon zu sprechen, Kompetenzen zurückzuerobieren, die schon weg sind, ist Geschwafel, völliges Geschwafel. Ihre Rede war schwach.

Präsident Herr Schaefer:

Herr Wolf, darf ich Sie kurz unterbrechen? Der Abgeordnete Herr Scharf möchte eine Frage stellen.

Herr Wolf (FDVP):

Später. - Stimmen sind für Sie, Herr Höppner, uninteressant. Ein Bekenntnis zur Demokratie, das deutlicher nicht sein kann.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Partei - die Kommunisten sollen hier ausgeblendet bleiben -, Sie haben eine Jubelveranstaltung erwartet. Der Otto Normalverbraucher kann nicht jubeln. Er schaut getreu Minister Gabriel aus dem Fenster, ist arbeitslos oder will arbeitslos sein und frönt den einparkenden Autos. Er versteht das Parteichinesisch der Sozialisten ohnehin nicht.

Dennoch steht einer kritischen Würdigung der Ergebnisse des Europäischen Rates von Nizza nichts im Wege. Allerdings kann die Begrüßung der Ergebnisse des EU-Gipfels von Ihnen wohl kaum ernst gemeint sein.

Ziel des Gipfels von Nizza war eine umfassende Reform der Europäischen Union. Wo ist diese Reform geblieben? Die Ergebnisse des Gipfels waren enttäuschend

und ohne große Fortschritte. Also eine Reform, die nicht reformiert wurde.

Deutlich machen möchten wir diese Niederlage anhand der bisher nicht realisierten Maximen der Europäischen Union, die vor ihrer Gründung einst maßgeblich waren. Eine Maxime war, den mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft eingeleiteten Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe zu heben. Was wurde aber erreicht?

Im Mittelpunkt des Marathon-Gipfels von Nizza stand die institutionelle Reform der Union als Voraussetzung für die baldige Aufnahme neuer Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas sowie des Mittelmeerraumes.

Hinsichtlich der beabsichtigten Erweiterung der EU ab dem Jahr 2002 sei eine kurze Bezugnahme auf die Plenardebatte in der 41. Sitzung des Landtages erlaubt. In dieser Debatte wurde bereits ausdrücklich Stellung zu diesem Thema genommen. Nochmals sei erwähnt, die EU müsste zunächst einmal grundlegend reformiert werden, um einen Infarkt der EU-Institutionen zu vermeiden.

Erst wenn die jeweiligen Staaten einen einheitlichen wirtschaftlichen und rechtlichen Stand aufweisen, kann überhaupt eine Erweiterung in Angriff genommen werden. Wenn Deutschland und die EU schon jetzt nicht mehr mit den Problemen der neuen Bundesländer fertig werden, wie will man dann erst die Probleme insbesondere der Ostländer lösen? Zum Beispiel verdient ein Kraftfahrer in Deutschland etwa 40 DM pro Stunde. Ein Kraftfahrer in Polen dagegen 6 DM. Dieses Defizit kann schon im Hinblick auf die dortigen sozialen Verhältnisse unmöglich bis zum Ende des Jahres 2002 ausgeglichen werden. Die europäische Integration soll der Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft dienen. Aber auf welchem Niveau?

Aus diesem Grunde werden wir eine Erweiterung der EU in naher Zukunft nicht befürworten. Wir schließen uns der Ansicht des EU-Kommissars der SPD Verheugen an, vor dem Jahr 2015 dahin gehend bitte nichts zu veranlassen.

Und wie steht Nizza zur Sozial- und Grundrechtscharta der Europäischen Union? Bei der Sozialcharta verfährt jedes Mitgliedsland nach eigenem Gutdünken. Anders formuliert: Jeder macht, was er will, und der Zipfelaugust aus Deutschland gehorcht.

Die Grundrechtscharta fasst zwar die zivilen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Grundrechte der europäischen Bürger zusammen. Das Dokument erhielt aber noch keine Rechtsverbindlichkeit und ist somit nur leeres, gedroschenes Stroh.

Von einer Stärkung der Solidarität zwischen den Völkern der EU unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur sowie ihrer Tradition kann nach Abschluss des Nizza-Gipfels keine Rede sein. Wo ist denn die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten geblieben? Der Streit zwischen Deutschland und Frankreich über die Frage, wer in der EU künftig viel zu sagen hat, kann wohl kaum ein Zusammengehörigkeitsgefühl symbolisieren. Die Unnachgiebigkeit einiger Mitgliedstaaten im Streit um Stimmen und Mehrheiten in der EU führte lediglich zu Endlosdebatten ohne Sinn und Verstand.

Das Ergebnis: Unser Bundeskanzler musste trotz der vielen Mühen und der anstrengenden Zänkerei die höhere Stimmengewichtung gegenüber Frankreich aufgeben. Nach Nizza: Deutsche Interessen sind wieder ohne Not

preisgegeben worden. Das Motto lautet also: Je größer die Bevölkerung, umso weniger hat sie zu sagen.

Meine Damen und Herren! Ein Kaffeekränzchen im Kreise reifer Damen wäre solidarischer, vor allem aber ergebiger gewesen.

Die Maxime, die Demokratie und die Effizienz der Arbeit der Organe weiter zu stärken, damit diese in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben in einem einheitlichen institutionellen Rahmen besser wahrzunehmen, ist gescheitert.

So ist das Europäische Parlament der Verlierer von Nizza. Es darf in Sachen gemeinsamer Agrarpolitik, Wirtschafts- und Währungsunion, Wettbewerb und staatliche Beihilfen weiterhin nicht mitbestimmen. Lediglich die Sitzverteilung der Mitgliedstaaten und Beitrittsländer im Europaparlament wurde eben neu bestimmt.

In der EU-Kommission ändert sich bis zum Jahr 2005 nichts, zumindest nichts Grundlegendes. Nur die Position des Kommissionspräsidenten wird wohl stärker. Er darf künftig unfähige Kommissare im Einvernehmen mit anderen entlassen. Also ein kleiner Erfolg, der auch auf das Land Sachsen-Anhalt übertragen werden kann.

Die Maxime, die Stärkung und die Konvergenz der Volkswirtschaften herbeizuführen und eine Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten, die eine einheitliche stabile Währung einschlägt, ist im Ansatz stecken geblieben. Sie ist ein untauglicher Versuch, und zwar mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Eine europäische Wirtschaftsunion zu errichten ist bis heute nicht gelungen, wohl aber die Errichtung einer Währungsunion. Nur funktioniert es mit dem Euro nicht mehr so richtig. Geht der Wunsch nach einer einheitlichen stabilen Währung nun endlich den Bach hinunter?

Eine weitere Maxime der Europäischen Union war, im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarktes sowie der Stärkung des Zusammenhalts und des Umweltschutzes den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung zu fördern und Politiken zu verfolgen, die gewährleisten, dass Fortschritte bei der wirtschaftlichen Integration mit parallelen Fortschritten auf anderen Gebieten einhergehen.

Wie sieht nun die Verwirklichung des Binnenmarktes tatsächlich aus? In Sachen BSE ist der Binnenmarkt wirklich gelungen. Bei der Verschiebung von Tiermehl hat eine Angleichung stattgefunden, und in Sachen flächendeckender Versorgung Westeuropas mit Rauschgiften ist völliger Vollzug zu melden. In allen anderen Fällen: Fehlanzeige.

Fehlanzeige auch bei der Unionsbürgerschaft für die Staatsangehörigen der EU-Länder. Der Sankt-Nimmerleins-Tag ist hier angezeigt.

Gleiches gilt für die Verteidigungspolitik. Die Westeuropäische Union ist ein Fremdwort. Alles läuft über die Nato. Auch Kriegsminister Fikentscher befiehlt seinen Landeskindern und viele folgen. Frieden mit Uranmunition gegen Kinder, Geisse und Mütter geschaffen.

(Frau Fischer, Leuna, SPD: Das ist ja wohl frech, so etwas!)

Wer da noch überlebt, wird des Friedens wegen mit Bomben beschenkt. Anschauungsunterricht Bosnien-Herzegowina, Kosovo. Hilfskriegsminister Fischer, der gute Erfahrungen im Guerillakampf mitbringt, leistet natürlich Amtshilfe. Und wer es noch nicht weiß, dem gegenüber

sei es bekundet, dass Herr Fischer als treuer Sklave der Sozis nicht nur ohne Schul- und Berufsabschluss ist, sondern dass er der Strafkammer in Frankfurt am Main seinen wahren Beruf verschwiegen hat.

Präsident Herr Schaefer:

Herr Wolf, ich muss Ihren Ausdruck „Kriegsminister“ rügen. Halten Sie sich bitte etwas zurück.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Wolf (FDVP):

Ich nehme die Rüge an. - Sein Beruf ist real „berufslos“, er hat alles abgebrochen, was abzubrechen war

(Zurufe von der SPD)

oder wurde rausgeworfen. Er hat aber nach eigenem Bekunden den Beruf des Außenministers erlernt. Da fragt sich Till Eulenspiegel, wie man das wohl macht.

Meine Damen und Herren! Die per Fax aus Berlin angeordnete Debatte und Jubelfeier steht im Widerspruch zu den Artikeln 23 und 25 des Grundgesetzes. Das ist der Landesregierung nicht aufgegangen. Der Landesregierung geht allerdings vieles nicht auf, insbesondere hat sie ein gestörtes Verhältnis zur Bevölkerung und zum Recht. Der Termin für den Beitritt des Landes Sachsen-Anhalt zur EU ist, gemessen an den Gedanken der Landesregierung, für das Jahr 3050 bestimmt.

Meine Damen und Herren! Wir sind von den Erfolgen der Landesregierung so geblendet, dass wir die Erfolge der Bundesregierung nicht mehr sehen können. Das tut uns Leid.

Der regelmäßigen Berichterstattung der Landesregierung über den Fortgang der EU-Reformen kann ohne Bedenken zugestimmt werden. Fraglich ist nur, über welche Reformen berichtet werden soll.

Sie, Herr Scharf, lade ich in die Fraktion ein, damit wir über Ihre Frage diskutieren können. - Danke.

(Beifall bei der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Die Debatte wird fortgesetzt mit dem Beitrag des Abgeordneten Herrn Dr. Sobetzko. Bitte, Herr Sobetzko, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die östlichen Länder, die der Europäischen Union beitreten wollen, sind ungeduldig und erwarten Voraussetzungen und Entscheidungen, die ihnen den Beitrittsweg in die Europäische Union endgültig ebnen.

Der Abschluss der Regierungskonferenz des Europäischen Rates in Nizza sollte für sie den erhofften Befreiungsschlag bringen. Die Vertiefung der inneren Reform und die Schaffung der institutionellen inneren Voraussetzungen der Europäischen Union sollten nach einem abgestimmten Zeitplan die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union verbessern, um die Osterweiterung der Europäischen Union vollziehen zu können. Gleichzeitig sollten damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, den inneren und äußeren Anforderungen der Europäischen Union gerecht zu werden.

Das Ergebnis der Regierungskonferenz von Nizza liegt vor. Die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente soll in den nächsten Monaten vollzogen werden. Das belgische und das italienische Parlament machten ihre Zustimmung von der Zustimmung des Europäischen Parlaments abhängig.

Nach näherer Auswertung muss leider gesagt werden: Das Reformwerk ist nicht gelungen. Gemessen an den Ansprüchen liegt ein Reförmchen vor.

(Zustimmung bei der CDU)

Nationale Interessen wurden nicht, und wenn doch, dann nur zaghaft geopfert. Eine Annäherung an ein zwingend gebotenes Gleichgewicht von Kommission, Rat und Parlament erfolgte nur scheinbar und unzureichend.

(Zustimmung bei der CDU)

In den Medien, Parlamenten, Ländern, Parteien und in der Öffentlichkeit werden daher die erreichten Ergebnisse sehr unterschiedlich bewertet. Die wesentliche Einschätzung lautet: Eine einmalige Chance wurde vertan. Nur der kleinste gemeinsame Nenner der Umwidmung von nationalen Einzelinteressen wurde umgesetzt. Das ist, meine ich, zu wenig. Schon jetzt ist „nach der Reform“ gleichbedeutend mit „vor der Reform“, da der Post-Nizza-Prozess bereits eingeläutet wurde.

Wir fordern: Der zwingende Nachfolgeprozess muss noch vor dem Jahr 2004 enden und schon im Juni 2001 in Göteborg mit seinem vorzeitigen Beginn markiert werden. Die damit zu verfolgenden umfänglichen Nachbesserungen, wie weiterer Übergang zur Mehrheitsabstimmung im Rat, vereinfachte Verfahren für eine qualifizierte Mehrheit, Gewaltenteilung, Reform des Rats, Kompetenzabgrenzungen, europäische Verteidigung und einiges andere, sind unverzichtbar.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Erklärung zur Zukunft der Union. Diese Erklärung hebt sich ebenso positiv vom Nizza-Gesamtrahmen ab wie die Proklamation der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die die entsprechenden Repräsentanten der Europäischen Union in Nizza feierlich unterzeichneten. Diese Charta ist ein wichtiger Baustein für den Verfassungsvertrag, der nach weiterer eingehender Diskussion in das europäische Vertragswerk einzubinden ist.

Ich meine, sie ist auch ein Beleg dafür, wie man auf der europäischen Ebene Lösungen für komplizierte, komplexe Probleme finden kann. Dies ist weniger über neue Regierungskonferenzen möglich, auf denen man sich gegenseitig blockiert, als vielmehr über Konvente,

(Zustimmung von Herrn Dr. Bergner, CDU)

mit welchen das Parlament, die Kommission und die Regierungen mit berufenen Bürgern gemeinsam eine Lösung suchen, wie es Roman Herzog aufgezeigt hat. Ich würde mich freuen, wenn sich unsere Landesregierung dafür einsetzen würde. - Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie dadurch jetzt beim Zeitunglesen gestört werden, ich bitte Sie darum.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wenn unzureichende Ergebnisse vorliegen, dann hat das seine Ursachen. Zurzeit fehlt das richtige Zugpferd für Europa. Oder anders ausgedrückt: Europa ist zurzeit ohne politische Führung. Früher waren Deutschland und Frankreich die Antriebsmotoren. Adenauer und Charles de Gaulle, Kohl und

Mitterrand, aber auch Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing waren die politischen Gestalter.

Frankreich befürchtet offenbar eine übermächtige Rolle Deutschlands in Europa und glaubt, dass eine Osterweiterung diese stärken würde. Unsere Aufgabe muss es sein, an dieser Stelle gegenzusteuern und das deutsch-französische Verhältnis und das gegenseitige Vertrauen zu verbessern und wieder als europäischen Motor aufzubauen.

Wie kann aber ein Bundeskanzler Schröder, meine Damen und Herren, im Bundestag bereits vor den Abschlussberatungen in Nizza lauthals den deutschen Anspruch auf höhere Stimmenanteile gegenüber Frankreich bekräftigen? Es ist kein Wunder, dass das nicht nur nicht erreicht wurde und dass die Franzosen alle deutschen Ambitionen mit Skepsis verfolgten. Die Folge und das Ergebnis sind Ihnen bekannt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Wiechmann, FDVP)

Hierin zeigt sich eindeutig ein politisches Versäumnis. Das ist eine Folge der missglückten und unzureichenden Vorbereitungen. Das war leider ebenso auf der vorherigen Berliner Regierungskonferenz zu beobachten. Kein Geringerer als der ehemalige SPD-Vorsitzende Lafontaine wies darauf hin - Sie gestatten, dass ich das zitiere. Lesen Sie in seinem Buch „Mein Herz schlägt links“ auf den Seiten 183 und 184 nach und Sie werden darin Folgendes finden:

„Gerhard Schröder hatte erkennbare Schwierigkeiten, dazu beizutragen, dass sich das deutsch-französische Verhältnis verbesserte.“

(Herr Dr. Daehre, CDU: Hört, hört!)

„Die Vorbereitung des Berliner Gipfels ist ein Lehrbeispiel dafür, wie man es in Europa nicht machen soll. Die EU-Ratspräsidentschaft von Gerhard Schröder endet, wie sie begonnen hat: mit großen Sprüchen. Die angekündigten Erfolge blieben aus.“

(Beifall bei der CDU)

Wer soll es besser beurteilen als einer, der unmittelbar mit ihm zusammenarbeitete? Meine Damen und Herren! Ich sage nur: Wie sich doch die Bilder gleichen.

Nun möchte ich auf einige der Ergebnisse zu sprechen kommen. Ich ziehe zunächst eine positive Bilanz, wenn auch im Bonaformat: In mehr als 20 Fällen kann mit Stimmenmehrheit entschieden werden. Es gibt wesentliche Erleichterungen in der verstärkten Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Eine Stärkung der Zusammensetzung und der inneren Struktur der Kommission wurde vorbereitet. Eine Verlagerung von Kompetenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik von den Ländern nach Brüssel - das ist bedeutungsvoll -, eine grundlegende Reform des europäischen Gerichtssystems, eine gewisse Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments, das Recht des Parlaments auf Mitentscheidung - allerdings in nur sechs Fällen - konnten erreicht werden. Eine stärkere Berücksichtigung der Bevölkerungszahl bei der Stimmengewichtung im Rat und das Mandat für eine weitere Reform der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union liegen nunmehr vor, meine Damen und Herren.

Überdeckt wird dieses Ergebnis allerdings durch offene Probleme, sogar Rückschritte, wie inzwischen erkennbar

wurde. Einige Probleme wurden bereits in den vielen gestellten Fragen deutlich. Ich gehe trotzdem noch einmal darauf ein, damit man den roten Faden behält.

Es gibt nunmehr eine gravierende Erschwerung des Zustandekommens einer qualifizierten Mehrheit im Rat. Immerhin, meine Damen und Herren, ist eine dreifache Mehrheit notwendig. Es ist nicht so, wie es der Ministerpräsident sagte; denn es geht nicht nur um Zahlen. Es geht vielmehr um die Transparenz der Entscheidungen, um den Einstimmigkeitszwang in mehr als 70 Fallgruppen sowie um die Diskriminierung von Beitrittsländern - die Länder Tschechien, Ungarn und Malta sind in diesem Zusammenhang schon genannt worden - bei der Sitzverteilung im Europäischen Parlament.

Das Land Ungarn zum Beispiel, das uns sehr nahe steht, hat eine größere Bevölkerungszahl als das Land Portugal, hat jedoch zwei Sitze weniger erhalten. Übrigens versuchte man, mit Polen ähnlich zu verfahren. Gott sei Dank konnte das verhindert werden. Das ist - das meine ich jedenfalls - böser Wille der Regie und kein Tippfehler.

(Oh! bei der SPD)

Dies bedeutet, dem Europäischen Parlament wird das Recht auf Mitentscheidung in zahlreichen Fällen verweigert, selbst in Bereichen, in denen der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheidet. Die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit in Bezug auf - das ist entscheidend - die Struktur- und die Kohäsionsfonds erfolgen faktisch erst ab 2014. - Herr Ministerpräsident, das ist die Zukunft, die Sie vorhin meinten. Unter Helmut Kohl wäre das - das behaupte ich - garantiert nicht passiert.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle müssen wir das von Bundeskanzler Schröder erzielte Verhandlungsergebnis besonders kritisch hinterfragen; denn damit werden unsere Steuerzahler im nächsten Jahrzehnt wiederum übermäßig zur Kasse gebeten werden müssen. Auf weitere unzureichende Ergebnisse der Konferenz will ich nicht eingehen.

Meine Damen und Herren! Unter Berücksichtigung der Punkte, die ich soeben vorgetragen habe, haben wir unseren Änderungsantrag erarbeitet. Unsere Änderungen und Ergänzungen zum vorliegenden SPD-Antrag sind nicht nur logisch, sondern auch berechtigt und notwendig.

Wir können die Ergebnisse von Nizza trotz der überstürzten und harten Nacharbeit nicht würdigen und begrüßen, wie es die SPD formulierte.

Unter Punkt 2 Absatz 2 Ihres Antrages, unter dem auf die Stärkung der demokratischen Legitimation hingewiesen wird, muss auf die unzureichenden Fortschritte hingewiesen werden. Dass diese Fortschritte unzureichend sind, wird übrigens von allen souveränen Beobachtern nicht infrage gestellt.

Trotz der unbefriedigenden Ergebnisse der Konferenz denken wir nicht, dass die zentralen Herausforderungen in Bezug auf die Handlungsfähigkeit, die Legitimation und die Gewaltenteilung durch die Verweigerung der Ratifikation des Vertrages besser bewältigt werden können. Insofern stimmen wir Punkt 3 des SPD-Antrags zu.

Aber wir binden dies an die Forderung an die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die nächste Reform bereits im Jahr 2001 eingeleitet wird. In diesem Zusammenhang fordern wir die Landesregierung auf, im

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten unter Angabe ihrer Position vierteljährlich über den Fortgang der Reformen zu berichten.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluss. Diese Einschätzungen können wir im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten gemeinsam mit der Landesregierung diskutieren und bewerten. Im Ergebnis könnte - so hoffe und erwarte ich - im Rahmen unserer Möglichkeiten eine Zustimmung zu der nationalen Ratifizierung empfohlen werden.

Für den Fall, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen sollten, bitte ich um die Überweisung beider Anträge in den Ausschuss. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der DVU-FL)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Auf der Tribüne haben neue Gäste Platz genommen. Ich begrüße Schülerinnen und Schüler des Walther-Rathenau-Gymnasiums in Bitterfeld. Das ist das Gymnasium, an dem auch ich mein Abitur gemacht habe.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Debatte wird mit dem Beitrag des Abgeordneten Herrn Gärtner fortgesetzt. Bitte, Herr Gärtner, Sie haben das Wort.

Herr Gärtner (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der uns heute zur Beratung vorliegende Antrag bietet eine Möglichkeit, um die Ergebnisse der EU-Regierungskonferenz zu diskutieren und zu bewerten. Eines möchte ich voranstellen: Die insgesamt positive Bewertung, die im Antrag vorgenommen worden ist, wird von der PDS nicht geteilt. Ich komme im Einzelnen noch dazu.

Meine Damen und Herren! Es gab in der Geschichte der europäischen Integration noch keine Ratstagung der Staats- und Regierungschefs, bei deren Bewertung als Fehlschlag sich Experten und Kommentatoren so einig waren, wie es nach dem Gipfel von Nizza Anfang Dezember des vergangenen Jahres der Fall ist. Vielleicht wird dieser Gipfel als der große Schacher hinter verschlossenen Türen an der ansonsten weltoffenen französischen Côte d'Azur in die EU-Annalen eingehen.

Katastrophe, Unverschämtheit, Willkür, fauler Kompromiss, Ziel verfehlt und Triumph nationaler Interessen - dies waren die am häufigsten benutzten Vokabeln zur Bewertung seiner Ergebnisse. In einer ersten Reaktion erklärte auch die Mehrheit der Europaparlamentarierinnen und -parlamentarier, dass der wie auf einem orientalischen Basar ausgehandelte Vertrag kaum zustimmungsfähig sei, ja, er verdiene die rote Karte. Die Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union als das Hauptanliegen des Treffens auf höchster Ebene sei von den EU-Staats- und Regierungschefs lediglich erklärt, aber nicht tatsächlich hergestellt worden, hieß es.

Doch zumindest einen Gewinner von Nizza gibt es, und zwar Bayerns Ministerpräsidenten Stoiber. Die „FAZ“ vom 13. Dezember 2000 titelte, er sei mit dem Gipfel fast zufriedener als der Bundeskanzler, weil die Richtung stimme.

In der Tat zielt sie auf Renationalisierung und passt damit in Stoibers Europakonzept. Seine Vorstellungen von der EU sind bekanntlich auf eine Freihandelszone mit bloßen ordnungspolitischen Funktionen, vor allem in der Innen- und Rechtspolitik, auf eine Vereinheitlichung der Standards im Ausländer- und Asylrecht nach unten und auf die Rückübertragung von bereits vergemeinschafteten Politikfeldern auf die Nationalstaaten gerichtet. Exakt dahin möchten Stoiber und andere den mit der schwe-dischen Ratspräsidentschaft im Januar dieses Jahres begonnenen Post-Nizza-Prozess treiben.

Meine Damen und Herren! Was scheiterte weshalb in Nizza? - Im Zentrum des Gipfels stand neben Entscheidungen zur europäischen Beschäftigungspolitik, neben der Verabschiedung einer unseres Erachtens inakzeptablen Sozialagenda, neben dem gefährvollen und zugleich unsinnigen Einstieg in eine Militärmacht mit europäischen Eingreiftruppen und neben anderen Fragen die institutionelle Reform der Union als Voraussetzung für die baldige Aufnahme der mittel-, ost- und südeuropäischen Beitrittsländer.

Während die EU diesen Staaten seit Jahren ein Höchstmaß der Anpassung an wirtschaftliche, finanzielle, rechtliche und andere EU-Standards - oft mit Brachialgewalt und ohne Rücksichtnahme auf dortige soziale Verhältnisse - abverlangt, hat sie es in Nizza nicht vermocht, sich selbst für die Erweiterung und überdies für Anforderungen wie zum Beispiel jene, die mit der endgültigen Etablierung des Euros im nächsten Jahr verbunden sind, fit zu machen.

Obwohl die Union mit der Erweiterung auf künftig 27 Mitgliedstaaten vor ihrer größten Herausforderung steht, scheiterte der große Wurf für ihre institutionelle Reform, wie bereits im Juni 1997 in Amsterdam, an kleinkariertem Besitzstandsdenken und am Standortnationalismus.

Der für die Erweiterung zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen gestand in einem Interview mit der „Welt“ vom 18. Dezember 2000 offen ein, dass seit langem ausschließlich Machtfragen verhandelt worden seien, und zwar die, wie viel Einfluss der Nationalstaat noch auf die gemeinsame Beschlussfassung habe. Niemand dürfe sich daher wundern, wie hart die Interessen dabei aufeinander prallten.

Die institutionelle Reform sollte eigentlich der größte Umbau der Gemeinschaft seit Beginn der europäischen Integration sein. Im Kern ging es darum, die EU der 27 funktions-, entscheidungs- und handlungsfähig zu machen und die erheblichen Demokratiedefizite abzubauen. Deshalb hätten effektivere, demokratische und transparente Entscheidungsmechanismen für die gemeinschaftliche Politik geschaffen, alle so genannten Überbleibsel, die Left-overs von Amsterdam beseitigt werden müssen. Dabei handelt es sich um die Neugewichtung der Stimmen und die Ausweitung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat sowie um Größe, Zusammensetzung und Einsetzung der EU-Kommission.

Der neu vereinbarte Abstimmungsmechanismus im Ministerrat erwies sich als schwierigstes Problem, weil es um Macht, Einfluss und Geld in der künftig erweiterten Union geht. Deshalb wurde auch die Neugewichtung zwischen Groß und Klein, wie Außenminister Fischer freimütig bekannte, zugunsten der Großen hergestellt. Entscheidungen erfordern nunmehr eine dreifache Mehrheit von Stimmen, Staaten und Bevölkerung.

Die Presse kommentierte das neue Verfahren mit den Worten, man brauche nun Mathematiker, um festzustellen, wann im Ministerrat etwas entschieden sei. Durch die Einführung des demografischen Faktors soll sichergestellt sein, dass eine qualifizierte Mehrheit immer 62 % der EU-Bevölkerung - dies wird auch als demografisches Sicherheitsnetz bezeichnet - und die Mehrheit der Mitgliedsstaaten erfordert.

Insgesamt ist dieses Verfahren weniger durchschaubar und deutlich schlechter als das alte Verfahren, weil Mehrheitsentscheidungen in einer erweiterten Union schwieriger, Blockaden durch eine Minderheit von Staaten hingegen künftig einfacher werden. Damit werden Gestaltungsmöglichkeiten wie in der umstrittenen europäischen Sozialpolitik weiter eingeschränkt. Bereits drei große Länder und ein kleines Land, zum Beispiel Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Malta, können einen Beschluss im Ministerrat verhindern, was die Schwelle für Sperrminoritäten deutlich absenkt. Die neue Stimmengewichtung soll ab 2005 gelten.

Die von der EU-Kommission eingebrachte doppelte Mehrheit bei der Stimmengewichtung war nicht durchsetzbar. Das heißt, eine Mehrheit von Staaten kann nur dann entscheiden, wenn sie gleichzeitig auch die Mehrheit der EU-Bevölkerung repräsentiert. Dies wäre transparenter und auch demokratischer gewesen, weil die Stimmen der Staaten gleichberechtigt blieben und die Mehrheit der Bevölkerung bei Entscheidungen, die alle Menschen in der EU betreffen, gesichert wäre.

Gegen eine solche Regelung wird eingewandt, dass dadurch die politische Parität zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in Europa aufgegeben werde, weil Deutschland wegen seiner größeren Bevölkerungszahl ein größeres Stimmengewicht erhalte und damit in eine Vormachtstellung gebracht werde. Wegen der vergangenen deutschen Aggressionspolitik sei die Parität aber ein zu wahrendes Gut.

Dieser Einwand ist gewiss schwerwiegend und natürlich begründet. Es muss allerdings gefragt werden, was längerfristig mit der Unterstützung der europäischen Einigung in der Bundesrepublik geschehen könnte, wenn mehr als 20 Millionen Menschen auf Dauer unberücksichtigt bleiben. Die Akzeptanz der europäischen Einigung könnte kippen.

Tatsache ist, dass mit der neuen Stimmengewichtung Rolle und Einfluss der Bundesrepublik in der EU deutlich zunehmen. Das weckt große Befürchtungen in den Nachbarstaaten, denen die Bundesregierung Rechnung tragen muss. Hinzu kommt, dass Deutschland als wirtschaftlicher und politischer Hauptprofiteur der EU-Osterweiterung angesehen wird.

Die dreifache Absicherung bei der Stimmengewichtung hätte es zumindest ermöglicht, Mehrheitsentscheidungen im Rat deutlich qualitativ auszuweiten und sie durch Mitbestimmung des Europäischen Parlaments demokratischer zu gestalten, um die Union der 27 handlungsfähig zu machen und den Ministerratsbeschlüssen fortan eine größere demokratische Legitimation zu geben.

Meine Damen und Herren! Es ist bereits erwähnt worden, dass der größte Verlierer von Nizza das Europaparlament ist. Es darf in Sachen gemeinsame Agrar-politik, Wirtschaft und Währungsunion, Wettbewerb und staatliche Beihilfen, wo bereits mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird, auch weiterhin nicht mitbestimmen. Statt das Demokratiedefizit zu verringern, hat man es vergrößert. Weder die Befugnisse des Europaparlaments - dar-

über gab es bei der Beschlussfassung zur qualifizierten Mehrheit nicht einmal eine Diskussion - noch die Rolle der nationalen Parlamente wurden in den europapolitischen Entscheidungsprozessen ausgeweitet.

Verändert bzw. bestimmt wurde die Sitzverteilung der EU-Mitgliedsstaaten und der Beitrittsländer. Die Obergrenze wurde auf 732 Sitze festgelegt. Gewinner ist die Bundesrepublik Deutschland, die als einziger großer Mitgliedsstaat ihre 99 Abgeordnetensitze behält. Die Sitzverteilung folgt keinem Prinzip, sondern war ein Ad-hoc-Ergebnis der Feilscherei bei der Stimmengewichtung im Rat.

Dem Grundsatz von Gleichheit und Demokratie widerspricht, dass Tschechien und Ungarn weniger Sitze erhalten als Länder mit einer geringeren Bevölkerungszahl. Das macht einmal mehr deutlich - das unterstreicht unsere Befürchtungen -, dass im Gegensatz zu anderen Beitrittsverhandlungen, etwa mit Dänemark, die Beitrittsverhandlungen mit Tschechien und Polen nicht dem Prinzip der gleichberechtigten Partner, sondern eher dem Prinzip folgen: Wir entscheiden, was ihr zu machen habt. Das zeigt sich dann auch bei dem Punkt der Stimmengewichtung im Europäischen Parlament. Das halten wir für sehr problematisch.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass dieser Gipfel nicht gerade die Lust auf Europa befördert hat, im Gegenteil. Aus diesem Grund muss unseres Erachtens der Vertrag von Nizza abgelehnt werden, nicht um die Erweiterung der EU zu verhindern oder zu verzögern, sondern um sie erfolgreicher gestalten zu können.

Die PDS tritt mit Nachdruck für die Osterweiterung der EU ein. Aber wer die Osterweiterung will, muss den Nizza-Vertrag ablehnen und ihn nachbessern.

(Beifall bei der PDS)

Bis zum Abschluss der ersten Beitrittsverträge, was frühestens im Jahr 2002 erfolgen wird, sollte nachverhandelt werden. Im Übrigen beweist die PDS durch ihr Ja zur Grundrechtecharta, dass wir keine europafeindlichen Gesellen sind.

Ich bin der Meinung, wir sollten das, was Tilmann Tögel zum Thema Europaausschuss gesagt hat, bedenken. Die Abgeordneten der nächsten Legislaturperiode sollten inhaltlich begründet und untersetzt entscheiden, ob künftig wieder ein Europaausschuss notwendig sein wird. Ich halte ihn für notwendig, um dieses Thema stärker in den Mittelpunkt der Landespolitik zu stellen, da wir alle konkret von den Auswirkungen betroffen sind.

Ich plädiere im Namen meiner Fraktion für die Überweisung beider Anträge in den Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Frau Brandt für die Fraktion der DVU-FL. Bitte, Frau Brandt.

Frau Brandt (DVU-FL):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wenn die Fraktion der SPD den Landtag mit diesem Antrag auffordert, die Ergebnisse der EU-Regierungskonferenz von Nizza zu würdigen, und im gleichen Atemzug schonungslos die Mängel der Konferenz aufzeigt, dann müssen Sie von der SPD sich fragen lassen: Was soll das? Wie können Sie in diesem Hause behaupten, dass die

geänderte Stimmengewichtung im Rat trotz der größeren Einwohnerzahl der Bundesrepublik gegenüber anderen EU-Ländern für uns günstiger als bisher zu werten sei?

In unserer Republik leben 82 Millionen Bürger. Wir haben 29 Stimmen im Ministerrat und verfügen somit über genauso viele Stimmen wie Frankreich und Großbritannien, die beide jeweils ca. 59 Millionen Einwohner haben, oder Italien mit fast 58 Millionen Einwohnern. Übrigens hat unser Nachbar Österreich mit seinen acht Millionen Staatsbürgern zehn Stimmen im Ministerrat.

Meine Herren und Damen von der SPD! Die Proklamation der Charta der Grundrechte der EU verstärkt auch nicht den Grundrechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger, denn eine Rechtsverbindlichkeit konnte nicht vereinbart werden. Möglicherweise soll erst eine für das Jahr 2004 einzuberufende Regierungskonferenz diese Frage behandeln.

Wir fragen uns, mit welchem Ergebnis die Herren Schröder und Fischer nun aus Nizza nach Hause gekommen sind. Die deutsche Regierungsmannschaft hat die europäische Kommandobrücke Nizza ohne ein einziges positives Ergebnis verlassen. Die Titanic Europa hat den schützenden Hafen verlassen, das Ziel: ein vereinheitlichtes Europa. Das blaue Band „vereinigtes Europa“ kann nicht erreicht werden, weil man in dem Luxusliner Europa keine Schotten eingebaut hat.

Der Euro als Bordwährung ist in ein tiefes Loch gefallen und kann auch nicht durch Stützungskäufe gerettet werden; denn die Kapitäne der Titanic Europa haben keine Haftpflichtversicherung bezahlt. Eine alte Weisheit - viele Köche verderben den Brei - bewahrheitet sich damit erneut.

Für die große Reise ins vereinte Europa muss die Mannschaft BSE-verseuchtes Rindfleisch bunkern, weil man den mitreisenden Briten Zugeständnisse machen musste und Sanktionen vorzeitig aufhob. Die Bordsuche wird nun wohl BSEU heißen müssen. Übrigens reisen die Briten in der ersten Klasse mit. Sie logieren in der Nähe der Rettungsboote.

Auch auf Chartergäste ist man eingestellt. Man hat in Nizza die Weichen für die Osterweiterung der EU gestellt. Der Arbeitsmarkt in Europa wird mit Arbeitskräften aus baltischen Ländern überschwemmt werden. 80 % dieser Menschen werden versuchen, in Mitteleuropa Fuß zu fassen. Nun frage ich Sie: Wie sollen all diese Menschen versorgt werden? Fragen Sie bitte integrierte ausländische Mitbürger in unserem Land, wie diese darüber denken. Fragen Sie vielleicht doch einmal den deutschen Wähler. Lassen Sie diesen durch einen Volksentscheid entscheiden.

Ein einiges Europa wäre natürlich keine schlechte Möglichkeit dafür, Freundschaft und Frieden zwischen den Völkern zu pflegen; denn man darf nicht vergessen, dass in diesem Europa viele Nationen leben. Die verschiedenen Kulturen brauchen aber ihre individuellen Bereiche, brauchen ihre eigene Identität.

Zwischen den Ländern muss es aber auch Brandschutztüren geben oder für die Titanic Europa funktionsnierende Schotten, damit es unter den Völkern keinen Flächenbrand gibt, den man nicht aufhalten kann. Ich möchte nur an die Streitigkeiten zwischen den Türken und den Griechen sowie an den Krieg im Vielvölkerstaat Jugoslawien erinnern.

Der Versuch der Kommunisten, ein kommunistisches europäisches Großreich zu schaffen, ist fehlgeschlagen. Kommunistischer Internationalismus war eine Utopie. In Zeiten ihrer Macht haben sie in einigen Ländern der ehemaligen westlichen Allianz Europas nicht wenige militante linksorientierte Gruppen - auch in der Bundesrepublik - finanziell und ideologisch unterstützt, sie oft sogar ausgebildet. In einigen Fällen haben sie Topterroristen auch beherbergt. Die kommunistischen Diktaturen gibt es nicht mehr, aber die damaligen Handlanger in Westeuropa - sie waren damals junge Leute, oft Studenten -, sie sind noch da. Sie leben unter uns. Einige verbüßen lange Haftstrafen, einige werden gegenwärtig für ihre Verbrechen noch verurteilt.

Es gibt in Deutschland aber auch ehemalige Mitstreiter dieser militanten linksorientierten Chaoten, die sich in der Bundesrepublik an höchster Stelle befinden. Der amtierende Bundesaußenminister gehörte damals zu den aktiven militanten Linken in der Bundesrepublik, gab sich später gemäßigter, wurde aktiver Grüner, vertauschte Turnschuhe und Motorradhelm mit dem Nadelstreifenanzug und wurde erster deutscher Kriegsaußenminister nach dem Zweiten Weltkrieg und einer der Kapitäne der Titanic Europa.

Wir von der Fraktion der Deutschen Volksunion-FL fragen uns: Wohin schippern wir mit dieser rot-grünen Bundesregierung, die die volle Unterstützung unserer von Stalins Erben in der PDS unterstützten roten Landesregierung hat? Dem Antrag der SPD-Fraktion können wir natürlich nicht zustimmen. - Ich bedanke mich trotzdem.

(Beifall bei der DVU-FL)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Die Debatte wird abgeschlossen mit dem Beitrag des Abgeordneten Herrn Tögel. Bitte, Herr Tögel, Sie haben das Wort.

Herr Tögel (SPD):

Es gibt viel zu tun, sehr viel - auf europäischer Ebene, aber vor allem hier im Landtag. Es ist wirklich die Frage, packen wir es an oder lassen wir es sein. Manchmal frage ich mich nach einer solchen Diskussion, ob es überhaupt Sinn und Zweck hat, noch einmal intensiver darüber zu debattieren. Die Diskussion ist teilweise von Ignoranz bis hin zu Unkenntnis geprägt.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber wir sollten die Chance nutzen, meine Damen und Herren, im Ausschuss noch einmal den Versuch zu unternehmen, an der einen oder anderen Stelle zumindest eine gewisse Aufklärungsarbeit zu betreiben. Das betrifft die technischen Details, die im Vertrag von Nizza festgelegt sind, bis hin zu inhaltlichen Fragen.

Wenn ich die unterschiedlichen Äußerungen zur Osterweiterung und zu dem Vertrag von Nizza höre, fällt mir ein, dass ich im Staatsbürgerkundeunterricht gelernt habe, dass es antagonistische Widersprüche gibt.

(Herr Wolf, FDVP: Jawohl! - Frau Wiechmann, FDVP: Staatsbürgerkunde! - Weitere Zurufe von der FDVP)

Wenn man für die Osterweiterung ist, muss man auch für den Vertrag von Nizza sein.

(Zuruf von der DVU-FL: Stasi raus!)

Man kann nicht so blauäugig sein zu erwarten, dass Nachbesserungen zu diesem Vertrag nach diesen schwierigen Verhandlungen noch möglich sind.

(Frau Brandt, DVU-FL: Ich habe keine blauen Augen! - Herr Gürth, CDU, meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Wenn sie nicht möglich sind, muss man dem Vertrag von Nizza zustimmen, sonst setzt man die Osterweiterung aufs Spiel. Es wird keine Osterweiterung geben, wenn man gegen den Vertrag von Nizza ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Tögel?

Herr Tögel (SPD):

Am Schluss beantworte ich gern Fragen. - Das ist der eine Punkt, der mir dabei auffällt.

Der andere Punkt. Herr Bergner sagte vorhin, Herr Hänsch hätte sich so kritisch geäußert. Herr Hänsch hat in der vergangenen Woche - ich habe mit ihm am Freitag letzter Woche gesprochen - eindeutig gesagt, er wird dem Vertrag trotz aller Kritik und trotz aller Schwierigkeiten zustimmen und wird dafür werben, dass auch andere Sozialdemokraten im Europaparlament diesem Vertragswerk zustimmen. Auch er ist zu der Einschätzung gekommen, dass wir die wenigen positiven Ergebnisse nicht für Ziele aufs Spiel setzen sollten, die derzeit in Europa vermutlich nicht zu erreichen sind.

Nun noch einige Bemerkungen zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Ich denke, es ist tatsächlich eine Überweisung der Anträge in den Ausschuss notwendig, auch wenn ich anfangs gehofft hatte, wir könnten vielleicht einen Konsens finden.

Der Änderungsantrag scheint einiges zu verwechseln. Möglicherweise wurde er von der Bundesebene abgeschrieben und man hat lediglich das Wort „Bundesregierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt; denn er geht einfach von unterschiedlichen Kompetenzen aus.

Ich will es nur beispielhaft erläutern. Erstens ist der Vertrag von Nizza kein notwendiger Beitrag für die Erweiterung, sondern er ist die Voraussetzung. Das ist ein durchaus nicht unwichtiger Unterschied.

Zweitens ist die Frage der Grundrechtecharta doch etwas anders zu bewerten, als es in dem Antrag und in einigen Redebeiträgen geschehen ist. Die Grundrechtecharta ist eine proklamierte Charta, die somit gewisse Selbstbindungskräfte für die unterzeichnenden Organe entfaltet. Das ist auch bei der Menschenrechtskonvention und bei anderen Erklärungen so, die keine Vertrags- oder Gesetzestexte darstellen, aber auch eine gewisse Selbstbindung entfalten. Wir werben dafür und treten dafür ein, dass die Grundrechtecharta in die europäischen Verträge überführt wird.

Zu der Forderung in einem weiteren Punkt, es sei die Aufgabe des Parlaments und der Landesregierung, eine konstruktive und sachliche Debatte darüber zu führen. Diesbezüglich muss man fragen, wer an welcher Stelle wofür zuständig ist. Der Landtag und auch die Landesregierung sollten diesen Prozess natürlich begleiten. Aber von der Formulierung her lässt das sehr zu wünschen übrig und ist so nicht zustimmungsfähig.

Ich weiß nicht, was die Frage der Gewaltenteilung - ich habe noch einmal nachgelesen - in diesem Zusammenhang soll. Dieser Begriff taucht weder in den Verträgen von Nizza noch in irgendeinem anderen Dokument auf. Das hat überhaupt keinen Bezug zum Vertrag von Nizza.

Unabhängig davon ist die Landesregierung kein Vertragspartner. Die von Ihnen gewählte Formulierung lässt den Schluss zu, Sie meinten, die Landesregierung wäre Vertragspartner.

(Herr Gürth, CDU: Aber sie soll unsere Interessen vertreten!)

Demzufolge ist auch der Landtag für viele Bereiche einfach nicht zuständig, die Sie in dem Änderungsantrag ansprechen.

Genauso sind die Fragen der europäischen Verteidigung nicht Gegenstand des Vertragswerkes von Nizza. Darüber ist zwar auf dem Gipfeltreffen verhandelt worden, aber sie sind nicht Gegenstand des Vertragswerkes.

(Zuruf von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

Auch deswegen scheint dieser Antrag etwas von Unkenntnis geprägt zu sein.

Ich stimme Ihnen allerdings darin zu und auch wir als Sozialdemokraten werben dafür, dass das Konventmodell, das sich bei der Grundrechtecharta bewährt hat, auch für die Vorbereitung der Regierungskonferenz angewendet wird. In dieser Hinsicht besteht natürlich ein Widerspruch. Die Regierungen sehen das anders als die Parlamente und die regionale Ebene sieht das anders als die nationale Ebene oder die europäische Parlamentsebene. Wir als SPD im Lande werben dafür, das Konventmodell einzusetzen.

Es ist allerdings eine Illusion zu glauben, dass wir bereits im Jahr 2001 damit beginnen könnten. Der Fahrplan ist festgeschrieben. Die deutschen Bundesländer können froh darüber sein und es ist ein Erfolg, dass es überhaupt zu dieser Erklärung der Regierungschefs gekommen ist. Noch eine Woche zuvor war nicht abzu-sehen, dass die anderen Mitgliedstaaten dieser Erklärung auch nur ansatzweise zustimmen würden.

Über die Form der Berichterstattung sollten wir im Zusammenhang mit der Arbeit des Ausschusses insgesamt diskutieren. Ich weiß nicht, ob es hilfreich ist, der Landesregierung vierteljährlich einen schriftlichen Bericht abzuverlangen. Ich hatte bisher den Eindruck, dass die verschiedenen Berichte von den Abgeordneten weder gelesen noch ausgewertet wurden.

Ich halte es für sinnvoller, wie bisher intensiv über die Themen zu diskutieren, ohne dabei ständig auf die Uhr zu schauen oder an den nächsten Termin zu denken. Wir sollten im Ausschuss darüber reden. Deshalb beantrage ich im Namen der SPD-Fraktion die Überweisung beider Anträge in den Ausschuss. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Tögel, Herr Gürth hat eine Frage.

(Herr Gürth, CDU: Ach, lassen Sie!)

- Herr Gürth verzichtet auf die Frage.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Abstimmungsverfahren. Es wurde von zwei Fraktionen beantragt, beide Anträge in den Ausschuss für Wirtschaft,

Technologie und Europaangelegenheiten zu überweisen. Wer sich diesen Anträgen anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Enthaltungen sind die Anträge in den Ausschuss überwiesen worden.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 9:**

Beratung

Information über Landesinitiativen

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4023**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Metke. Es folgt eine Fünfminutendebatte. Nach der Einbringung wird zunächst der Wirtschaftsminister Herr Gabriel das Wort ergreifen. Bitte, Herr Metke, Sie haben das Wort.

Herr Metke (SPD):

Danke sehr. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gewissermaßen als Vorbemerkung möchte ich darauf hinweisen, dass sich der Wirtschaftsausschuss bereits Anfang des Jahres 1999 auf eine Initiative der SPD-Fraktion mit der Neuordnung der EU-Strukturfonds für den Förderzeitraum 2000 bis 2006 befasst hat. Mit einer Beschlussempfehlung, die der Landtag in seiner Sitzung am 17. Juni 1999 verabschiedet hat, wurde zum einen die von der EU-Kommission geforderte parlamentarische Begleitung umgesetzt; zum anderen wurden aber entscheidende inhaltliche Anforderungen für das operationelle Programm festgeschrieben.

Ich will an dieser Stelle nicht auf alle Einzelheiten der Beschlussempfehlung eingehen, sondern lediglich die Teile herausgreifen, die im Zusammenhang mit den zwischenzeitlich von der Landesregierung auf den Weg gebrachten Landesinitiativen eine Rolle spielen.

Vorrangig zu nennen ist hier die Festlegung, dass die Fonds nicht wie in der zurückliegenden Förderperiode getrennt voneinander eingesetzt werden, sondern ein integrativer Einsatz der Fördermittel sichergestellt werden muss. Dazu ist eine fonds- und ressortübergreifende Bündelung von Einzelvorhaben notwendig.

(Herr Becker, CDU: Das klingt alles so schön!)

- Ja, wir können gleich darüber debattieren.

Dieser Punkt ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil die durch das Bundeswirtschaftsministerium vorgegebenen Förderschwerpunkte für das operationelle Programm leider entgegen der Forderung nach einem integrativen Ansatz wiederum getrennt nach EFRE, ESF und EAGFL bzw. Fischereifonds vorgegeben wurden. Genau diesen Mangel gleichen die Landesinitiativen aus, sodass die auf EU-Ebene zuständige Direktorin für die operationellen Programme, Frau Elisabeth Slavkoff, in einer Veranstaltung am 20. November 2000 eindeutig erklärte, dass der Weg Sachsen-Anhalts, den integrativen Fördermitteleinsatz durch die fünf Landesinitiativen umzusetzen, ausgesprochen innovativ ist, Herr Becker.

(Herr Becker, CDU: Die war noch nie in Sachsen-Anhalt! Die kennt das Land nicht!)

In der Tat ist Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland, das insgesamt 20 % seiner EU-Strukturfondsmittel verbindlich für gesondert konzipierte Landesinitiativen festgelegt hat.

Damit stehen für die Landesinitiative „Lokale“ gezielt Fördermittel für Projekte zur Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung. Mit „Regio“ soll die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen verbessert werden. Die Initiative „Urban“ fördert die Stadt- und Stadtteilentwicklung. Die Initiative „Pakte“ unterstützt Handlungskonzepte für lokale Beschäftigungsinitiativen.

Die Landesinitiative „List“ schließlich führt die Landesinnovationsstrategien RIS und RAHM zusammen und ermöglicht die Einbeziehung der Projekte, die bei dem Innoregio-Wettbewerb nicht zu den Preisträgern gehörten. Dies ist zumindest die politische Zielsetzung. Die Richtlinien dafür sind noch nicht verabschiedet.

Meine Damen und Herren! Ich will an dieser Stelle nicht auf den jeweiligen Sachstand der einzelnen Landesinitiativen eingehen.

(Frau Wernicke, CDU: Das wäre aber mal wichtig!)

Dies ist Sache der Landesregierung. Wir müssen schon zwischen Legislative und Exekutive unterscheiden, Frau Wernicke. Genau deshalb fordern wir in unserem Antrag eine kontinuierliche Berichterstattung in den zuständigen Fachausschüssen.

Ich möchte aber gern noch einmal auf die eingangs angesprochene Beschlussempfehlung zurückkommen, in der wir unter anderem die Landesregierung aufgefordert haben, gezielt Prioritäten für den Einsatz der Strukturfondsmittel festzulegen.

Dabei geht es erstens um die vorrangige Förderung von produktiven Investitionen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung von Existenzgründungen sowie um direkte Investitionsförderungen zur Weiterentwicklung des Angebots von betrieblichen Ausbildungsplätzen; ich betone das ausdrücklich.

Zweitens sollen durch die Förderung bei Markterschließungen, bei Unternehmenskooperationen und Netzwerken sowie durch die Förderung der Unternehmensberatung und Qualifizierung gezielt kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden.

In einem dritten Punkt geht es um den Ausbau der Infrastruktur mit den Schwerpunkten wirtschaftsnahe Infrastruktur, Infrastruktur im ländlichen Raum, lokale Infrastruktur sowie die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien.

(Unruhe bei der CDU)

- Herr Gürth, ich erläutere hier die Beschlussempfehlung, über die wir gemeinsam im Ausschuss beraten haben, wobei es von Ihnen überhaupt keinen Widerspruch gab. Deshalb verstehe ich Ihre Aufregung an der Stelle gar nicht.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Er hat doch gar nichts gesagt!)

Ergänzend ist auch der Ausbau der sozialen Infrastruktur besonders in städtischen Problembereichen und -gebieten zu nennen.

(Zuruf von Herrn Webel, CDU)

In Punkt 4 wird festgelegt, dass die Fonds auch dazu genutzt werden sollen, den Zugang zu Kapital- und Risikokapitalmärkten zu erleichtern. Ziel dabei ist die Förderung heimischer Technologie- und Innovationsunternehmen. Dazu gehören auch die Verbreitung der

Telematik, die Erhöhung der Medienkompetenz und die gezielte Entwicklung der Medienwirtschaft.

In Punkt 5 geht es um die Förderung der Qualifizierung und Weiterbildung der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, während unter Punkt 6 die Entwicklung von aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einschließlich der Fort- und Weiterbildung durch die Fondsmittel unterstützt werden soll.

Präsident Herr Schaefer:

Herr Metke, darf ich kurz unterbrechen? Herr Gürth hat eine Frage. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Herr Metke (SPD):

Zum Schluss gern.

Schließlich geht es in Punkt 7 um eine Förderung des ländlichen Raums, umso gleichwertige Lebensbedingungen in den Regionen des Landes zu schaffen. Dazu sollen Investitionen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben einschließlich der vor- und nachgelagerten Bereiche gefördert werden. Darüber hinaus geht es um den Einsatz der Fondsmittel für die infrastrukturelle Anbindung des ländlichen Raumes sowie um die Förderung von Investitionen und Maßnahmen zur Entlastung der Umwelt.

Meine Damen und Herren! Ich habe die inhaltlichen Schwerpunkte ganz bewusst noch einmal dargestellt. Es handelte sich dabei um eine parlamentarische Initiative. Weil wir davon in der Vergangenheit nicht allzu viele hatten, ist es durchaus angebracht, darauf noch einmal hinzuweisen.

Wir halten diese Schwerpunkte, wie ich sie noch einmal dargestellt habe, aus unserer Sicht durch die Umsetzung der Landesinitiativen für ausgezeichnet repräsentiert. Die Landesinitiativen bieten eine Chance für regional abgestimmte Projekte, zugeschnitten auf die jeweiligen Fonds und versehen mit einer Förderpriorität. So kann tatsächlich dazu beigetragen werden, dass das Ziel der vor uns liegenden Förderperiode, nämlich Wachstum und Beschäftigung, so optimal wie möglich erreicht werden kann.

Meine Damen und Herren! Mit der in unserem Antrag geforderten halbjährlichen Berichterstattung in den genannten Ausschüssen wollen wir auch die weitere parlamentarische Begleitung der Umsetzung des operationellen Programms für uns als Parlament reklamieren und wir wollen natürlich auch die Weiterentwicklung der Landesinitiativen begleiten. Aus unserer Sicht wird es dabei um ganz konkrete Fragen gehen müssen, von denen ich nur einige beispielhaft nennen will:

Wird es eine Fortführung einzelner Landesinitiativen im Laufe der Förderperiode bis 2006 geben? Wie kann bei strikter Beibehaltung der Begrenzung auf 20 % der gesamten Strukturfondsmittel auch weiterhin eine effiziente Förderkulisse entwickelt werden? Welche Kompetenz erhält die interministerielle Arbeitsgruppe bei der Koordination der zu entscheidenden Projektbündel? Welchen Einfluss haben die Landesinitiativen auf den Prozess der regionalisierten Strukturpolitik? Welche Aufgaben kann das mit Mitteln der technischen Hilfe finanzierte Regionalmanagement für die Erarbeitung und Begleitung der Projekte leisten?

Damit diese und andere Fragen in den Fachausschüssen mit der Landesregierung qualifiziert beraten werden

können, bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und bedanke mich zunächst für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Herr Gürth, bitte stellen Sie Ihre Frage.

Herr Gürth (CDU):

Herr Kollege Metke, Sie haben fast sieben Minuten lang bekannte Beschlüsse, Richtlinien und Programme vorgelesen. Glauben Sie, dass dies im Interesse eines effektiven Parlamentsbetriebs effizienter in Form eines Rundschreibens hätte geschehen können?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Herr Metke (SPD):

Ich weiß jetzt nicht, ob das eine ernst gemeinte Frage war. Ich habe das in der Zwischenbemerkung noch einmal versucht deutlich zu machen: Dies war eine parlamentarische Initiative des Ausschusses als Grundlage für einen fast siebenjährigen Zeitraum bzw., wenn man den Abrechnungszeitraum noch hinzunimmt, für einen Achtjahreszeitraum, in dem 6,5 Milliarden DM im Land verteilt werden sollen.

(Unruhe bei der CDU)

Ich finde es durchaus angebracht, darauf noch einmal zurückzukommen, weil ein unmittelbarer Zusammenhang zu den Landesinitiativen besteht; denn gerade durch die Umsetzung in Form von Landesinitiativen schaffen wir es, diesen integrativen Ansatz zu verwirklichen, wobei andere Bundesländer sehr wahrscheinlich erhebliche Schwierigkeiten bekommen werden. Von daher gibt es sehr wohl auch eine Verbindung zwischen dem operationellen Programm, über das wir ausführlich beraten haben, und den Landesinitiativen. Diesen politischen Zusammenhang wollte ich einmal darstellen. Wenn ich Sie damit überfordert habe, Herr Gürth, dann bitte ich um Nachsicht.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Das Wort hat nunmehr der Wirtschaftsminister Herr Gabriel. Bitte, Herr Minister.

Herr Gabriel, Minister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde ein paar Bemerkungen dazu machen und ansonsten meine Rede zu Protokoll geben. Aber ein paar Bemerkungen möchte ich machen, weil in einigen Anmerkungen von Ihrer Seite der Eindruck zu erwecken versucht wurde, als wäre alles nur heiße Luft und nicht sinnvoll.

(Herr Becker, CDU: Das war doch schon bisher so!)

- Es gab vorher schon die Gemeinschaftsinitiative. Dabei ist schon darüber diskutiert worden, wie wir in der neuen Förderperiode eine ressortübergreifende Verzahnung erreichen können, wie wir es hinbekommen, dass die komplexen Problemstellungen, die Sie aus dem kommunalen Bereich genau kennen, auch in der Förderkulisse entsprechend berücksichtigt werden. Wie gelingt

es uns, in der Förderung ein überjähriges Prinzip umsetzen zu können?

Bis auf „List“ gibt es die entsprechenden Richtlinien bereits. Wir können uns fast nicht retten vor Anträgen und sinnvollen Projekten. Von daher kann man sich jetzt einfach einmal über das große Echo und darüber freuen, dass wir in unmittelbarem Anschluss an die Gemeinschaftsinitiativen, die schon ein großer Erfolg waren, jetzt in der neuen Förderperiode, die bekanntermaßen wirklich Planungssicherheit für die Akteure bringt, sehr viele schöne Projekte massiv fördern können und dass wir ein sehr viel größeres Investitionsvolumen im Lande für Wachstum und Beschäftigung initiieren können.

Ansonsten gebe ich meine Rede zu Protokoll. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(Zu Protokoll:)

Herr Gabriel, Minister für Wirtschaft und Technologie:

Die Erfahrungen unter anderem mit den Gemeinschaftsinitiativen haben gezeigt, dass die Ausrichtung der Förderstrategie auf komplexe, integrierte Entwicklungsziele einen Ansatz erfordert, der über das Ressortprinzip hinausgeht. Ein derartiger integrierter Ansatz ist geeignet, die Förderprogramme unterschiedlicher Ressorts sowie die Präferenzen der regionalen Akteure in einzelnen prioritären Handlungsfeldern zu bündeln.

Diesen Ansatz verfolgen die von der Landesregierung im Zuge des Programmplanungsprozesses für den Einsatz der EU-Strukturfonds für den Zeitraum 2000 bis 2006 beschlossenen Landesinitiativen. Durch diese Initiativen soll die ressortübergreifende Förderung in den Handlungsfeldern:

- lokale und regionale Bündnisse für Arbeit (Landesinitiative Pakte),
- Entwicklung städtischer Problemgebiete (Landesinitiative Urban 21),
- Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte (Landesinitiative Regio),
- lokale ländliche Entwicklung (Landesinitiative Lokale),
- Landesinnovationsstrategie (Landesinitiative List)

koordiniert werden.

Mit den Landesinitiativen hat sich die Landesregierung erstmals ein Instrument geschaffen, mit dem eine langfristige Vorplanung von europäischen und landeseigenen Fördermitteln möglich ist. Es wird planbar, wer wann wo was investieren will.

Die Planungen werden dabei nicht mehr nur vonseiten der Landesregierung allein gesteuert. Mit den Landesinitiativen sind die regionalen Akteure vor Ort in wesentlich stärkerem Umfang in die Mittelvergabe einbezogen. Sie selbst setzen die regionalen Förderpräferenzen. Sie selbst legen die Konzepte und Projektbündel vor.

Durch die Landesinitiativen wird ein besseres Zusammenwirken von Einzelprojekten erzielt. Die Förderwirkung der Einzelprojekte wird dadurch erhöht. Der so genannte integrierte Ansatz realisiert ein Zusammenwirken aller Strukturfonds und Ressorts. Das ist möglich, weil sich die Akteure innerhalb der Konzepte und Projektbündel intensiv abstimmen. Sie selbst entscheiden, welche Projekte am besten dazu geeignet sind, Wachstum und Beschäftigung in der jeweiligen Region zu stärken.

Anreize für die Antragsteller zur Förderung im Rahmen der Landesinitiativen bestehen zum einen darin, dass entsprechenden Projekten Vorrang vor der Förderung nicht integrierter Einzelmaßnahmen eingeräumt werden soll. Maßnahmen im Rahmen der Landesinitiativen erhalten also gegenüber sonstigen Vorhaben prioritären Zugriff auf das verfügbare Fördermittelbudget. Zum anderen sollen im Rahmen der Landesinitiativen geförderte Vorhaben eine Fördersatzpräferenz gegenüber sonstigen, nicht integrierten Vorhaben erhalten.

Wir haben dieses Planungsinstrument als Pilotverfahren angelegt. Trotzdem ist das betroffene Fördervolumen immens. Ich spreche hier von Fördermitteln in Höhe von rund 2 Milliarden DM. Das sind 20 % der Strukturfondsmittel inklusive der nationalen Kofinanzierung für einen Zeitraum bis 2008.

Um die oben genannten Effekte, den Mehrwert der Projekte zu erzielen, muss jedes Konzept und Projektbündel einzeln bewertet werden. Jedes Projekt muss seine Förderfähigkeit beweisen.

Einige Planungsschritte haben wir schon realisiert. So liegen mittlerweile mit Ausnahme von „List“ alle Leitlinien für die Landesinitiativen vor. Für Urban 21, Lokale und Regio sind die Konzepte der regionalen Akteure bereits eingegangen. Urban 21 und Lokale haben bereits erste Abstimmungs- und Selektionsrunden abgeschlossen.

Ich rechne damit, dass Urban 21 und Lokale im ersten Halbjahr dieses Jahres durchgeplant sein werden. Die Landesregierung wird selbstverständlich die jeweiligen Ausschüsse über die Umsetzung und Weiterentwicklung der Landesinitiativen unterrichten.

Präsident Herr Schaefer:

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist zwar nicht üblich, solche Reden zu Protokoll zu geben, aber in Anbetracht der noch zur Verfügung stehenden Redezeit von acht Minuten haben wir damit wirklich Zeit gewonnen.

Das Wort hat nunmehr Herr Dr. Süß. Bitte, Herr Dr. Süß.

Herr Dr. Süß (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden dem SPD-Antrag mit einer Ergänzung zustimmen. In Zeile 4 des Antrages ist eine halbjährliche Berichterstattung vorgesehen. An dieser Stelle würden wir gern den Startzeitpunkt fixieren, und zwar mit den Worten „beginnend ab Juni 2001“. Wenn Sie dem zustimmen, würden wir diese Änderung gern dem Herrn Präsidenten übergeben.

Die Landesinitiativen sind ein wichtiger Schritt zur Regionalisierung der Strukturpolitik und Förderpolitik, sollen sie doch Mitspracherechte und zunehmende Entscheidungskompetenzen regionaler Gebietskörperschaften gewährleisten.

Diesen Prozess zu befördern ist auch uns ein wichtiges Anliegen. Dass bei der Umsetzung Probleme auftreten können und werden, ist allein aufgrund der Komplexität der Anträge zu erwarten.

In einer Kleinen Anfrage in Drs. 3/3761 hatte ich unter anderem nach Leitlinien zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung der Landesinitiativen gefragt. Inzwischen sollen alle Leitlinien vorliegen. Herr Minister Gabriel hat

mich eben etwas verunsichert, denn in der Antwort vom 11. Dezember 2000, die ich erhalten habe, heißt es:

„Die Leitlinie für die Landesinitiative 'List' wird im November mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern abschließend besprochen. Im Ergebnis wird die List-Leitlinie vorgelegt.“

Nun ist seit November schon eine Menge Zeit vergangen. Ich weiß nicht, wann die Leitlinie dann vorliegen soll. Nach Ihrer Mitteilung liegt sie also noch nicht vor.

Was die zu erwartende Berichterstattung der Landesregierung angeht, interessiert uns, inwieweit die Leitlinien den integrativen Ansatz des operationellen Programms zur Realisierung der EU-Strukturfonds und der Landesinitiativen tatsächlich erfüllen helfen; denn die Landesinitiativen überschneiden sich zum Teil, zum Beispiel im Bereich Forschung und Entwicklung.

Auf meine Frage nach der Aufteilung der vorgesehenen Finanzmittel aus den EU-Strukturfonds und der nationalen Kofinanzierung in Höhe von insgesamt 2,5 Milliarden DM für den Zeitraum bis 2006 auf die fünf Landesinitiativen heißt es in der Antwort - ich darf mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, zitieren -:

„Grundsätzlich ist von einer Gleichverteilung zwischen den Landesinitiativen auszugehen. Im Rahmen der Landesinitiativen werden die EU-Strukturfondsmittel projektbezogen eingesetzt. Die tatsächliche Verteilung zwischen den fünf Initiativen richtet sich nach der regionalen wirtschaftlichen Bedeutung.“

Jetzt stellt sich die Frage: Wer bewertet oder bestimmt diese regionale Bedeutung?

(Zustimmung von Herrn Becker, CDU, und von Herrn Schomburg, CDU)

Dies ist nur eine Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt. Nach unserer Kenntnis übersteigt der Finanzbedarf allein für die Regio-Anträge das Gesamtvolumen. Wer also trifft die Auswahl?

Die Leitlinie „Regio“ regelt die Antragsannahme wie folgt - ich darf an dieser Stelle noch einmal auf die Ihnen bekannte Leitlinie „Regio“ zurückkommen; dort heißt es -:

„Nach der Prüfung förmlicher Kriterien und der prinzipiellen Förderfähigkeit der Einzelprojekte durch das Ministerium für Wirtschaft und Technologie sowie durch die interministerielle Arbeitsgruppe werden die Anträge und die Projektvorschläge einem Ausschuss, dem die Staatssekretäre ... angehören, zur Bestätigung vorgelegt. Die Regionen erhalten die Möglichkeit, ihre Anträge dort zu präsentieren.“

Es heißt dann weiter:

„Die bestätigten Anträge und ausgewählten Projekte und Projektbündel werden den Fachressorts zur Kenntnis gegeben. Die Förderung der Projekte erfolgt danach über die in den jeweiligen Richtlinien verzeichneten Fachressorts und zuständigen Landesinstitutionen.“

Hier sind also die Verfahren dargestellt. Aus unserer Sicht ergeben sich dabei natürlich Riesenprobleme. Die Nachfrage übersteigt das finanzielle Angebot offensichtlich bei weitem.

Die Projektförderung über die Fachressorts ist unter Beachtung eines postulierten integrativen Ansatzes der

Landesinitiativen einerseits und notwendiger Entscheidungen in den Fachressorts andererseits als problematisch einzuschätzen; denn die Fachressorts sollen jetzt integrativ über alle Dinge urteilen.

Dort sehen wir Probleme. Wir halten das nicht für katastrophal, aber für problematisch. Darüber muss geredet werden. Wir gehen davon aus, dass die Berichterstattung der Landesregierung entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion auch darauf Antwort geben wird.

Ein Letztes. Ich hatte die Landesregierung in meiner Kleinen Anfrage gefragt, ob ihrer Einschätzung nach die Akteure auf kommunaler Ebene ausreichend informiert sind oder ob durch die Förderprogrammvielfalt vielleicht eine weitere Verkomplizierung eintritt. Die Antwort lautet:

„Ja. Die Akteure auf kommunaler Ebene sind ausreichend informiert. Die Befürchtung einer Verkomplizierung ist unbegründet.“

Ich hoffe im Interesse des gesamten Landes sehr, dass das so ist.

(Beifall bei der PDS und bei der CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Dr. Süß, Herr Dr. Sobetzko möchte Ihnen eine Frage stellen. Sind Sie bereit zu antworten?

Herr Dr. Süß (PDS):

Ja.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Herr Dr. Süß, sind Sie mit uns der Meinung, dass man die Prioritäten für die Gemeinschaftsinitiativen auch in der entsprechenden Region setzen muss? So gibt es zum Beispiel bei der Initiative „Lokale“ mehr als 150 Anträge, von denen 50 bestätigt worden sind; die Regionen wundern sich, welche bestätigt worden sind. Das heißt, dass es möglich sein muss, andere Akzente in der Region zu setzen, dass es also so laufen muss, wie Sie es eben angedeutet haben und wie wir es sicherlich vorschlagen müssen.

Herr Dr. Süß (PDS):

Ich will es einmal so formulieren: Ich teile das, was ich von Ihrer Frage verstanden habe.

(Heiterkeit bei der PDS - Herr Dr. Sobetzko, CDU: Soll ich es wiederholen?)

- Nein, es wird nicht besser.

(Heiterkeit bei der PDS und bei der SPD)

Ich meine, dass uns die Berichterstattung Gelegenheit geben wird, darüber zu reden. Das ist besser, als wenn wir jetzt solche einzelnen Dinge klären.

Präsident Herr Schaefer:

Danke. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Weich für die Fraktion der FDVP. Bitte, Herr Weich.

Herr Weich (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die EU hat in diesem Jahr einen Haushalt von 182 Milliarden DM. Deutschland als Zahlmeister der EU ist bei dieser Summe mit 47 Milliarden DM dabei. Für die neue Periode der

Strukturfondsförderung im Zeitraum von 2000 bis 2006 stehen über den gesamten Zeitraum 6,5 Milliarden DM dem Land zur Verfügung.

Die einzelnen Fonds seien zum besseren Verständnis, auch für die Zuhörer, einmal kurz aufgeführt: Europäischer Fonds für Regionalentwicklung mit einem Anteil von 57,1 %, Europäischer Sozialfonds mit einem Anteil von 22,9 %, Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds mit einem Anteil von 22 %.

Durch die Kofinanzierung des Landes stehen für viele Aufgaben insgesamt mehr als 10 Milliarden DM zur Verfügung. Diese Mittel, richtig eingesetzt, können einiges bewirken. So werden die Mittel in fünf Landesinitiativen mit den klangvollen Namen „Urban 21“, „Pakte“, „Regio“, „Lokale“ und „List“ eingesetzt. Wichtigstes Ziel ist die Anregung von Wachstum, Beschäftigung und Nachhaltigkeit sowie die Festschreibung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen.

Doch Theorie und Praxis sind zweierlei. Ein noch so guter Ansatz hat Umsetzungsprobleme, da hierbei immer die unterschiedlichsten Gremien in horizontaler und vertikaler Art zusammenarbeiten. Lokale Unterschiede können sich bei komplexen Arbeiten sogar verstärken. Wachstum und Beschäftigung und Regionalausgleich sind nicht mit den gleichen Mitteln zu realisieren.

Fördermittel müssen effizienter eingesetzt werden. Aufgrund der bisherigen Praxis wurde überall nur ein bisschen gefördert. Dadurch verpufften die Synergieeffekte.

Die Integration von vielen Projekten in ein Gesamtprojekt sollten nicht vom Vorgang betroffene Institutionen vornehmen. Für regionale und Länder übergreifende Projekte müssen echte Netzwerke zum Einsatz kommen.

Diese Punkte vermisste ich in den Landesinitiativen.

Seit zehn Jahren wird Sachsen-Anhalt von EU, Bund und Ländern massiv unterstützt. Ein Förderprogramm löst das nächste ab. Seit 1994 aber hamstert das Land eine rote Laterne nach der anderen ein. Da sollte der Landesregierung doch allmählich ein Licht aufgehen.

Vorbilder für eine optimale Wirtschaftsentwicklung gib es in Deutschland zur Genüge. Ein Paradebeispiel ist der Freistaat Bayern. Die dortige Regierung hat eine optimale Wirtschafts-, Technologie- und Infrastrukturpolitik betrieben und das Land ist in kurzer Zeit von einem Agrarland zu einem Hochtechnologieland geworden.

Es reicht nicht aus, Arbeitslose mit einem Internetführerschein zu beglücken oder einmal schnell medienwirksam 100 Millionen DM für die Ausbildung im Informatikbereich bereitzustellen. Betrachtet man die Politik des Ministerpräsidenten Höppner, so muss festgestellt werden, dass dieser Ministerpräsident wie ein politischer Geisterfahrer sein Amt ausfüllt.

(Frau Budde, SPD: Ich glaube eher, der Geisterfahrer sind Sie!)

Zu erwarten haben die Menschen in Sachsen-Anhalt von dieser blutrot-roten Landesregierung nichts, höchstens Stillstand und Steuergeldverschwendung. Es ist schon erstaunlich, wie die linksextremen Parteien SPD und PDS unter dem Titel „Stärkung der Demokratie“ sich aus Landesmitteln Wahlkampfgelder in Höhe von 2 Millionen DM verschafft haben.

(Unruhe bei der SPD und bei der PDS - Herr Dr. Süß, PDS: SPD ist linksextrem!)

Die Aufkleberaktion „Noteingang“ in Sachsen-Anhalt hat das US-Außenministerium bewogen, vor einem Besuch der neuen Bundesländer zu warnen. Dummheit muss bestraft werden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDVP - Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Becker.

Herr Becker (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Als ich den Antrag in die Hand nahm, schossen mir zwei Gedanken durch den Kopf: Will die SPD-Fraktion, Herr Metke, die Regierung bzw. ihre Minister kritisieren, weil es zu lange dauert, bis in Bezug auf die Landesinitiativen überhaupt etwas in Gang kommt - immerhin ist von den sechs Jahren schon ein Jahr verstrichen -, oder möchte die SPD-Fraktion ihre Minister vor der zunehmenden Kritik im Lande, was die Handhabung der Landesinitiativen angeht, in Schutz nehmen?

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass wohl das Letztere der Fall ist. Fest steht, dass sich jeder im Lande sagt, man könnte die 6,5 Milliarden DM auch besser und anders unter die Menschen bringen. Aber wir wissen, es handelt sich um EU-Recht, und hier die Kritik anzusetzen wäre falsch.

Ich habe mir überlegt, welche Landesinitiative ich nehmen sollte, um am praktischen Beispiel deutlich zu machen, ob die Initiativen funktionieren. Erst habe ich gedacht, dass ich Urban nehmen sollte. Aber dann, Herr Minister, habe ich gedacht, ein Günthersdorf ist ein Waterloo genug gewesen in der gestrigen Diskussion. Deshalb nehme ich lieber den anderen Minister.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber leider ist er nicht da. Ich möchte mich deshalb auf Lokale konzentrieren. Die Lokale-Initiative wurde nach Auffassung aller Betroffenen zu pauschal, ohne Einschränkungen, unter großem Zeitdruck und ohne klare Verfahrens- und Umsetzungsvorstellungen verkündet. Dadurch wurde ein Hoffnungshorizont aufgebaut. Vor Ort wurden in den Verwaltungsgemeinschaften höchste Erwartungen geweckt und die Vorstellung erzeugt, dass bis zum Jahr 2006 Projekte der öffentlichen Hand und private Vorhaben überhaupt nur noch förderfähig sind, wenn diese in Lokale aufgelistet werden; also ließ man sich listen.

Eine Bewegung ging durch das Land. Keiner wollte zu spät kommen. Mit einer gewissen Torschlusspanik wurden Projekte konstruiert und zahlreiche Projektträger mobilisiert. Die Planungsbüros wurden zum Teil durch den Wettlauf überfordert und haben oft Projekte wahllos aneinander gereiht. Das wird an Anträgen mit über 100 Projekten deutlich; es gibt einen Spitzenreiter mit 140 Projekten. Man stelle sich das einmal in der Praxis vor.

Bei privaten Projektträgern führte das dazu, dass nichts mehr getan, sich um nichts mehr gekümmert und nur noch auf Lokale gewartet wurde, weil dort günstigere Fördersätze erwartet wurden. Sie ließen andere Förderwege aus den Augen, etwa Vorhaben, die durch die Gemeinschaftsaufgabe hätten gefördert werden können. Es geschah nichts. Das Handwerk, das Ausbaugewerbe

und das Baugewerbe bekamen keine Aufträge. Alles lag im Grunde genommen lahm.

(Beifall bei der CDU)

Es ist erstaunlich, dass bis zum 26. Juni 2000 die Verfahrensweise zur Entscheidungsfindung nicht bekannt war. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden zwei Sitzungen durchgeführt, an denen die ALFs, die Landkreise und Regierungspräsidien teilnehmen mussten, ohne dass dabei etwas herauskam. Erst an diesem 26. Juni wurde dann das Auswahlverfahren nach der Lokale-Konzeption bekannt gegeben. Laut diesem Konzept sollte am 6. Oktober 2000 die Entscheidung verkündet werden.

Tatsächlich war bis zum 6. Oktober nur die Globalprüfung der ersten Stufe unter Federführung der ALFs zusammen mit den Regierungspräsidien und den Landkreisen durchgeführt worden. Viele ALFs handelten dabei - das muss man lobend hervorheben - auf Eigeninitiative und ohne die Andockung an das Ministerium.

(Zustimmung von Frau Wernicke, CDU)

Umso überraschter waren die Verwaltungsgemeinschaften, als dann am 20. Dezember 2000 Staatssekretär Altmann offensichtlich in einer Art Befreiungsschlag die konkreten Entscheidungen bekannt gab. Keiner hatte in dieser Sitzung mit diesen Entscheidungen gerechnet. Man stelle sich das einmal vor.

Die Entscheidungsfindung des Ministeriums konnte auf dieser Sitzung nicht transparent gemacht werden. Ich nenne einige Beispiele: So hatte der Landkreis Mansfelder Land acht Projekte beantragt, ein Projekt wurde nur bestätigt. Der Landkreis Sangerhausen hatte sieben Projekte beantragt, drei wurden bestätigt. Der Landkreis Weißenfels hatte sechs Projekte beantragt, zwei wurden bestätigt. Der Burgenlandkreis hatte sechs Projekte beantragt, drei wurden bestätigt.

Die Frage von den Vertretern des Burgenlandkreises und des Landkreises Merseburg-Querfurt, warum gerade diese und nicht andere Projekte ausgewählt worden seien - nämlich die, die in der Vorauswahl als gleichrangig angesehen worden waren -, wurde nicht beantwortet. Im Gegenteil: Staatssekretär Altmann fiel aus der Rolle und - ich zitiere, wie mir berichtet wurde - reagierte sogar unsachlich und fragte den Merseburger Vertreter, ob der Landkreis lieber kein Projekt genehmigt haben wolle.

(Oh! bei der CDU - Frau Wernicke, CDU: Arranz!)

Das spricht Bände, meine Damen und Herren.

Was haben die Projektträger jetzt gemacht? Sie sind auf eine List verfallen und haben ihre Projekte umgewandelt. Sie bringen sie jetzt bei der Dorferneuerung ein, obwohl sie bereits Mittel für die Dorferneuerung erhalten haben. Jetzt liegen die Projekte dort wieder vor und man wartet und wartet, aber draußen geschieht nichts.

Präsident Herr Schaefer:

Herr Becker, können Sie mir bestätigen, dass Sie Ihre Redezeit überschritten haben?

Herr Becker (CDU):

Jawohl. - Bei Urban ist es ähnlich. Zu Urban äußere ich mich aber nicht, Herr Minister Dr. Heyer; denn ich habe

noch einen Antrag wegen Urban bei Ihnen vorliegen, wie Sie wissen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich komme jetzt zu dem Antrag. Ich stelle namens der CDU-Fraktion den Antrag - wir werden den Antrag der SPD-Fraktion selbstverständlich mittragen -, dass auch der Innenausschuss damit befasst wird und dass noch im März mit allen Ausschüssen des Landtags und mit allen Vertretern, die an den einzelnen Konzepten mitgearbeitet haben, eine Anhörung stattfinden soll. Das ist unser Antrag, den wir zusätzlich einbringen möchten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Becker. Die Abgeordnete Frau Wernicke hat eine Frage. Nach Ablauf der Redezeit ist das möglich. - Bitte schön.

Frau Wernicke (CDU):

Herr Becker, geben Sie mir darin Recht, dass zumindest die Landesinitiative „Lokale“ - auf die Initiative „Urban“ kann man das auch ausdehnen - eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die vielen Planungen der Ingenieurbüros war?

Herr Becker (CDU):

Das kann ich aufgrund eigener Erfahrungen bestätigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Zum Abschluss hat der Abgeordnete Herr Metke das Worte. Bitte, Herr Metke.

Herr Metke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur noch ein paar kurze Anmerkungen zunächst zu dem, was Herr Dr. Süß angesprochen hat. In Bezug auf die Ergänzung unseres Antrages haben wir überhaupt kein Problem damit, einen konkreten Zeitpunkt festzulegen. Wir würden also die Formulierung „beginnend ab Juni 2001“ mittragen können.

Herr Becker, Sie haben in Ihrer unnachahmlichen Art und Weise noch einmal auf eine besondere Landesinitiative mit dem Namen „Lokale“ abgestellt. Ich habe vorhin schon gesagt, dass es Sache der Landesregierung ist, auch auf die Details einzugehen.

Eines will ich allerdings noch einmal sehr deutlich sagen: Mein Eindruck ist - das mag regional sehr unterschiedlich sein -, dass zum Teil überhaupt nicht der Versuch gemacht wird, genau darauf abzustellen, was in den Richtlinien enthalten ist. In dieser Hinsicht gibt es eben ein paar Kriterien.

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Sie haben vorhin selbst gesagt, dass Anträge wahllos eingereicht worden seien. Das ist genau das Problem,

(Zurufe von der CDU)

weil es sozusagen abgestimmte Projektbündel sein müssen. Sie müssen zwei Fonds berühren.

(Unruhe bei der CDU - Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Daher kann man nicht in den jeweiligen Bereichen die Schubladen leer räumen

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

und sagen: Prima, dazu gibt es eine Initiative, das reiche ich mal ein, ohne überhaupt nur ansatzweise auf die Kriterien zu reagieren.

(Frau Budde, SPD: Richtig!)

Das ist zumindest meine Erfahrung und das will ich hier noch einmal ganz deutlich sagen.

(Unruhe bei der CDU - Frau Wernicke, CDU: Wenn es erst im Herbst kommt und im Frühjahr eingereicht werden muss, ist das unverschämte! Also wirklich!)

Ich sage es noch einmal, um das persönlich zu formulieren: Sie haben nach dem Motiv für unseren Antrag gesucht. Ich weiß nicht, warum Sie nicht auf das Naheliegende gekommen sind.

Auch wir wollen über den Stand der jeweiligen Initiativen informiert werden. Das ist genau der Hintergrund unseres Antrages - nicht mehr und nicht weniger. Ich denke, darauf hat das Parlament einen Anspruch, und es sollte auch ein Interesse daran haben, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die EU-Kommission nachdrücklich empfiehlt, dass das Parlament hierbei den weiteren Prozess begleitet.

Dies wollen wir politisch mit diesem Antrag. Deshalb bitte ich noch einmal ausdrücklich um Zustimmung zu dem Antrag mit der Änderung, die von der PDS-Fraktion eingebracht worden ist.

Ihrem Antrag, Herr Becker, können wir allerdings nicht folgen.

(Zuruf von Herrn Becker, CDU)

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie alle Antragsteller zu einer Anhörung einladen. Das würde zumindest den räumlichen Rahmen des Landtages sprengen. Vielleicht haben Sie einen entsprechenden Raum in Naumburg. Dann können wir es unter Umständen vielleicht dort machen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Budde, SPD, lacht)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Metke, der Abgeordnete Herr Dr. Daehre hat eine Frage. Wollen Sie diese beantworten?

Herr Metke (SPD):

Ja, gern.

Präsident Herr Schaefer:

Bitte, Herr Dr. Daehre.

Herr Dr. Daehre (CDU):

Herr Metke, ich muss noch einmal auf unseren Antrag zu sprechen kommen. Sie lehnen ihn ab, wie Sie eben betont haben. Das heißt, Sie haben kein Interesse daran, über die Erfahrungen der Antragsteller bzw. die Erfahrungen derjenigen, die die Genehmigung bekommen haben, im Parlament zu diskutieren. Habe ich Sie richtig verstanden?

Sie weichen dem aus, indem Sie sagen, wir haben keine räumliche Möglichkeit. Einen Raum finden wir schon, in dem wir die Anhörung durchführen können.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich komme zu der konkreten Frage: Sind Sie dagegen, dass die Erfahrungen der Akteure vor Ort und von den mit dem Problem Beschäftigten hier im Landtag vorgebracht werden?

Herr Metke (SPD):

Herr Dr. Daehre, das habe ich mit meinem Beitrag nicht zum Ausdruck bringen wollen. Ich denke, es ist aber sinnvoll, sich sowohl in den Ausschüssen als auch mit der Landesregierung auseinander zu setzen über den jeweiligen Stand. Dann kann man immer noch darüber reden, was man dann macht. Ich dachte, das sei erkannt worden, Herr Dr. Daehre.

Die Frage der Räumlichkeiten war ironisch gemeint und war nicht ernst zu nehmen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Allerdings ist es schwer vorstellbar, dass es eine effiziente Geschichte werden kann, wenn man tatsächlich alle Antragsteller einlädt. Aber auch das kann durchaus sinnvoll sein. Wenn die beteiligten Ausschüsse dies wünschen, steht dem sicherlich auch nichts im Weg. - Schönen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Der Antrag liegt Ihnen vor. Es gibt drei bereits genannte Änderungen.

Erstens. Nach dem Antrag der PDS ist zu formulieren: „beginnend ab Juni 2001 halbjährlich zu berichten“. Ich kürze das etwas ab.

Die CDU möchte den Antrag zusätzlich in den Innenausschuss überweisen. In den Ausschüssen wird dann darüber beraten, ob man die Anhörung durchführt. Oder wollen wir das gleich mit beschließen? - Herr Dr. Daehre.

Herr Dr. Daehre (CDU):

Wir verlangen eine direkte Abstimmung über die Anhörung.

Präsident Herr Schaefer:

Direktabstimmung auch über die Anhörung. Es wird also dabei bleiben. - Wer schließt sich dem so geänderten Antrag an?

(Frau Budde, SPD: Bitte einzeln abstimmen!)

- Einzeln abstimmen.

Wer den von der CDU-Fraktion gewünschten Anhörungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei drei Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Widerspruch bei der CDU und bei der DVU-FL)

- Dann müssen wir jetzt zählen lassen.

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU - Herr Bullerjahn, SPD: Herr Dr. Daehre, bleiben Sie doch ein bisschen sachlich!)

Das wird knapp. Wir wiederholen die Abstimmung. Wer stimmt zu? - Jetzt zählen wir bitte.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Herr Minister, seien Sie doch nicht so aufgeregt!)

Gegenstimmen? - Das ist eine ganz knappe Mehrheit der Neinstimmen.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Stimmenthaltungen!)

Und jetzt bitte noch die Enthaltungen. - Drei Enthaltungen.

Jetzt stimmen wir darüber ab, dass der Antrag auch in den Innenausschuss überwiesen wird. Wer stimmt dem zu?

(Widerspruch bei der CDU, bei der DVU-FL und bei der FDVP - Frau Wiechmann, FDVP: Wir warten auf das Auszählungsergebnis!)

- Es waren drei bis vier Stimmen mehr.

(Zurufe von der CDU)

Meine beiden Partner haben mir bestätigt, dass es eine knappe Mehrheit bei den Neinstimmen gab.

(Widerspruch bei der CDU - Frau Wiechmann, FDVP: Wenn wir schon zählen, wollen wir auch das genaue Ergebnis wissen! - Zurufe von der CDU und von der SPD)

- Bitte schön, dann zählen wir eben noch einmal ganz korrekt aus. - Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Anhaltende Unruhe)

Bitte nochmals die Gegenstimmen. - Und noch einmal die Enthaltungen.

(Herr Schulze, CDU: Das sind immer weniger geworden!)

Das Ergebnis lautet: 36 waren dafür, 38 waren dagegen. So knapp war das.

(Anhaltende Unruhe)

Sie hätten mir das aber auch gleich glauben können.

Jetzt stimmen wir darüber ab, ob der Antrag auch in den Innenausschuss überwiesen werden soll. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dem Antrag ist zugestimmt worden.

Jetzt zu dem Antrag der PDS-Fraktion auf Einfügung der Worte „beginnend ab Juni 2001 halbjährlich zu berichten“. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei zwei Enthaltungen ist diesem Änderungsantrag ebenfalls zugestimmt worden.

Somit können wir den Antrag der Fraktion der SPD in der so geänderten Fassung zur Abstimmung bringen. Wer stimmt dem so geänderten Antrag zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei ebenfalls zwei Enthaltungen ist der Antrag angenommen worden. Der Tagesordnungspunkt 9 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 10:**

Beratung

Gefährdung von Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt durch Prüfverfahren der Europäischen Kommission

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4097**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4131**

(Anhaltende Unruhe)

- Ich bitte doch, noch ein bisschen mitzumachen.

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Gürth. Danach ist eine Fünfminutendebatte angesetzt. Nach dem Einbringer Herrn Gürth wird allerdings der Wirtschaftsminister das Wort ergreifen. Bitte, Herr Gürth, Sie haben das Wort.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten heute Morgen in diesem Hause eine sehr ausführliche Europadebatte. Wenn wir über Europa, über die Erweiterung der Europäischen Union, über die Europäische Kommission, ihre Gremien usw. reden, muss diese Debatte über Geld hinausgehen. Wenn wir in der Verantwortung dafür stehen, dass die Menschen in diesem Land uns in dem folgen, was wir als Ziel der europäischen Einigung wollen, müssen wir auch dafür sorgen, dass die wichtigsten Probleme, die in diesem Land vorherrschen, ernst genommen werden, auch wenn sie Europa tangieren.

Eines der wichtigsten Probleme und Sorgen in diesem Land ist bekanntermaßen die Arbeitslosigkeit. Daher müssen wir dafür Sorge tragen, dass Entscheidungen und Handlungen der Europäischen Union in ihren Kommissionen, in den Direktionen und an anderer Stelle transparent sind und dass die Betroffenheit in Sachsen-Anhalt auch zur Kenntnis genommen und ernst genommen wird.

Wir hatten im Jahr 2000 in Sachsen-Anhalt zunehmend das Problem, dass bei der Durchsetzung des europäischen Wettbewerbsrechts die Kontrollen über die Beihilfen, die gewährt wurden, dazu führten, dass Unternehmen in Sachsen-Anhalt, die privatisiert, zum Teil zweitprivatisiert worden sind, in existenzielle Schwierigkeiten kamen.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das ist auch nichts Neues, Herr Gürth!)

Weil dies so ist, haben wir im vergangenen Jahr in diesem Land eine Reihe von Aktionen gehabt. In den letzten Tagen gibt es zwei Beispiele, die uns veranlasst haben, dieses Thema noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Das sind einerseits Zernagel Zeit und andererseits Kranbau Köthen.

Das Beispiel Kranbau Köthen, das nach einem sehr langen Prozess gerade erst vor wenigen Tagen Gott sei Dank erfolgreich ausging, zeigte, wie wichtig es ist, dass sich das Parlament mit den Verfahren der Beihilfekontrollen befasst. Das ist in Sachsen-Anhalt wichtiger als in anderen Ländern, weil Sachsen-Anhalt mehr als andere Länder von den Beihilfekontrollen betroffen ist.

Auf eine parlamentarische Anfrage im Jahr 2000 hin wurde im dritten Quartal 2000 festgestellt, dass insgesamt 70 Beihilfefälle, davon 36 Einzelfälle und 34 Beihilferegungen, aus den neuen Bundesländern in Bearbeitung waren. Von den 36 Einzelfällen bezogen sich 23 auf Unternehmen mit Sitz bzw. Betriebsstätte in Sachsen-Anhalt; in 15 Fällen wurde das Hauptprüfverfahren eröffnet.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist die Betroffenheit der Unternehmen bezüglich der Arbeitsplätze, also die Sorge der Leute, die Angst haben müssen, ihren Arbeitsplatz deshalb zu verlieren, weil gewährte Beihilfen auf ihre Recht-

mäßigkeit überprüft werden. In Sachsen-Anhalt sind von den bei der Europäischen Kommission anhängigen acht Vorverfahren im letzten Jahr ca. 2 250 und von den 15 eröffneten Hauptprüfverfahren ca. 4 672 Arbeitsplätze betroffen gewesen, sodass insgesamt 6 922 Arbeitsplätze Unternehmen in Sachsen-Anhalt zuzuordnen sind, die von der Prüfung unmittelbar betroffen sind. Mehr als 80 % der Unternehmen, die in den neuen Bundesländern von Kontrollverfahren der Europäischen Kommission betroffen sind, befinden sich in Sachsen-Anhalt.

Die Wirtschaftsministerkonferenz hat sich mit diesem Thema befasst. Im Zusammenhang mit der Problematik Zernitz stellen viele die Frage, was im Ergebnis herausgekommen ist. Können wir, wenn wir die Probleme der langwierigen Verfahren kennen, nichts daran ändern, sodass in Fällen, in denen es nicht um eine Unrechtmäßigkeit gewährter Beihilfen geht, sondern Unternehmen und damit Arbeitsplätze nur deshalb gefährdet werden, weil das Verfahren so lange dauert, nicht etwas an den Verfahren ändern?

Beihilfekontrolle muss sein. Aber die Verfahren müssen so geändert werden, dass diejenigen, die zu Recht Beihilfen bekommen haben, nicht letztendlich in Konkurs gehen, weil die Verfahren unmöglich sind. Wir als CDU-Fraktion erwarten auch, dass das Parlament die Regierung auffordert, dass sie sich in diesem Sinne einsetzt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Wirtschaftsministerkonferenz eingehen. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat im letzten Jahr festgestellt, dass die Europäische Kommission insbesondere das innerstaatliche deutsche Insolvenzrecht beachten soll, wenn sie über die Rückzahlung von Beihilfen im Insolvenzfall entscheidet. Damit haben wir eines der wichtigen Probleme, nämlich das der Zweitprivatisierung, auf dem Tisch, das uns in Sachsen-Anhalt ebenfalls mehr betrifft als andere Bundesländer.

Insofern hielt es die Wirtschaftsministerkonferenz für nicht ausreichend, dass die Europäische Kommission ihre Absicht betont, die Rückforderungsansprüche lediglich auf Missbrauchsfälle zu beschränken. Vielmehr sei ein klares Bekenntnis zu dem Grundsatz erforderlich, dass für die Rückforderung von Beihilfen allein deutsches Recht maßgeblich sei. Nur so sei ausreichend sichergestellt, dass das deutsche Insolvenzrecht, das nicht der Dispositionsbefugnis der Kommission unterliege, respektiert werde und volle Wirkung entfalten könne.

Auch das deutsche Recht kennt die Institute des Rechtsmissbrauchs oder der Rechtsumgehung, sodass dem Anliegen der Kommission auf jedem Fall Rechnung getragen wird. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil wir ein neues Insolvenzrecht haben, das Gott sei Dank mehr die Auslotung der Chancen der Sanierung eines in Schwierigkeiten geratenen Unternehmens zum Ziel hat. Das muss berücksichtigt werden, damit nicht die deutschen Bemühungen zur Sanierung eines in Schwierigkeiten oder sogar im Insolvenzverfahren befindlichen Unternehmens dem zuwiderlaufen.

Deswegen müssen wir uns dafür einsetzen - das soll Ziel des Antrages im Ergebnis der Beratungen im Ausschuss sein -, dass der Insolvenzverwalter nach dem System des deutschen Rechtes die Wahrung der Interessen aller Gläubiger ohnehin durchsetzen muss und dass dies bei der Europäischen Kommission entsprechend gewürdigt wird.

Jede Inanspruchnahme des Erwerbers eines fortgeführten Unternehmens im Insolvenzfall durch die Kommission muss unterbleiben. Die Kommission muss bei der Rückforderung einer Beihilfe auf jeden Fall dem deutschen Recht den Vorrang einräumen.

Wir sollten als Land Sachsen-Anhalt fordern, dass die Anwendung des deutschen Rechts bei Vermögensübertragungen im Falle der Insolvenz verbindlich und aufgrund einer schriftlichen Erklärung der Kommission stattfindet und dass damit auch eine Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Verfahrens zur Sicherung der Arbeitsplätze gewährleistet ist.

Ich möchte abschließend dazu auf drei Fallbeispiele eingehen, weil diese die Brisanz des Themas deutlich machen. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat gefordert, diese Prinzipien durchzusetzen. Es ist aber nichts passiert. Aber wir als Ausschuss und als Parlament müssen ein Interesse daran haben, dass die, die das Ziel verfolgen, auch die Rückenstärkung des Parlaments haben und dass das nicht von der Tagesordnung genommen wird.

Erstens. Unklar und unbestimmt ist die in der ersten Fallgestaltung genannte Verschiebung von Aktiva. Auf gut Deutsch: dort, wo man den Verdacht hat, dass Unternehmen ausgehöhlt werden und sich Leute bereichern wollen. Diese Formulierung räumt der Kommission nach wie vor aber unbegrenzte Beurteilungsspielräume ein. Ein hinreichend konkretisierter Umgehungstatbestand lässt sich aus dem Begriff „Verschieben“ - so ist der Text - nicht ableiten. Das muss geändert werden.

Zweitens. Neben dem bedingungslosen offenen Ausschreibungsverfahren schließt auch der Erwerb von Vermögensgegenständen aufgrund eines unabhängigen Wertgutachtens eine Begünstigung des Erwerbers aus. Dies ist eine Feststellung der Juristen und der Wirtschaftsministerkonferenz, die nicht beachtet wird, die wir aber durchsetzen müssen, wenn wir die Interessen unserer Unternehmen vertreten und die Arbeitsplätze in diesen Unternehmen sichern wollen.

Drittens. Eine fortwirkende Begünstigung des Erwerbers bei der Übernahme bestimmter Verbindlichkeiten, die ehemals pönalisiert und als Gegenleistung bei der Beihilfe gefordert waren, kommt bei der Übernahme aufgrund eines unter zweitens genannten Ausschreibungsverfahrens bzw. bei einem marktüblichen Ausgleich nicht in Betracht.

Dies sind Positionen, die inzwischen in ganz Deutschland unstrittig sind. Weil wir am meisten davon betroffen sind, müssen wir dafür Sorge tragen, dass diese Positionen umgesetzt werden, nicht weil wir populistisch etwas fordern und uns dafür stark machen wollen, sondern weil das im europäischen Wettbewerbsrecht durchsetzbar ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend auf einen weiteren Punkt eingehen und deutlich machen, worum es uns in diesem Antrag geht. Die zuständigen Behörden in Sachsen-Anhalt wie das Wirtschaftsministerium, aber auch die betroffenen Unternehmen müssen feststellen, dass sich in den letzten eineinhalb Jahren im Umgang der Wettbewerbskommission mit den Unternehmen und mit den Ländern einiges verschlechtert hat.

Wir müssen feststellen, dass die Mitarbeiter in Brüssel, die die Beihilfefälle jetzt kontrollieren, ständig wechseln. Das heißt, ständig sind neue Ansprechpartner da, ständig müssen sie sich neu einarbeiten, ständig muss man

in den Ministerien, einmal in Sachsen-Anhalt, aber auch im Bundeswirtschaftsministerium als Vertreter Deutschlands als Nation gegenüber der EU wieder neu erklären, warum was wo und wie in der Vergangenheit gewährt wurde.

Ein neuer Sachbearbeiter, der den Fall beurteilt und damit zum Teil auch über 1 000 Arbeitsplätze entscheidet, muss sich jedes Mal in die Subventionsgeschichte des Unternehmens hineindenken. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn ständig die Mitarbeiter wechseln und Verfahren im Regelfall zwischen eineinhalb und zwei Jahren dauern.

Wenn ein solches Verfahren nur angedroht ist - man hat es beim Fall Zeit gesehen, obwohl es noch viele Details gibt, die man anmerken könnte -, führt das unweigerlich zu einem: Unabhängig davon, wie berechtigt eine Kontrolle oder ein Vorwurf ist, sperren alle Banken sofort die Kreditlinien. Die Unternehmen werden illiquide, weil die Banken wissen, dass ein Hauptprüfverfahren nach der Eröffnung eineinhalb bis zwei Jahre dauert.

Am Ende des Verfahrens kann dann festgestellt werden, dass ein Teil der Beihilfen, die gewährt wurden, nicht rechtmäßig gewährt wurde. Es kann aber auch festgestellt werden, dass alles in Ordnung war. Aber die zweijährige Prüfung führt dazu, dass das Unternehmen nicht handlungsfähig ist und dass es, obwohl es privatisiert und vielleicht zweitprivatisiert wurde, seine Existenzchance am Markt verliert.

Deswegen muss es unser Interesse sein, dass wir die Verfahren straffen und so gestalten, dass sie mit dem europäischen Wettbewerbsrecht kompatibel sind, aber in einem Zeitraum und in einer Art stattfinden, dass nicht unnötig Arbeitsplätze in unserem Land gefährdet werden. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Wir können dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen. Ich möchte die SPD-Fraktion fragen, warum sie diesen Änderungsantrag gestellt hat.

Wir haben im Wesentlichen zwei Punkte in unserem Antrag: Erstens. Wir möchten, dass im zuständigen Fachausschuss des Landtages Bericht erstattet wird.

Zweitens. Wir sprechen uns dafür aus, dass wir uns im Landtag für eine Straffung der Prüfverfahren im Interesse unserer Unternehmen und im Interesse der Arbeitsplätze einsetzen.

Sie haben in Ihrem Änderungsantrag diese beiden Punkte übernommen, aber zwei wesentliche weitere Punkte herausgenommen. Zum einen haben Sie die Passage gestrichen, in der eine Berichterstattung über die Art und den Umfang der Einflussnahme der Landesregierung auf die Verfahren und über die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze gefordert wird. Ich frage mich, warum Sie das nicht hören wollen. Wir wollen wissen, was diese Landesregierung auf Bundesebene und in Brüssel unternimmt, um auf die Situation in Sachsen-Anhalt aufmerksam zu machen und um Änderungen zu erwirken.

Zum anderen wollen Sie die Passage streichen, in der wir fordern, dass die Verfahren so gestrafft werden, dass es nicht mehr allein aufgrund der lang andauernden Prüfverfahren, unabhängig von ihrem Ausgang, zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt kommt. Ich frage mich, warum Sie diesen Satz aus unserem Antrag herausstreichen wollen. Das müsste doch in unser aller Interesse sein.

Ich bitte Sie, im Rahmen eines Kompromisses Ihren Änderungsantrag zurückzuziehen und unserem Antrag zuzustimmen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Uns schauen jetzt Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Jeßnitz und der Wundt-Sekundarschule Tangerhütte zu. Wir begrüßen sie ganz herzlich.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort hat nunmehr der Minister Herr Gabriel. Bitte, Herr Minister.

Herr Gabriel, Minister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Begründung zu Ihrem Antrag zeigt, dass Sie vor allem die noch anhängigen Prüfverfahren in den verbleibenden Zweitprivatisierungsfällen im Blick haben. Wir werden im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten gern darüber berichten. Lassen Sie mich jetzt einige Anmerkungen machen.

Die wettbewerbsrechtliche Überprüfung von staatlichen Beihilfen an Unternehmen ist Sache der Europäischen Kommission. Das ist im EU-Vertrag geregelt; dieser ist bekanntermaßen schon etwas älter. Ich halte das grundsätzlich für richtig. Die Institution, die Geld zur Verfügung stellt, muss natürlich auch die Möglichkeit zur Kontrolle haben.

Die Anzeige der Beihilfefälle bei der Kommission erfolgt durch die Bundesebene. Die Landesregierung ist in jedem Falle immer wieder für eine zeitliche Straffung der Verfahren gegenüber den zuständigen Stellen beim Bund und bei der Kommission eingetreten. In jedem Einzelfall wird auch weiterhin ausgelotet, auf welcher Ebene Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren möglich sind. In vielen Fällen sind gerade aufgrund der politischen Intervention der Landesregierung verfahrensbeschleunigende Impulse gesetzt worden.

Wir waren in Bonn, Berlin und Brüssel. Teilweise fuhr der Ministerpräsident mit mir gemeinsam, teilweise kümmerten wir uns einzeln darum; oder auch damals noch Dr. Schucht. Wir haben, wenn es an irgendeiner Stelle einen Fall gegeben hat, bei dem wir meinten, durch unsere Präsenz einen Beitrag zur Beschleunigung leisten zu können, die Reise nicht gescheut. Wir sind dabei auch punktuell vorwärts gekommen, wenngleich natürlich einige Negativpunkte, die Sie, Herr Gürth, genannt haben, auch mir nicht verborgen geblieben sind.

Es ist tatsächlich bedauerlich, dass es dort hin und wieder einen Wechsel der handelnden Personen gibt, und es ist bedauerlich, dass die Verfahren insgesamt so lange dauern.

Man muss an dieser Stelle aber auch darauf hinweisen, dass für die Firmen natürlich auch eine Herausforderung besteht, was die Mitwirkung an den Verfahren angeht. Es ist für uns am Ende, weil wir Außenstehende sind, gar nicht immer leicht zu ermitteln, ob die Unterlagen in Brüssel vollständig sind und es damit an der Bürokratie dort liegt oder ob es wirklich noch offene Punkte gibt, die dafür sorgen, dass in Brüssel nicht abschließend verhandelt werden kann.

Sie haben Kranbau Köthen und Entstaubungstechnik Magdeburg bereits genannt; Zemag haben Sie auch genannt. Wir sind übrigens mit Interessenten im Gespräch, die in Bezug auf einige Punkte, die Sie aufgezählt haben, ebenfalls Bedenken haben, zum Beispiel in Bezug auf die Durchgriffshaftung für das, was vorher dort stattgefunden hat. Das akzeptiert kein neuer Investor. Er will nicht für das haften, was die Vorgänger verzapft haben. Er will frei sein, er will unternehmerisch agieren. Er will investieren, er will Geld hineinstecken, ist möglicherweise auch auf eine Förderung angewiesen, will aber natürlich nicht für das haftbar gemacht werden, was dort früher passiert ist.

Richtig ist, dass Sachsen-Anhalt neben Sachsen - Sachsen hat einige Fälle mehr - vor allen Dingen wegen der Kombiatsstruktur und seiner Vorgeschichte besonders betroffen ist. Aber es gibt eben auch Fristen, auf die man sich verständigt hat, zum Beispiel dass die Regelungen für die Sonderbehandlung der Zweitprivatisierungsfälle durch die Europäische Kommission mit Ablauf des Jahres 2000 ausgelaufen sind. Praktisch heißt das, dass wir nach dem 31. Dezember 2000 keine neuen Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen ausreichen können. Dagegen sind von uns einige Initiativen gestartet worden - gemeinsam mit den Kollegen der ostdeutschen Länder, aber auch wohlwollend unterstützt von den Kollegen der westdeutschen Länder -, um das Weiterbestehen der Sonderregelungen zu erreichen. Das war jedoch nicht möglich.

Inzwischen ist es so, dass wir große Ansiedlungsfälle mit der Europäischen Kommission auf den multisektoralen Rahmen abstimmen müssen. Auch hierbei bin ich natürlich daran interessiert, dass wir nicht in Zeitverzug kommen und die Attraktivität unseres Standortes nicht dadurch leidet, dass wir Bearbeitungszeiten bekommen, die im Land Sachsen-Anhalt selbst unter Einbeziehung aller Ebenen und Stellen nicht üblich gewesen sind.

Wir sind uns darin einig: Wir brauchen mehr Tempo. Wir müssen allerdings versuchen, die Verwaltung zu motivieren. Politischer Druck und Abstimmungen werden nur begrenzt Erfolg haben. Sie haben die Wirtschaftsministerkonferenz zu Recht angeführt. Wir werden gern über all das im Ausschuss miteinander reden. Vielleicht finden wir noch einige zusätzliche Ansatzpunkte dafür, wie wir einen Beitrag zur Beschleunigung leisten können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Der Geräuschpegel ist merklich angeschwollen. - Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Herr Wolf. Bitte, Herr Wolf.

Herr Wolf (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon wieder EU, schon wieder Ärger - das prägt. Ich möchte an dieser Stelle hinzufügen, dass Deutschland vom dritten Platz im Weltindex im Jahr 1992 auf den 14. Platz im Jahr 2000 abgerutscht ist. Im Weltindex sind ausgesuchte Daten wie Arbeitslosigkeit, Bruttoinlandsprodukt, Schulwesen und Lebensunterhaltung des betreffenden Landes enthalten.

Es erscheint geradezu paradox, dass gerade in Deutschland, dem Hauptzahlmeister der EU, die meisten Prüfverfahren für Beihilfefälle an Unternehmen stattfinden

und hier wiederum im Land Sachsen-Anhalt. Gerade die neuen Bundesländer sind aufgrund der Reprivatisierung von ehemaligen Staatsbetrieben am meisten von der unerträglich langen Prüfzeit betroffen.

Seit Jahresbeginn gelten EU-weit die Leitlinien zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten. Umstrukturierungsbeihilfen dürfen in der Regel nur einmal gewährt werden. Die neuen Bundesländer hatten seit der Einheit einen Sonderstatus inne. Bis zum 31. Dezember 2000, bis vor wenigen Tagen, wurde der Grundsatz der Einmaligkeit von Umstrukturierungs- und Rettungsbeihilfen auf die neuen Länder nicht angewendet. Die Europäische Kommission trug damit dem Umstand Rechnung, dass die meisten Erstprivatisierungen den Sprung in die Marktwirtschaft nicht schafften.

Die Europäische Kommission hat für 198 Zweitprivatisierungen Zuschüsse genehmigt. Lediglich für aussichtslose Sanierungen sind keine Zuschüsse genehmigt worden. Herausragendes Beispiel ist die Zahlung von Zuschüssen an alle sechs Nachfolgefirmen des in Konkurs gegangenen Magdeburger Schwermaschinenbaukombinats Sket. Für dieses wurden insgesamt Beihilfen in Höhe von 3 Milliarden DM ausgereicht.

Das Land Sachsen-Anhalt bedarf weiterhin - wie alle anderen neuen Bundesländer - der höchsten Regionalbeihilfen aus dem EU-Haushalt.

Meine Damen und Herren! Man kann es nennen, wie man will, die Europäische Union ist Bürokratie in Reinkultur. Dort sind 19 862 Mitarbeiter beschäftigt bzw. beschäftigen sich mit irgendetwas. Wir kennen die komödiantischen Beispiele Abmessung für Obst, für bäuerliche Misthaufen, für gerade und krumme Bananen und Gurken. Das ist einfach unverzichtbar. Zurzeit gibt es einige Hunderttausend Vorschriften, Anleitungen, Reglementierungen usw.

Ein kleiner Lichtblick am Rande: Ab 1. Januar 2001 gibt es Gruppenerleichterungen bei Subventionen an kleine und mittlere Unternehmen. Immerhin! Für Zahlungen des Bundes oder des Landes entfällt damit das langwierige Prüfungs- und Genehmigungsverfahren bis zu einem bestimmten Höchstbetrag.

Zurzeit gibt es in den Ländern der Europäischen Union 19,4 Millionen Arbeitslose. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat der Europäische Rat im Juni 1997 an die Spitze der Prioritätenliste gesetzt. Immerhin! Hier scheint der Hase im Pfeffer zu liegen.

Es gibt in Sachsen-Anhalt zwei Betriebe, die durch die Brüsseler Mühlen ausgehungert worden sind. Es handelt sich hierbei - es wurde schon mehrfach gesagt - um den Kranbau Köthen und die Zemag Zeit.

Der Kranbau Köthen beschäftigte vor der Wende 3 900 Mitarbeiter. Nach der zweiten Privatisierung mit dem Investor Georgsmarienhütte stieg die Anzahl der Mitarbeiter von 47 auf derzeit 206. Die Firma schreibt schwarze Zahlen; für dieses Jahr sind Aufträge in Höhe von 50 Millionen DM eingegangen.

Die Europäische Kommission hatte nach mehr als zweijähriger Prüfung die Beihilfen in Höhe von 27,8 Millionen DM genehmigt. Die Höhe der Kosten der zweijährigen Prüfung wird inzwischen die Höhe der Beihilfen erreicht haben. Endlich wurde der Weg für die endgültige Übernahme durch die Georgsmarienhütte Holding frei und der Kranbau Köthen hat eine vorerst gesicherte Zukunft.

Die Krise der Zemag Zeit ist etwas anders geartet. In der Bewertung der Wirtschaftskraft belegt der Burgenlandkreis einen der letzten Plätze in Sachsen-Anhalt. Die Arbeitslosenquote liegt bei knapp 19 %. Dieser Betrieb befindet sich nunmehr zum dritten Mal in der Gesamtvollstreckung.

Zemag hatte im Dezember 2000 einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt, da die Banken keine Kredite mehr ausreichten. Dies wurde durch die Zweifel der EU an der Rechtmäßigkeit der gewährten Beihilfen in Höhe von 26,6 Millionen DM hervorgerufen. Die Lohnrückstände für die 160 Mitarbeiter betragen 950 000 DM. Aufträge liegen für drei Monate vor. Die Prüfung durch die EU-Kommission dauert auch hier wie im ersten Fall schon fast zwei Jahre.

Damit ist der vorliegende Antrag allein schon durch die Sachlage mehr als begründet. Er erhält unsere Zustimmung. Aufweichenden Änderungsanträgen stimmen wir natürlich nicht zu. - Danke.

(Beifall bei der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Dr. Süß.

Herr Dr. Süß (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Problem kann nicht losgelöst von der Europapolitik insgesamt gesehen werden. Der Verlauf der Diskussion zeigt das. Das, was viele vor zehn Jahren nicht wussten oder sich nicht vergegenwärtigten, ist die Tatsache, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR mit dem Beitritt zur BRD zugleich in die Europäische Gemeinschaft und die hier geltenden Rechtsverhältnisse begeben haben.

Zu den positiven Erfahrungen und Bedingungen zählen unter anderem die problemlose Einreise in die Länder der EU und die Teilnahme an finanziellen Förderungen regionaler, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen durch die EU. Zu den Risiken, die sich in den Regionen mit dem Beitritt zur EU ergeben haben, zählt neben dem umstrittenen Euro, der fehlenden Vereinbarung der Mitgliedstaaten zu sozialen Standards und dem ungenügenden Einfluss des Europaparlaments der Umstand, dass die Mitgliedstaaten bestimmte Rechte an die EU abgegeben haben.

Das bekommen in unserem Land derzeit jene Betriebe und deren Beschäftigte zu spüren, die wegen einer oftmals kritikwürdigen und regelrecht schlechten Privatisierung durch die Treuhandanstalt den Weg der Zweitprivatisierung oder eines Investorwechsels gehen mussten. Ich erinnere nur an die Management-KGs, die Lintra Holding, an SKL, Landtechnik Schönebeck, Zemag und Mafa Halle. Alle diese Fälle beschäftigen uns. Eine Ursache dafür liegt in der miesen Treuhandpolitik.

In diesen Fällen versagt die Brüsseler EU-Kommission oft die wiederholte Gewährung staatlicher Beihilfen oder leitet lange Prüfverfahren ein, die einer erfolgreichen Arbeit auf den hart umkämpften Märkten überhaupt nicht dienlich sind. Darin sind wir uns völlig einig.

Völliges Unverständnis über solche Entscheidungen oder über deren Verzögerung ist die verständliche Folge. Es stellt sich allerdings die Frage: Sind die Wettbewerbschüter in Brüssel in diesem Zusammenhang zu Recht als Buhmänner Europas anzusehen?

Die EU-Kommission stützt sich bei ihrem Vorgehen auf den EG-Vertrag. Artikel 87 Abs. 1 des EG-Vertrags zufolge sind staatliche Beihilfen grundsätzlich mit dem gemeinsamen Markt unvereinbar. Gemäß Artikel 88 des EG-Vertrags ist die EU-Kommission zur Kontrolle staatlicher Beihilfen verpflichtet. Dennoch sind Ausnahmen zulässig. Durch ein umfangreiches Regelwerk ist das Verfahren zur ausnahmsweisen Gewährung staatlicher Beihilfen festgelegt, zum Beispiel in den Leitlinien für die Beurteilung von staatlichen Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten; so heißt der Titel dieser Leitlinie.

Das EU-Recht ist mit Zustimmung der nationalen Regierungen und Staaten entstanden, auch mit Zustimmung der Bundesrepublik, damals unter CDU-Führung. Das darf nicht vergessen werden.

Die Übertragung der Verantwortung für die Durchsetzung der Beihilferegelung auf die Europäische Kommission ist damit verbunden. Ihr Entscheidungsersuchen legt die Kommission in Kontakt mit den Mitgliedstaaten in für diese verbindlichen Leitlinien fest. Das Recht auf direkte Mitwirkung der Länder oder des Bundes an Entscheidungen der EU in Beihilfesachen gibt es quasi nicht.

Nach unserer Meinung sind bei dem Beitritt der DDR zur BRD vor zehn Jahren die spezifischen Probleme der Transformation von der staatlichen Planwirtschaft zur kapitalistischen Marktwirtschaft ungenügend oder gar nicht beachtet worden, auch nicht die später daraus gewonnenen Erkenntnisse. Dafür sind an erster Stelle die Bundesregierung und die sie tragenden parlamentarischen Mehrheiten verantwortlich.

(Herr Dr. Daehre, CDU, lacht)

Mit der Treuhandpolitik der Bundesregierung wurde ein Ausverkauf der ostdeutschen Wirtschaft betrieben, statt faire Chancen im Wettbewerb zu schaffen. Diese Geburtsfehler dürfen nicht vergessen werden.

Wir tun unseren Leuten keinen Gefallen, wenn wir hier auf den europäischen Bürokraten herumhacken. Natürlich werden dort Fehler gemacht. Das geschieht bei uns auch. Aber die Ursachen sind nie zu vergessen,

(Zuruf von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

ungeachtet aller berechtigten Kritiken am Treuhandgesetz von 1990. Darin heißt es:

„Die Treuhandanstalt hat die Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes zu fördern,“

(Herr Scharf, CDU: Sie müssen die Preise in der DDR zumindest mit erwähnen!)

- ich beantworte gern Ihre Fragen -

„indem sie insbesondere auf die Entwicklung sanierungsfähiger Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen und deren Privatisierung Einfluss nimmt. Sie wirkt darauf hin, dass sich marktfähige Unternehmen herausbilden und eine effiziente Wirtschaftsstruktur entsteht.“

Dieses nationale Recht hätte nach unserer Meinung in angemessener Form in das EU-Recht aufgenommen werden müssen. Dies ist nicht erfolgt.

Das Mindestziel muss heute darin bestehen, mit der EU-Wettbewerbskommission eine volle Ausschöpfung der Ermessensspielräume des geltenden Rechts zu erreichen

und damit chancenreichen Unternehmen und ihren Beschäftigten eine Zukunft zu geben. Dies ist Sache der Bundesregierung. Die Landesregierung muss dies mit Nachdruck fordern, aber auch mit eigener engagierter Arbeit stärker unterstützen. Dies erwarten die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu Recht.

Die Erfahrungen der neuen Bundesländer, insbesondere Sachsens-Anhalts, müssen unseres Erachtens mit Blick auf die Osterweiterung der EU Beachtung finden und im EU-Recht verankert werden. Den Mitgliedstaaten der EU muss daran gelegen sein, dass der Transformationsprozess der Marktwirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Staaten ohne katastrophale soziale Verwerfungen verläuft und Europa den neuen Mitgliedstaaten reale Chancen für eine stabile Entwicklung bietet. Hierbei kann Sachsen-Anhalt aus eigenen Erfahrungen vieles in den weiteren Prozess der europäischen Entwicklung einbringen.

Wir werden dem Änderungsantrag der SPD zustimmen, nicht weil wir den Antrag der CDU für falsch halten, sondern weil er an einigen Stellen unscharf ist. Herr Gürth, darin wird ausgeführt:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene und an anderer geeigneter Stelle...“

Sie hätten ausführen sollen, welche Sie damit meinen. So allgemein können wir es nicht fassen.

(Herr Gürth, CDU: Wieso haben Sie es nicht hineingeschrieben? - Zuruf von Frau Budde, SPD)

Die Berichterstattung bietet die Chance, dass wir darüber ganz intensiv reden und uns Klarheit darüber verschaffen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Den Standpunkt der SPD-Fraktion trägt die Abgeordnete Frau Budde vor. Bitte, Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gürth, zunächst herzlichen Dank dafür, dass Sie das Niveau in der Europadebatte wieder auf eine sachliche Ebene geholt haben. Bei den Beiträgen vorher, die aus Ihrer Fraktion und aus einigen anderen Fraktionen kamen, hatte ich eher das Gefühl, wir begeben uns auf das Niveau der Plakate, die von der CDU vorgeschlagen worden sind.

(Unruhe bei der CDU - Herr Dr. Daehre, CDU, ein Schriftstück hochhaltend: Das ist SPD-Niveau!)

Eben weil Sie diese Debatte so sachlich geführt haben und weil ich weiß, was Sie eigentlich mit dem Antrag wollen, hätte ich mir gewünscht, dass Sie es genau so hineingeschrieben hätten.

(Starke Unruhe bei der CDU - Herr Dr. Daehre, CDU, hält erneut ein Schriftstück hoch - Frau Stange, CDU: Das ist SPD-Niveau! - Zuruf von Frau Wiechmann, FDVP)

- Wollen wir uns jetzt über das Thema unterhalten oder wollen Sie sich über irgendetwas aufregen? Dann kann ich gern so lange warten.

(Unruhe bei der CDU - Herr Dr. Daehre, CDU: Unverschämtheit!)

Die EU-Verträge, die die Grundlage für die Prüfverfahren sind, sind schon vor einiger Zeit gemacht worden. Darin sind auch die Spielräume festgelegt worden. Das sollte bei der ganzen Diskussion, Herr Gürth, vielleicht immer wieder Berücksichtigung finden.

Wir haben einen Änderungsantrag erarbeitet, weil wir ihn für durchaus korrekt halten, und zwar für korrekter als den Antrag, den Sie gestellt haben, mit dem Sie vielleicht das Gleiche wollen.

Der Bericht im Ausschuss umfasst natürlich auch die Einflussnahmen und die Einflussmöglichkeiten, die die Landesregierung in diesem Prozess hat. Das wissen Sie so gut wie ich. Ich bin allerdings dagegen, so etwas in populistischer Weise in einen Antrag aufzunehmen, zumal noch wesentlich mehr in einen solchen Bericht aufgenommen werden kann.

Es ist in der Tat auch so, dass wir entsprechend Ihren Vorstellungen über den Zeitraum reden wollen, der mit der Einleitung der Prüfungen begonnen hat; denn ich glaube kaum, dass Sie großes Interesse daran haben, über die Zeit davor zu reden.

Ich brauche nicht zu wiederholen, was Herr Dr. Süß gesagt hat. Den Passus kann ich aus meiner Rede streichen. Die Fehler, die gemacht worden sind, lagen in den Anfangsjahren der deutschen Wiedervereinigung. Die Dinge sind vielleicht mit guter Absicht, aber trotzdem falsch gemacht worden. Vielleicht sind sie auch mit anderen Absichten geschehen und bewusst falsch gemacht worden. Darüber streite ich mich mit Ihnen heute nicht.

Die Fehler, die wir im deutschen Einigungsprozess gemacht haben, können wir jetzt nicht auf die EU schieben; denn die Zweit- und Drittprivatisierungen, die notwendig geworden sind und die diese Prüfverfahren zum jetzigen Zeitpunkt nach sich ziehen, in einer Zeit, in der wir den Anfangsbonus verspielt haben - in den Anfangsjahren war die Europäische Kommission viel offener, was die Privatisierungen angeht -, sind die Ursache dafür und nicht die Europäische Kommission. Diese eignet sich an dieser Stelle nicht als Prügelknabe.

Ich gebe Ihnen in Folgendem Recht: Wenn es im Verfahren Verlängerungen gibt, die die jetzt mögliche Form der Privatisierung infrage stellen, die in Verfahrenswegen, in Arbeitswegen begründet sind und die in der Europäischen Kommission beeinflussbar sind, dann muss die Bundesrepublik Deutschland, das heißt zunächst der Bund und in dem Zusammenhang natürlich auch das Land, in der Mitarbeit darauf hinwirken, dass das konzentriert gemacht wird.

Wir wissen aber, dass dies getan wird. Wir waren mit dem Ausschuss dort. Wir waren bei der Europäischen Kommission; wir haben mit den Leuten direkt diskutiert. Uns ist ziemlich deutlich klar gemacht worden, welches kleine Rädchen ein Landesparlament - -

(Zuruf von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

- Ich weiß, Herr Dr. Sobetzko, Sie haben in der Europäischen Kommission besondere Gönner und nur dadurch ist die Privatisierung möglich geworden. Ich finde es in Ordnung, dass Sie sich so

(Zuruf von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

für einen Betrieb in Ihrer Region engagieren, dass Sie bei der EU Gehör finden und dass dort mit Abgeordneten aus dem Parlament geredet wird. Man sollte sich jedoch nicht überschätzen.

Dass wir dort mit einem Fingerschnippen großen Einfluss nehmen könnten, wie Sie das in Ihrem Antrag suggerieren, das halte ich nicht für möglich. Uns ist ziemlich deutlich klar gemacht worden, was in diesem Prozess überhaupt möglich ist. In diesem Rahmen möchte ich auch gern die Diskussion im Ausschuss halten.

Ich gebe Ihnen darin Recht, Herr Gürth, dass das deutsche Insolvenzrecht bei der Europäischen Kommission Beachtung und Berücksichtigung finden sollte und dass der Landtag dazu durchaus eine Position beziehen kann. Das kann man - wie wir es schon oft getan haben - der Europäischen Kommission mitteilen. Das sollte vielleicht im Ergebnis des Diskussionsprozesses ganz konkret und nicht populistisch nach dem Motto erfolgen: Die Landesregierung soll hier einmal berichten, was sie noch besser machen kann; denn sie ist daran schuld, dass die Verfahren so lange dauern. - Darüber sollte im Ausschuss diskutiert werden, also, wie Herr Dr. Süß sagte, an anderer, geeigneter Stelle.

Wenn wir dann einige ganz konkrete Punkte finden, dann wissen wir genau, dass wir die Möglichkeit haben, einen Antrag, den alle Fraktionen tragen, den mehrere Abgeordnete unterschreiben werden, wie wir es bei anderen Dingen auch schon getan haben, und zwar im Nachgang zu einer wiederholten inhaltlichen Debatte, im Landtag zur Beschlussfassung zu bringen und damit nicht nur die Landesregierung aufzufordern, sondern selbst eine fundierte Position des Landtages in einen Beschluss zu fassen und an die Europäische Kommission weiterzuleiten. Auch wenn ich nicht glaube, dass es große Auswirkungen hat, so helfen doch manchmal kleine Steine, die einen großen ins Rollen bringen. - Vielen Dank.

Präsident Herr Schaefer:

Frau Budde, der Abgeordnete Herr Dr. Daehre hat eine Frage. Möchten Sie diese beantworten? - Bitte, Herr Dr. Daehre.

Herr Dr. Daehre (CDU):

Frau Kollegin Budde, die Diskussion über das Plakat ist in diesem Zusammenhang aus meiner Sicht völlig unangemessen. Ich finde das Plakat nicht in Ordnung. Ich würde es auch nicht kleben. Das möchte ich zunächst klarstellen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Jetzt kommt das, was ich eigentlich sagen möchte, Frau Budde. Wir erwarten von der SPD, dass sie sich von diesem Plakat distanziert,

(Der Redner hält ein Plakat hoch)

auf dem CDU-Politiker hinter Gittern dargestellt werden. Darunter steht: „Bandenkriminalität bekämpfen“. Ich erwarte von Ihrer Seite die klare Aussage, dass Sie sich von diesen Plakaten genauso distanzieren. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Frau Budde (SPD):

Herr Daehre, wenn Sie nicht in den anderen Debatten so unangemessen über die europäische Problematik geredet hätten, dann hätte ich mich sicherlich nicht dazu verleiten lassen, diesen Einstieg in meine Rede zu benutzen. Wenn es ein solches Plakat der SPD gibt, das

ich nicht kenne - es wird sicherlich stimmen, wenn Sie es hier hochhalten -, dann finde ich das genauso nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Gürth. Bitte, Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss bedauerlicherweise zunächst Ihr Kompliment zurückweisen, Frau Budde.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Es ehrt mich natürlich, dass Sie sagen, ich hätte die Debatte um die EU-Themen versachlicht. Wenn Sie aber gleichzeitig unterstellen, dass die CDU-Redner bei den vorangegangenen EU-Themen unsachlich geredet haben, dann ist das definitiv falsch. Ich finde, Herr Dr. Sobetzko hat heute Morgen eine der besten Reden zu diesem Thema in diesem Hause gehalten. Sie hat wesentlich mehr Substanz gehabt als das, was der Ministerpräsident gesagt hat.

(Beifall bei der CDU)

Es war bei einem solchen wichtigen Thema - Europa, Nizza und die Folgen für die Menschen, die in Europa wohnen - äußerst beschämend, dass der Ministerpräsident sich während der Debatte demonstrativ hinsetzt und Zeitung liest. Das ist ein unfairer und fieser Umgang mit dem Parlament und dieses Hauses nicht würdig.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Zu dem Engagement von Abgeordneten: Ich glaube, es ist dem Hause nicht angemessen, dass wir uns gegenseitig abqualifizieren. Herr Dr. Sobetzko - Sie haben ihn persönlich angesprochen - hat es nicht verdient, dass man ihn hier lächerlich macht. Er hat wie kein Zweiter um den Kranbau Köthen gekämpft. Er war so oft in Brüssel. Er hat sich enorm engagiert. Es gibt viele, die sich engagiert haben. Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir versuchen, Leute, die sich engagieren, lächerlich zu machen.

(Frau Budde, SPD: Das habe ich nicht getan!)

Das Verdienst von Herrn Dr. Sobetzko hätte gewürdigt werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Eine weitere Richtigstellung. Ich hatte das Gefühl, hier lag ein Antrag vor, dem man fraktionsübergreifend hätte zustimmen können. Man hat es aber nicht getan, weil man ein Haar in der Suppe gesucht hat. Es ging nicht darum - der CDU schon gar nicht -, die EU zu verunglimpfen. Es ging nicht um das EU-Beihilferecht, das schon vor Jahren beschlossen worden ist. Dazu steht die CDU.

Es geht um die Auslegung des EU-Beihilferechts und darum, wie es in den letzten Jahren praktiziert wird. Wir müssen nicht das Beihilferecht auf europäischer Ebene ändern, sondern wir müssen die Praxis anschauen. Diese muss sich verändern, damit in Sachsen-Anhalt nicht Jobs gefährdet werden.

(Beifall bei der CDU)

Uns geht es um zwei ganz konkrete Punkte. Artikel 88 Abs. 2 und 3 des EG-Vertrages; das betrifft die Beihilfefälle und die Hauptprüfverfahren. Aus der Sicht der Opposition müssen diese beiden Positionen des EG-Vertrages gar nicht geändert werden. Das Beihilferecht ist in Ordnung. Es schützt die Schwachen in der EU. Lediglich die Praxis, dass ein solches Verfahren auf solcher Rechtsgrundlage inzwischen im Regelfall zwei Jahre dauert und Firmen, nicht weil sie zu Unrecht Geld bekommen haben, weil sie zu Unrecht mit Steuergeldern unterstützt wurden, sondern weil die Verfahren so lange dauern, ins Trudeln geraten, ist nicht in Ordnung und das müssen wir verändern.

Ein weiterer Punkt. Entweder war es ein Denkfehler oder es war eine Unterstellung. Es wurde gesagt, im Antrag der CDU-Fraktion sei zu wenig Konkretes. Herr Dr. Süß hat das moniert und gesagt, dass die Formulierung „andere geeignete Stellen“ nicht untersetzt worden sei. Man hätte sie untersetzen können. Ich kann eine ganze Liste vortragen, Herr Dr. Süß. Frau Budde hat ähnlich argumentiert.

Wenn Sie jedoch kritisieren, dass im Antrag der CDU-Fraktion, der wesentlich länger ist als der kurze Änderungsantrag der SPD, zu wenige Details stehen, dann frage ich mich, warum Sie von den wenigen Details noch einige herausstreichen. Das hat doch überhaupt keinen Sinn. Warum wollen Sie in dem Antrag der CDU die Passage streichen, in der die Landesregierung aufgefordert wird, über Art und Umfang der Einflussnahme der Landesregierung im Ausschuss zu berichten?

Wenn der Wirtschaftsminister sagt, er habe sich darum bemüht, dann kaufe ich ihm das ab. Dann bin ich daran interessiert, dass die Landesregierung im Ausschuss darstellt, was sie an welcher Stelle wie versucht hat zu ändern. Vielleicht können wir dabei mithelfen und den Druck erhöhen. Warum wollen Sie diese Passage in dem Antrag streichen?

Wieso wollen Sie eigentlich angesichts der rund 7 000 Arbeitsplätze, die in Sachsen-Anhalt aufgrund der Beihilferegulierung gegenwärtig von einem Prüfverfahren bei der Europäischen Union betroffen sind, die Passage in unserem Antrag streichen, dass die Verfahren gestrafft werden müssen, damit es nicht mehr allein durch die lang andauernden Prüfverfahren, unabhängig vom Ausgang, zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt kommt? Ich dachte, das ist Ziel aller hier im Hause. Warum wollen Sie das in dem Antrag streichen? Das ergibt keinen Sinn.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Budde, SPD)

Sie können nicht damit leben, dass das ein CDU-Antrag ist. Das ist unsachlich.

Meine Damen und Herren! Es wird wahrscheinlich in der Abstimmung eine Mehrheit für den SPD-Änderungsantrag geben. Das werden wir nicht verhindern können. Aber es gibt keinen sachlichen Grund dafür, Ihrem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Frau Budde, SPD: Das könnte ich erklären, aber ich darf nicht mehr dazu reden!)

Ich appelliere noch einmal an dieses Haus: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Nehmen Sie das Problem ernst. Wir sollten in dem zuständigen Fachausschuss sachlich mit diesem Thema umgehen.

Präsident Herr Schaefer:

Herr Gürth, sind Sie bereit, eine Frage von Dr. Süß zu beantworten? - Bitte, Herr Dr. Süß.

Herr Dr. Süß (PDS):

Herr Gürth, habe ich Sie darin richtig verstanden, dass Sie das EU-Beihilferecht mit Blick auf den sehr komplizierten Transformationsprozess für ausreichend halten?

Herr Gürth (CDU):

Herr Dr. Süß, im Zusammenhang mit dem EU-Beihilferecht möchte ich an unseren letzten Besuch bei Kommissarin Schreyer und bei der Generaldirektion der Kommission in Brüssel erinnern. Dort wurde uns sehr ausführlich erläutert, welche Positionen im Detail zur Debatte standen.

Im Ergebnis dieses Besuches - wir als CDU waren im Vorfeld schon dort - stelle ich zum heutigen Zeitpunkt fest, dass das vorhandene europäische Beihilferecht und die hier in die Kritik geratenen Regelungen in Artikel 88 Abs. 2 und 3 des EG-Vertrages aus meiner Sicht nicht geändert werden müssen. Es geht nicht um das Beihilferecht in der jetzt vorliegenden Form.

(Herr Dr. Süß, PDS: Das wollte ich nur wissen!)

Es geht darum, wie man mit dem Beihilferecht umgeht; denn vor Jahren hatten wir genau dasselbe Recht. Die Verfahren sind aber damals nicht so langwierig gewesen.

Deutschland hat ein besonderes Problem, weil es ein föderales Staatssystem hat. Gegenüber der EU ist nur Deutschland Ansprechpartner. Die Kommission interessiert nicht, welcher Wirtschaftsminister eines Landes welche Position zu welchem Beihilfefall hat, sondern sie lässt sich vom Bundeswirtschaftsministerium berichten. Die Zwischenschritte von der EU zum Bund, vom Bund zum Land und vom Land zum Unternehmen und zurück sind deshalb etwas länger. Aber sie sind seit Jahren so.

In den letzten eineinhalb bis zwei Jahren haben wir die Tatsache zu verzeichnen, dass die Verfahren immer länger dauern und dass im Ergebnis dieser Verfahren auch Arbeitsplätze ohne Not gefährdet werden. Das wollen wir ändern. Darüber müssen wir sprechen. Es geht nicht um eine Rechtsänderung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Die Debatte ist beendet. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 3/4131 ab. Wer sich diesem Änderungsantrag anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei drei Enthaltungen ist der Änderungsantrag angenommen.

Wir stimmen nunmehr über den Antrag der CDU-Fraktion in der Drs. 3/4097 in der geänderten Fassung ab. Wer sich dem anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer großen Anzahl von Enthaltungen ist dieser Antrag angenommen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt 10 erledigt.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Beratung

Auswirkungen der Äußerungen des Ministers für Wirtschaft und Technologie Herrn Gabriel im „Spiegel“

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4079**

Der Antrag wird durch den Abgeordneten Herrn Scharf eingebracht. Bitte schön, Herr Scharf.

Herr Scharf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir in der heutigen Debatte denjenigen, die den Überblick zu verlieren drohen zwischen den Transferleistungen der Solidarpaktverhandlungen, der Bundes- und der EU-Mittel im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung sowie möglicherweise dem Finanzausgleich, etwas helfen wollen, dann sollten wir uns zu Anfang auf ein gemeinsames Ziel besinnen.

Ludwig Erhard hat es seinerzeit mit den Worten „Wohlstand für alle“ auf den Punkt gebracht. Damals wie heute ging es um die Verbindung einer marktwirtschaftlichen Ordnung einerseits mit den humanen Idealen unserer Kultur andererseits. Dieses Leitbild der sozialen Marktwirtschaft, von Ludwig Erhard maßgeblich geprägt, hat nichts von seiner grundsätzlichen Bedeutung für unser Wirtschaftssystem eingebüßt.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Niemand bestreitet, dass dank dieses Systems diese Ziele in den alten Bundesländern weitgehend erreicht sind. Ist das Ziel in Sachsen-Anhalt ebenso in Sichtweite, wie es der Wirtschaftsminister in seinem „Spiegel“-Interview anzudeuten beliebte? - Eigentlich sollte sich der Wirtschaftsminister mit ganzer Kraft der Förderung der Wirtschaft dieses Landes widmen.

Meine Damen und Herren! Wie soll mittelfristig die Wirtschaftsförderung ausgestaltet werden, damit die Neugründung von Unternehmen erleichtert wird? Wie kann das schlechte Wirtschaftsklima verbessert werden?

(Frau Budde, SPD: Wir haben kein schlechtes Wirtschaftsklima!)

Meine Damen und Herren! Wie kann die Arbeitslosigkeit verringert werden? Welche Rolle soll dabei dem zweiten Arbeitsmarkt zukünftig zukommen?

Der Anlass unserer heutigen Debatte lautet: Welche Handlungsstrategie verfolgt eigentlich die Landesregierung bei der Vorbereitung eines Solidarpaktes II?

Meine Damen und Herren! Bestreitet etwa jemand, dass Sachsen-Anhalt im Konzert der neuen Bundesländer die schwierigen Verhandlungen mit dem Bund und mit den alten Bundesländern nur erfolgreich führen kann, wenn es eine klare Strategie verfolgt und eine klare Sprache spricht?

(Zustimmung bei der CDU)

Hingegen, meine Damen und Herren, ist in Sachsen-Anhalt immer wieder - erneut durch die Äußerungen von

Wirtschaftsminister Gabriel im „Spiegel“ vom 15. Januar 2001 - nicht zu erkennen, welchen Kurs die Landesregierung eigentlich verfolgt. Aus der Frage nach der Richtlinienkompetenz im Kabinett Höppner folgt eine weitere, nämlich die nach der inneren Befindlichkeit dieser Landesregierung.

(Zustimmung bei der CDU)

Offensichtlich gelingt es dieser Regierung in ganz wesentlichen Fragen nicht mehr, mit einer Stimme zu sprechen. Oder hat jeder Minister im Kabinett, um in einem Bild zu sprechen, vielleicht im Schlauchboot Sachsen-Anhalt sitzend, ein Paddel in die Hand gedrückt bekommen; der eine kann damit spielen, ein anderer schlägt damit um sich und der Dritte döst. Aber wo ist die Richtlinienkompetenz, um zu einem einheitlichen, koordinierten Handeln zu kommen?

(Beifall bei der CDU)

Nur kursorisch will ich an einige wichtige Wirtschafts- und Sozialmarktdaten erinnern. Bis 1993 hatten wir ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Im Jahr 1999 betrug die Wachstumsrate blamable 0,8 %. Seit rund sieben Jahren haben wir ununterbrochen die höchste Arbeitslosigkeit. Das interessiert fast keinen mehr von den Kollegen links von uns.

(Herr Sachse, SPD: Das ist eine Unterstellung!)

Jetzt kommt ein harter Fakt: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen in Sachsen-Anhalt betrug 1999 insgesamt 1,044 Millionen Menschen. Das sind rund 17 000 Arbeitsplätze weniger als im Jahr 1998.

Meine Damen und Herren! Der tatsächliche Verlust an regulären Arbeitsplätzen ist höher, da sich durch die Umwidmung der 630-DM-Arbeitsverhältnisse die Zahl der Versicherungspflichtigen statistisch erhöht hat, ohne dass Arbeitsverhältnisse hinzugekommen sind.

(Zustimmung bei der CDU, von Herrn Wolf, FDVP, und von Herrn Weich, FDVP)

Meine Damen und Herren! Die reine Statistik hat bei dieser schwierigen Situation sogar noch etwas verschönernd mitgewirkt.

Wir sind leider weiterhin das einzige Bundesland mit einem negativen Gewerbesaldo. Ich will aufhören, die schlechten Daten aufzuzählen, weil ich unser Land nicht schlechtreden will.

Meine Damen und Herren! Schlichte Gemüter sehen diese Entwicklung mit Sorge. Sie sehen darin den nicht schnell genug vonstatten gehenden Aufholprozess in diesem Lande. Aber der Wirtschaftsminister, meine Damen und Herren, sieht darin lauter Erfolge, die ihn sogar darüber sinnieren lassen, dass die Ostförderung in absehbarer Zeit deutlich zurückgeführt werden könnte.

Meine Damen und Herren! Die Zahlen im Lande Sachsen-Anhalt sprechen nicht dafür, dass wir schon so weit vorangekommen sind.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Meine Damen und Herren! Bei aller Vertracktheit der besonderen Situation in Sachsen-Anhalt gibt es jedoch viele Gemeinsamkeiten aller neuen Bundesländer. Auf der Grundlage der Gutachten von Forschungsinstituten einigten sich die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder und Bundeskanzler Schröder am 29. Mai 2000

auf eine gemeinsame Einschätzung und Vorbereitung der Verhandlungen über den Solidarpakt II.

Dies, meine Damen und Herren, war ein großer Erfolg, da nunmehr durch die Arbeit dieser Institute Fakten wissenschaftlich belegt wurden und eventuellen Ressentiments oder gar Vorurteilen der Boden entzogen wurde. Wir sind endlich weggekommen von der Einzelfalldiskussion. Wir haben ein fundiertes Gutachten für die objektive Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern erhalten.

Insgesamt wird von einem teilungsbedingten infrastrukturellen Nachholbedarf im Bereich von Ländern und Gemeinden von ca. 300 Milliarden DM im Jahre 2005 ausgegangen. Dies alles vor dem Hintergrund einer über das Jahr 2005 hinaus zu erwartenden weit unterdurchschnittlichen kommunalen Steuerkraft; die ist in diesen Diskussionen noch nicht einmal hinreichend gewürdigt worden.

Darüber hinaus sind Investitionen des Bundes in den in seiner Verantwortung stehenden Infrastrukturbereichen Bundesfernstraßen und Schienen erforderlich. Allein für die Bundesfernstraßen sind nach dem Gutachten des RWI Investitionen in Höhe von 24 Milliarden DM erforderlich.

Auf Sachsen-Anhalt bezogen wären die als notwendig erachteten Aus- und Umbaumaßnahmen an Bundesstraßen schon zu 85 % durchgeführt worden. Dabei hinken im Übrigen die landeseigenen Straßen, für die wir selbst die Verantwortung tragen, mit nur 33 % gewaltig hinterher.

Hinzu kommt ein Nachholbedarf in der gewerblichen Wirtschaft mit einem Volumen von ca. 260 Milliarden DM. Dazu gehört ein Fördervolumen von ca. 100 Milliarden DM. Alle diese Zahlen sind unstrittig unter allen neuen Bundesländern.

Bis zum Jahr 2004 wird Ostdeutschland eine Infrastrukturausstattung von etwa 70 % des westdeutschen Niveaus erreicht haben. Damit wird innerhalb von 15 Jahren nach der Herstellung der deutschen Einheit und ausgehend von einem Anfangswert von ca. 40 % im Jahre 1991 erst die Hälfte des Infrastrukturbedarfs befriedigt sein. Das ist ein durchaus nicht zu zerredender und ein bemerkenswerter Erfolg; es ist jedoch erst die Hälfte der Strecke.

Wir dürfen uns keine Illusionen machen, meine Damen und Herren: Die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente des Bundes müssen zur Stützung und zur Entlastung des Arbeitsmarktes auf hohem Niveau fortgeführt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Warum klatscht an dieser Stelle niemand von der SPD? Meistens war das anders herum.

(Zuruf von Frau Bull, PDS)

Wir werden aber, meine Damen und Herren, dieses alles nur erreichen, wenn wir selber alle Anstrengungen unternehmen, um unser Land zu konsolidieren. So stellte Finanzminister Gerhards in der „Süddeutschen Zeitung“ am 23. Februar 2000 fest:

„Fest steht auch, dass sich die neuen Länder die Solidarität des Westens durch eine restriktive Haushaltspolitik in den nächsten Jahren weiter verdienen müssen.“

Abstrakt hat er Recht. Wir können aber nicht erwarten, meine Damen und Herren, dass die westdeutschen Länder und der Bund bereit sind, im Rahmen des Solidarpaktes eine Verschuldungsdifferenz von 3 500 bis 4 000 DM pro Kopf, die zum Beispiel Sachsen von Sachsen-Anhalt unterscheidet, länger hinzunehmen und auszugleichen. Da wird das Spiel für uns bald ein böses Ende haben.

Meine Damen und Herren! Die Regierungschefs der ostdeutschen Länder sind sich einig, dass sie wichtige Maßnahmen für die Zukunft als unverzichtbar erachten. Daraus will ich ruhig etwas zitieren:

„Fortführung des Ausgleichs in der bisherigen Dotierung und Struktur für mindestens zehn Jahre; Fortsetzung der gegenwärtigen Wirtschaftsförderung mit dem bisherigen Volumen für die ostdeutschen Länder.“

Um den tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierungsprozess in den ostdeutschen Ländern auch nach dem Jahre 2004 nicht zu gefährden, sind die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesanstalt für Arbeit auf hohem Niveau fortzusetzen.

Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Steuerkraft der ostdeutschen Länder.“

Auch die Privatwirtschaft schätzt dieses ähnlich ein.

Meine Damen und Herren! Die Zitate übereinstimmender Erklärungen ostdeutscher Regierungschefs decken sich mit jenen der Wirtschaftsminister. So haben Sie, Herr Gabriel, erst am 11. Januar 2001, also nur vier Tage vor Ihrem „Spiegel“-Interview, auf der Konferenz der Wirtschaftsminister der ostdeutschen Länder in Erfurt eine Erklärung mitgetragen, die wie folgt beginnt:

„Die Wirtschaftsminister der neuen Bundesländer und der Wirtschaftsminister von Berlin bekräftigen die Forderung der ostdeutschen Regierungschefs vom 15. November 2000, den Solidarpakt über das Jahr 2004 hinaus zu verlängern und für den zukünftigen Aufbau in den neuen Ländern substanzielle Mittel bereitzustellen.“

Sie verweisen auf die Untersuchungen unabhängiger Forschungsinstitute, wonach im Infrastrukturbereich ein teilungsbedingter Nachholbedarf von ca. 300 Milliarden DM besteht. Des Weiteren gehen sie von einem auch nach 2004 bestehenden Bedarf im Bereich der Wirtschaftsförderung in Höhe von ca. 100 Milliarden DM aus.

Im Berichtsteil heißt es einstimmig:

„Die noch bestehenden Defizite im Vergleich zu den westdeutschen Ländern, die anerkanntermaßen auch nach dem Auslaufen der zurzeit geltenden Solidarpaktregelungen nicht behoben sein werden, begründen eine Fortführung der Wirtschaftsförderung mindestens auf derzeitigem Niveau und eingebettet in dem bewährten Instrumentarium.“

Aber, meine Damen und Herren, ein wenig erfolgreicher Wirtschaftsminister eines kleinen Landes trägt all die von mir zitierten Beschlüsse mit, kokettiert aber gleichzeitig im „Spiegel“ vom 15. Januar 2001, also vier Tage später, damit, dass man das eigentlich alles ganz anders

sehen müsse. Was zählt denn eigentlich? Was gilt denn eigentlich?

Zum einvernehmlich festgestellten teilungsbedingten infrastrukturellen Nachholbedarf in Höhe von 300 Milliarden DM sagen Sie salopp - ich zitiere wörtlich -:

„Die Zahl ist vielleicht etwas zu hoch gegriffen, aber natürlich gibt es noch eine Infrastrukturlücke. Aber wenn die geschlossen ist, muss Schluss sein mit den Sonderkonditionen für den Osten.“

Nun, Herr Gabriel, ein Mensch kann nicht alles wissen, aber einiges sollte er doch ordentlich verstehen. Hier haben Sie, glaube ich, nichts verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die Ministerpräsidenten stellten am 15. November 2000 fest, außerhalb des Finanzausgleichssystems seien die Investitionshilfen usw. auf dem bisherigen Niveau fortzuführen. Herr Gabriel dazu:

„Die gesamte Ostförderung gehört auf den Prüfstand. Sie ist ein Auslaufmodell.“

Entweder der eine hört nicht mehr auf den anderen oder es ist ein - wie ich vermute - fein aufeinander abgestimmtes Rollenspiel. Die Art und Weise, wie Sie, Herr Höppner, damit umgehen und den Wirtschaftsminister wegen mangelhaften Betragens gerügt haben, erfolgte doch wahrscheinlich nur augenzwinkernd. Es gilt wahrscheinlich, demnächst Wahlen zu bestehen, und da könnte sich eine differenzierte Ansprache verschiedener Zielgruppen als ganz nützlich erweisen, denkt man sich vielleicht im Kabinett.

Herr Gabriel tritt lieber vor der IHK auf, Frau Kuppe und andere treten lieber vor den Arbeitslosenverbänden auf, und so wird jede Zielgruppe bedient, und alle denken, es würde im Parlament nicht gebündelt und zusammen gesehen.

Meine Damen und Herren! Ich denke, so dürfen wir im Parlament die Regierung nicht davonkommen lassen!

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDVP)

Was vielleicht noch viel verheerender ist: Herr Thomas de Maizière, der Verhandlungsführer der neuen Bundesländer bei den Solidarpaktverhandlungen, hat nicht übertrieben, als er den Erfolg monatelanger Kleinarbeit durch Herrn Gabriels Äußerungen gefährdet sah.

Das kann uns vielleicht noch einmal sehr viel schlimmer ankommen. Denn wie sollen erfolgreiche Verhandlungen im Hinblick auf einen Zeitraum von zehn Jahren geführt werden, wenn zu Beginn der Verhandlungen von einem Auslaufmodell gesprochen wird? Dann wird die gesamte Vorbereitung dieser Solidarpakt-II-Verhandlungen durch ein launiges Interview infrage gestellt, und das kann katastrophal nicht nur für Sachsen-Anhalt, sondern für alle neuen Bundesländer werden.

(Beifall bei der CDU und bei der PDS)

Meine Damen und Herren! Man muss doch noch einmal ganz deutlich darauf zu sprechen kommen: Wenn die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse in Sachsen-Anhalt zurückgegangen ist und wir seit 1994 in ununterbrochener Folge das Land mit der höchsten Arbeitslosenquote sind, dann war doch

Ihr Interview nicht das richtige Wort zur rechten Zeit. Mark Twain sagt das so:

„Der Unterschied zwischen dem richtigen Wort und dem beinahe richtigen ist derselbe wie zwischen dem Blitz und dem Glühwürmchen.“

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich glaube, Herr Gabriel, Sie sollten einfach sagen, Sie haben sich da in einer launigen Art vergriffen, und Sie sollten sich für dieses Interview entschuldigen, weil es uns nichts nützt, außer auf einigen Stehbanketts; aber das könnte ein sehr kurzfristiger Erfolg sein, meine Damen und Herren.

Herr Gabriel, Sie haben Respekt vor Einzelschicksalen hervorgehoben, aber dieser Respekt vor Einzelschicksalen von Arbeitslosen entbindet Sie nicht, als Wirtschaftsminister dieses Landes verantwortlich über das Problem Arbeitslosigkeit in seiner Gänze zu sprechen.

(Beifall bei der CDU und bei der PDS)

Da ist es vollkommen verfehlt, einzelne Beispiele zur Charakterisierung dieses Phänomens heranzuziehen. Wie wir vorhin darüber gesprochen haben, was bei den Treuhandbetrieben teilweise schief gelaufen ist, so kennt jeder von uns, jeder Abgeordnete genügend Einzelschicksale von Leuten, die mit großen Hoffnungen in die Wende hineingegangen sind, die aber dummerweise so um die 50 waren und die danach nur gesagt bekamen: Wir freuen uns ja, dass Sie jetzt in der deutschen Einheit angekommen sind, aber wir haben leider keine Arbeit für Sie; Sie sind einfach zu alt, Sie haben einfach Pech.

Wer Menschen mit diesen Schicksalen - das sind nicht Einzelschicksale -, wer diese Menschen, die seit zehn Jahren zum Teil krampfhaft nach Arbeit suchen, die nicht herumhängen, mit dieser Charakterisierung belegt, Herr Gabriel, der hat einfach keine Sensibilität für das, was hier in diesem Lande abgeht.

(Beifall bei der CDU und bei der PDS)

So können wir mit den verschiedenen Gruppierungen in diesem Land nicht umgehen.

Ich will den Kollegen der Sozialdemokratie sagen: Wie sind Sie über uns hergefallen, als Herr Blüm gefordert hat, in den Arbeitsämtern solle die verschärfte Nachfrage gestellt werden, ob der Leistungsempfänger tatsächlich zur Arbeitsaufnahme bereit ist. Frau Kuppe sagte so schön: Sie bekämpfen die Arbeitslosen, nicht die Arbeitslosigkeit. - Diese verschärfte Nachfrage kann gestellt werden. Im Bund und im Land stellt die SPD die Regierung und die Instrumente sind alle vorhanden.

Wenn jetzt jemand meint, man müsse umsteuern, weil unser Sozialstaat angeblich keine Regelungsmechanismen für diejenigen hat, die sich hängen lassen und denen wir das nicht durchgehen lassen können, weil sie natürlich diejenigen ausnutzen, die tatsächlich ranklotzen, denn wenden Sie doch dieses Instrumentarium an. Wenn Sie meinen, man müsse umsteuern und neue Instrumentarien schaffen, dann sagen Sie das.

Aber eines möchte ich mir verbitten und das sage ich ganz deutlich: Ich nehme Ihnen diese „differenzierte“ diffamierende Zielgruppenansprache in Abhängigkeit davon, auf welcher Party man gerade ist, übel. Diese Doppelstrategie - das nehme ich mir persönlich vor - werde ich Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie vor

Arbeitslosen und vor Wirtschaftsfachleuten unterschiedlich sprechen. Das lasse ich Ihnen nicht durchgehen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Kollege Scharf, Sie müssen zum Schluss kommen.

Herr Scharf (CDU):

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zum Schluss. Ich bin sehr darauf gespannt, ob sich die Landesregierung äußert oder ob sie es vielleicht nur die SPD-Fraktion ausputzen lässt, dass alles nicht so gemeint gewesen sei und man manches mal so und mal so sagen könne. Ich denke, hier stehen Grundentscheidungen darüber, wie wir das Land bewerten und wie wir das Land führen wollen, auf dem Spiel. Bei der PDS bin ich gespannt, ob sie wieder einmal springt und sehr kurz landen wird. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Kollege Scharf, für die Einbringung.

Meine Damen und Herren! Es ist eine Debatte mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion in der Reihenfolge SPD, FDVP, PDS, DVU-FL und CDU vereinbart worden. Auf Ihr Statement eingehend, hat sich als Erster Herr Minister Gabriel als Debattenredner zu Wort gemeldet. Am Ende der Debatte wird der Herr Ministerpräsident dazu sprechen.

(Herr Sennecke, CDU: Oh!)

Herr Minister Gabriel, Sie haben das Wort. - Ich habe das als einen Ausdruck der Freude verstanden.

(Herr Sachse, SPD: Der Begeisterung!)

Herr Gabriel, Minister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für die Möglichkeit, hier ein paar Dinge darstellen zu können, die missverstanden worden sind, was auch auf eine verkürzte Wahrnehmung zurückzuführen ist. Diese entsteht, wenn etwas gedruckt wird und sich das Gedruckte verselbständigt,

(Herr Scharf, CDU: Autorisiert verselbständigt!)

daraus nur Auszüge gedruckt werden und davon wiederum nur ein Teil weitersagt wird.

Ich werde auch nicht der Versuchung erliegen, Herr Scharf, jetzt mit einem Zahlenpingpong anzufangen und Ihnen all die positiven Zahlen des Landes Sachsen-Anhalt entgegenzuhalten, deren Ursache nicht nur durch die Initiativen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen gelegt worden ist, sondern auch durch die positiven Rahmenbedingungen, deren Schaffung die Landesregierung mit unterstützt hat.

Ich weiß, dass wir in Ostdeutschland eine große Infrastrukturlücke von rund 300 Milliarden DM haben. Mich stören immer die runden Zahlen. Mir ist egal, ob es 280 Milliarden DM oder 330 Milliarden DM sind. Dass es eine große Zahl ist, weiß ich.

Dass wir, bis die Infrastrukturlücke geschlossen ist, eine massive Förderung für den Osten brauchen, weiß ich

nicht nur, sondern ich habe dies auch erklärt. Dass wir eine besondere finanzielle Unterstützung für die Wirtschaftsförderung in den Kommunen und in einigen anderen Bereichen, die Sie aufgezählt haben, brauchen, ist mir schon klar.

Was die Wirtschaftsförderung betrifft, so habe ich auf der Wirtschaftsministerkonferenz in Halberstadt Ende letzten Jahres die Federführung für die Festlegung der langfristigen Rahmenbedingungen übernommen. Ich bin insoweit für die Abstimmung zwischen den ostdeutschen Bundesländern verantwortlich. Deswegen können Sie davon ausgehen, dass ich die Beschlüsse von Erfurt, die genau diese Vorarbeit zum Inhalt haben, vollinhaltlich mittrage. Die Wirtschaftsförderung muss fortgesetzt werden.

Im Übrigen ist in Halberstadt meine Anregung aufgegriffen worden - daran sehen Sie, wie weit wir beim Aufbau Ost zum Teil schon vorwärts gekommen sind -, die Wirtschaftsministerkonferenz Ost aufzulösen; denn wir haben von der Tagesordnung her nicht viel mehr als eine Stunde zu tun.

Dass wir spezifische Interessen haben, ist klar. Dies kann man aber auch im Rahmen von Kamingesprächen mit dem Bundeswirtschaftsminister bereden. Es ist viel wichtiger, dass wir unsere spezifischen Interessen, die auch ich sehe, im Rahmen der Gesamtwirtschaftsministerkonferenz einbringen. Das ist wirkungsvoller, als das in einer separaten Konferenz zu tun.

Die Solidarpaktverhandlungen haben den Baustein Wirtschaftsförderung ausreichend zum Inhalt. Daher fühle ich mich da mit meiner Meinung gut aufgehoben. Aber siehe Auflösung der Wirtschaftsministerkonferenz Ost: Ich glaube, wir müssen wegkommen von den Überschriften, die den Eindruck vermitteln, dass da die Separatisten aus dem Osten sind, und wir müssen endlich zu dem Eindruck hinkommen, dass wir im geeinten Deutschland angekommen sind.

Zum Thema Wirtschaftsförderung in Sachsen-Anhalt möchte ich noch Folgendes anmerken: Beim Landesförderinstitut liegen 943 Anträge auf GA-Mittel. Dahinter steht ein Investitionsvolumen von rund 11 Milliarden DM. Dabei geht es um die Sicherung und Schaffung von rund 32 000 Arbeitsplätzen im Land. Ich sage Ihnen: Ich werde alles tun, damit aus diesen Anträgen Investitionen und Arbeitsplätze werden, und zwar zeitnah. Sie werden das erleben.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht erinnern Sie sich noch daran, dass ich mir vor ziemlich genau fünf Jahren, als ich anfang, die Verlängerung der A 14 nach Norden gewünscht habe. Ich freue mich, dass wir in der Diskussion inzwischen dort angekommen sind.

(Lachen bei und Zurufe von der CDU)

Es gibt also noch Infrastrukturprojekte, für die wir noch in nennenswertem Umfang Geld brauchen, damit wir die Entwicklung der Wirtschaft in allen Regionen des Landes angemessen vorantreiben können.

Meine Damen und Herren! Unabhängig von der Diskussion über die Fördermittel muss es aber auch erlaubt sein, einmal darüber nachzudenken, wie lange wir den Aufkleber „Ost“ noch mit uns herumtragen wollen. Die derzeitigen finanziellen Anstrengungen sollen doch dazu führen, dass wir mittelfristig die Transferleistungen aus dem Westen nicht mehr benötigen.

Es gibt schon viel zu lange Überschriften wie: „Der Westen gibt, der Osten nimmt“, was im Übrigen an den harten Fakten vorbeigeht. Der Konjunkturschub für die westdeutsche Wirtschaft, der einmal 200 Milliarden DM im Jahr betragen hat, beläuft sich immer noch auf 100 Milliarden DM. Das heißt, die Wiedervereinigung war für alle Beteiligten ein gigantisches Geschäft.

In der öffentlichen Debatte werden immer nur die Transferleistungen für Ostdeutschland aufgeführt. Wo ist die Tabelle für die Westländer? Auch in München erhalten die Studenten Bafög und auch in Köln gibt es Kindergeld und Autobahnen werden auch im Westen gebaut. Ich will das nicht alles aufzählen; Sie kennen das.

Ich möchte schlicht dafür werben, dass wir mehr die Normalität im geeinten Deutschland sehen, statt die Unterschiede so darzustellen, als wäre der Osten nur schwach und gebrechlich.

(Beifall bei der SPD)

Es ärgert mich auch ganz persönlich, wenn ich zehn, 20 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch in dieser Ossi-Schublade sein soll. Jedenfalls müssen wir heraus aus der Rolle der Jammer-Ossis.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU und von der FDVP)

Die ersten zehn Jahre sind herum. Die Konzeption für die Förderung in den nächsten zehn Jahren liegt ziemlich klar auf dem Tisch. Wir reden jetzt schon über 2010, 2020. Zu jenem Zeitpunkt wird die Wiedervereinigung schon 30 Jahre her sein. Man muss sich einmal überlegen, mit welchen Überschriften wir dann unser eigenes Dasein beschreiben wollen. Ich will mich auch jetzt schon als vollwertiger Gesamtdeutscher fühlen.

Ich sage Ihnen eines: Wir können noch so viele Imagekampagnen für das Land Sachsen-Anhalt machen. Sie werden nur begrenzten Erfolg haben, wenn wir uns selbst gleichzeitig als unterentwickelte Region zweiter Klasse darstellen. Auch das Selbstwertgefühl der Menschen im Osten leidet darunter. Geben Sie es doch zu, dass uns diese Überschriften auch schaden.

Für die Investorenwerbung brauchen wir eine andere Ausstrahlung. Dafür müssen wir uns als normale Region in Deutschland mit besonderen Chancen - zugegeben, auch mit spezifischen Problemen - darstellen. Vor allem müssen wir eine Aufbruchstimmung und Dynamik vermitteln. Sonst locken wir niemanden hierher.

(Beifall bei der SPD)

Ich scheue nicht davor zurück, auf die Probleme einzugehen. Aber ich würde, damit niemand den Eindruck hat, wir würden nur über die Probleme reden, das Benennen der Probleme auf eine kurze Zeit beschränken, egal was es ist, ob es darum geht, dass die jungen Leute weglauen, ob es die hohe Arbeitslosigkeit ist, was auch immer. Es geht nur darum, dass jeder merkt: Ich kenne, wir kennen die Probleme.

Dann aber müssen wir in eine engagierte Diskussion darüber eintreten, wo Lösungen sind und aus welchen Lösungsansätzen man Zuversicht für die Zukunft schöpfen kann. Wir dürfen bei einem Problem nicht stundenlang darüber lamentieren, wie furchtbar das alles ist. Das führt uns keinen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD)

Die Ausstrahlung, die wir nach außen haben wollen, brauchen wir im Übrigen auch nach innen, weil wir natürlich - ich komme gleich noch auf das Stichwort „Engagement“ zu sprechen - die Mitwirkung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger im Lande brauchen.

Wir müssen auch vordenken. Wir müssen über die aktuellen Solidarpaktverhandlungen hinausdenken. Die Zeit bleibt auch in zehn Jahren nicht stehen.

Ich weiß mich, was das Vordenken angeht, in guter Gesellschaft. Der Wirtschaftswissenschaftler Joachim Ragnitz vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle und der Leipziger Oberbürgermeister haben sich auch dazu geäußert, Wolfgang Tiefensee zuletzt in einem Gastkommentar in einer überregionalen Tageszeitung. Dort hat er geschrieben:

„Eine starke Ostförderung ist weiterhin vonnöten, aber dies mit einer strikten Zielgenauigkeit und unter Einbeziehung der strukturschwachen Westregionen. Nur auf diesem Wege verschwindet die leidige Ost-West-Diskussion. Verlieren wir nicht aus dem Blick: Es geht um gesamtdeutsche Strukturpolitik im Konzert des weltweiten Wettbewerbs. Nur auf diesem Weg begreifen wir die gesamtdeutsche Aufgabe einer demokratischen, sozialen Neugestaltung unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse.“

Außer auf die Diskussion zum Thema Förderung möchte ich auf einen Punkt eingehen, der immer mit dem Thema Arbeitslosigkeit, ABM verbunden wurde. Es geht mir im Kern um etwas anderes. Ich stehe auch dazu, dass unsere Marktwirtschaft weiterhin eine soziale Marktwirtschaft bleiben soll.

(Zustimmung bei der SPD)

Es geht mir nicht um die Abschaffung des Sozialsystems, sondern um dessen Stabilisierung. Aber das muss wirtschaftlich tragbar sein.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Schomburg, CDU: Konsens! - Zuruf von der CDU: Zustimmung! - Zurufe von der FDVP)

Ich wollte nicht diejenigen attackieren, die trotz persönlicher Anstrengungen keine Chance haben oder hatten. Dafür haben wir unser Sozialsystem und dafür müssen wir unser Sozialsystem weiterentwickeln.

Ich sehe aber einen Riss in unserer Gesellschaft, und zwar nicht nur zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die keine Arbeit haben, sondern auch zwischen denen, die sich engagieren, und denen, die sich nicht engagieren.

Wir haben Menschen, die sich engagieren, in den Verwaltungen, in den Betrieben, in den Vereinen und bei der Nachbarschaftshilfe, und zwar unter denen, die bezahlte Arbeit haben, und unter denen, die solche Arbeit nicht haben. Es gibt in diesen Gruppen aber auch Menschen, die sich nicht engagieren. Darüber muss auch geredet werden; denn Engagement ist wichtig für unsere Gesellschaft, und zwar in Gänze.

(Frau Bull, PDS: Das ist doch keine Neuigkeit!)

Wenn wir uns verdeutlichen, in welchem hartem internationalen Wettbewerb wir stehen, dann wissen wir, dass wir keine Reserven verschenken können. Wir kämpfen um jedes einzelne Prozent, bei der Arbeitslosigkeit und auch bei der Bruttowertschöpfung.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Minister, würden Sie eine Frage von Frau Bull beantworten?

Herr Gabriel, Minister für Wirtschaft und Technologie:

Ja, das mache ich.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Bitte, Kollegin Bull.

Frau Bull (PDS):

Herr Minister, ich will mir jede Ironie und auch den Zynismus verkneifen, weil ich denke, dass es in dieser Debatte nicht um die Verunglimpfung von Arbeitslosen und Empfängerinnen von sozialen Leistungen des Staates geht, sondern dass es sich um eine grund-legende Debatte handelt.

Deshalb frage ich Sie: Wie wollen Sie es erreichen bzw. wie soll es gelingen, angesichts von reichlich 267 000 Erwerbslosen in diesem Land auf der einen Seite und von reichlich 9 000 als frei gemeldeten Stellen auf der anderen Seite durch Motivationsschübe bei denen, die erwerbslos sind, die Anzahl der angebotenen Stellen signifikant zu erhöhen, es sei denn - meine zweite Frage -, Sie wollen den Vorlauf für ein umfassendes Angebot an Arbeitsplätzen im Niedriglohnsektor schaffen?

(Zustimmung bei der PDS - Zuruf von Herrn Kühn, SPD)

Herr Gabriel, Minister für Wirtschaft und Technologie:

Ich möchte darum bitten, dass ich den begonnen Punkt zu Ende führen darf. Aber die Frage beantworte ich natürlich.

Zunächst ist es so, dass wir in verschiedenen Bereichen, gerade im Bereich neuer Technologien, auch über Umfragen festgestellt haben, dass eine Arbeitskräftenachfrage im vierstelligen Bereich besteht, die nicht gedeckt werden kann. Wir müssen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt enger zusammenbringen.

Recht haben Sie darin, dass die Zahl der ausgewiesenen Stellen stark von der Zahl der Arbeitslosen abweicht und dass wir allein durch die Besetzung der freien Stellen die Probleme nicht lösen können.

Ich biete gern Gespräche zu punktuellen Themen an. Wir werden das nicht auf sich beruhen lassen. Es gibt auch Ansatzpunkte, wo man etwas tun kann. Es geht am Ende darum, mehr Menschen in Lohn und Brot zu bringen, und um gar nichts anderes. Dieses Ziel sollte nicht übersehen werden.

(Zuruf von Frau Stange, CDU)

Ich wäre dankbar, wenn ich meinen Vortrag nunmehr zu Ende führen könnte.

Wenn wir uns nicht verdeutlichen, in welch hartem internationalen Wettbewerb wir stehen, dann können wir uns im Grunde genommen schon von der Idee verabschieden, an ein westdeutsches Niveau, was die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit angeht, heranzukommen. Wir können keine Reserven verschenken. Dabei ist das

Engagement der Bürgerinnen und Bürger im Grunde genommen der Hauptmotor. Das müssen wir über die Motivation schaffen. Von daher ist klar, wie umfangreich die Anstrengungen sein müssen.

Es darf aber kein Tabu sein, darüber zu sprechen, dass es Leute gibt, die sich engagieren, und andere, die sich weniger engagieren. In diesem Zusammenhang müssen wir auch über Anreizsysteme reden, über finanzielle Anreizsysteme, und auch darüber, welchen Stellenwert die Arbeit in den Köpfen wirklich genießt. Ich sehe manchmal eine Diskrepanz zwischen der Engagiertheit, mit der über Arbeitslosigkeit gesprochen wird, und der Bereitschaft, wirklich selbst etwas zu tun. Ich pauschalisiere nicht; das sind die Beobachtungen, nicht nur von Einzelbeispielen.

Die Frage ist also: Wie können wir es schaffen, dass Menschen, egal ob in Ost- oder Westdeutschland und egal ob mit oder ohne Arbeit, mehr Engagement und mehr Eigeninitiative aufbringen, um den Herausforderungen der Globalisierung die Stirn zu bieten? Darüber werden wir Sozial- und Wirtschaftspolitiker hoffentlich gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in den nächsten Monaten und Jahren intensiv nachdenken müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Da der Herr Minister ganz leicht überzogen hat, werde ich auch bei anderen Rednern ganz leichte Überziehungen tolerieren.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, Schülerinnen und Schüler der Francke-Sekundarschule Halle in unserem Hause herzlich begrüßen zu dürfen.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Fikentscher.

(Oh! bei der CDU)

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt Meinungsäußerungen, die man nicht beliebig verkürzen kann, ohne dass sie missverständlich, unverständlich oder gar falsch werden. Und es gibt Themen, die man in der Hoffnung auf eine sachliche Diskussion nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt in die öffentliche Debatte bringen sollte. Das muss man wissen oder lieber schweigen, als einer solchen Gefahr zu erliegen. Insofern kritisiere ich das Interview unseres Wirtschaftsministers Matthias Gabriel.

Eine ausgedehnte und emotionale Folgediskussion war unvermeidlich und wohl auch notwendig. Die heutige Landtagsdebatte gehört dazu. Wir begrüßen die Diskussionen und werden dem CDU-Antrag zustimmen.

Es muss offen und öffentlich erklärt werden - der Minister hat heute einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet -, was tatsächlich gedacht und gemeint war, oder was in einem Diskussionsprozess neu bedacht werden muss. Es muss auch deutlich werden, was wohl begründet war oder zurückzuweisen ist.

Ich meine das Ergebnis vorwegnehmen zu können, indem ich sage, dass am Ende deutlich sein wird, dass es sich nicht um einen Politikwechsel der Landesregierung und der sie tragenden SPD-Fraktion handelt.

Ich stelle jedenfalls für meine Fraktion fest, dass wir keinen Politikwechsel bei der Umsetzung der Interessen der ostdeutschen Länder beabsichtigen, dass die Schließung der Infrastrukturlücke und die Wirtschaftsförderung im Land Sachsen-Anhalt noch über viele Jahre erfolgen muss und dass selbstverständlich die Mittel des zweiten Arbeitsmarktes weiterhin effektiv eingesetzt werden müssen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir sind auch der Ansicht, dass unsere Sozialpolitik in ihren wesentlichen Grundzügen nicht geändert werden darf. Allerdings werden wir uns weiterhin ständig darum bemühen, die Instrumente den Verhältnissen anzupassen und nach neuen Wegen zu suchen, die der Gesamtsituation Rechnung tragen.

Ich habe in dieser kurzen Debatte weder die Zeit noch die Neigung, auf die vielfältigen Reaktionen auf den Artikel im „Spiegel“ näher einzugehen. Es ist jedoch festzustellen, dass die öffentliche Kritik - wenigstens nach meinem Eindruck - überwog, auch wenn ich den Beifall beim Neujahrsempfang der IHK Magdeburg noch sehr wohl im Ohr habe. Die Beifallsspenden waren sich hoffentlich darüber bewusst, dass ihre Unternehmen zu einem erheblichen Teil durch Fördermittel entstanden und auf diese auch weiterhin angewiesen sind.

(Unruhe bei und Zurufe von der CDU)

Nun mache ich vier Bemerkungen zu dem Artikel.

Erstens. Ich halte - der Minister hat dies inzwischen auch deutlich gemacht - den Zeitpunkt für denkbar ungünstig, weil gleichzeitig schwierige Verhandlungen über Fragen des Solidarpaktes II, des Länderfinanzausgleichs und anderes geführt werden und der Eindruck entstand, wir zweifelten die Notwendigkeit der Fortführung der Ostförderung an.

Natürlich muss es zulässig sein, über längerfristige Fragen der Ostförderung nachzudenken. Natürlich werden wir sie 20 oder 30 Jahre nach der Einheit Deutschlands in der Form nicht mehr haben und so nicht mehr fordern können. Das steht aber im Jahr 2001 nicht auf der Tagesordnung.

Zweitens. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist die Lage umgekehrt. Die Diskussion liegt im Grunde hinter uns. Wir brauchen sie, und zwar noch lange. Seit einigen Jahren hat sich aber vieles grundlegend geändert. Die Zeit der großen Gesellschaften ist vorbei. Das meiste Geld aus diesen Kassen fließt bereits heute in den ersten Arbeitsmarkt, sodass pauschale Vorwürfe aus der Vergangenheit heute nicht mehr erhoben werden dürfen.

Drittens. Es ist wohl unstrittig, dass wir weiterhin und vielleicht konsequenter dafür werben müssen, dass sich die Eigeninitiative der Menschen in unserem Lande weiterentwickelt.

Hinsichtlich der Arbeitslosen, die zwar in dem Artikel im „Spiegel“ nicht namentlich genannt sind, aber bei dem gezeichneten Bild selbstverständlich gemeint sein müssen, möchte ich nur zwei einfache Zahlen nennen, die heute schon erwähnt worden sind. Im November 2000 gab es in Sachsen-Anhalt 255 000 registrierte Arbeitslose und 10 500 offene Stellen, also 25 Arbeitsuchende für eine freie Stelle.

Selbst wenn jeder einzelne Arbeitslose fähig und bereit wäre, jede beliebige Arbeitsstelle anzunehmen, blieben

von 25 immer noch 24 erfolglos zurück. Sie werden den Vorwurf der mangelnden Eigeninitiative als Kränkung empfinden müssen.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei der PDS)

Viertens. Nach allen Erfahrungen mit plastischen Ausdrücken ist anzunehmen, dass uns das gezeichnete Bild von Menschen, die ihre Kissen in die Fensterbank legen und zuschauen, noch über Jahre bei verschiedenen Diskussionen präsentiert werden wird.

Das bedauere ich, weil es zwar gewiss Menschen gibt, die sich so verhalten, weil aber gerade jene sich vermutlich weniger ertappt oder gar motiviert fühlen werden als die vielen, die nicht gemeint sein können und zu Recht gekränkt sein müssen. Ich begrüße, dass unser Wirtschaftsminister dies klargestellt hat.

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen. Unsere Zustimmung zu dem Antrag der CDU-Fraktion begründet sich aus der Notwendigkeit, unsere Politik noch einmal zu erläutern, weil an ihrer Geradlinigkeit durch den Artikel im „Spiegel“ öffentliche Zweifel aufgekommen sind.

In den Ausschusssitzungen sollte die Gelegenheit sein, Missverständnisse - sofern es sich um solche handelt - auszuräumen und über ernsthafte Fragen auch ernsthaft zu diskutieren. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Kollege Fikentscher hat jetzt den Nachschlag genutzt. Er steht natürlich auch Herrn Wiechmann von der FDP-Fraktion zu. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Frau Theil, PDS: Ich hätte eine Anfrage!)

- Eine Nachfrage? - Moment, Kollege Wiechmann. - Herr Fikentscher, würden Sie noch eine Anfrage von Frau Theil beantworten?

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Wenn es gewünscht ist.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Sie wünscht es. Es hängt von Ihnen ab, ob Sie diese Frage beantworten wollen. Bitte schön.

Frau Theil (PDS):

Herr Fikentscher, ich akzeptiere Ihre Ausführungen bis zu einem Punkt. Meinen Sie wirklich, dass es nur ein ungünstiger Zeitpunkt des Interviews war, oder denken Sie nicht auch, dass die Aussage grundsätzlich - so klar und deutlich ist es heute eben nicht von unserem Minister herübergekommen - so nicht getroffen werden kann?

Ich frage noch einmal, ob Ihnen bekannt ist, dass sich viele Arbeitslose nicht auf die Fensterbank lehnen, sondern in ihren Wohnungen verkriechen, weil sie sich dafür schämen, dass sie arbeitslos sind. Ich frage auch noch einmal, ob bekannt ist, wie viele bei den Gemeindeämtern Schlange stehen, vor allen Dingen auch Frauen in diesem Land, die Arbeit möchten, denen man keine zuweisen kann und die sich Arbeiten zumuten wie die Trümmerfrauen im Jahr 1946. Ist Ihnen das bekannt?

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Ja, natürlich ist mir das bekannt.

(Frau Theil, PDS: Dann empfinde ich die Äußerungen in diesem Interview als sehr arrogant!)

Ich kann nur sagen, dass ich mich bemüht habe, das so differenziert auszudrücken.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kollege Wiechmann, Sie haben das Wort.

Herr Wiechmann (FDVP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Scharf zur Sache waren derart ausführlich, dass es sich erübrigen würde, in der Sache noch viel hinzuzufügen. Gestatten Sie mir dennoch einige Worte.

Ich habe das Interview im „Spiegel“ vom 15. Januar natürlich gelesen. Ich war in meiner Meinungsbildung zunächst gar nicht so sehr entschlossen; denn ich fand es in manchen Punkten gar nicht so abwegig, in anderen Punkten jedoch sehr abwegig.

Die Metapher vom „Jammer-Ossi“, die Herr Minister Gabriel soeben noch einmal gebraucht hat, möchte ich zurückweisen. Herr Minister Gabriel, sagen Sie das bitte Ihrem Genossen Bundestagspräsidenten in Berlin und nicht uns; denn er hat die Jammerei par excellence durchgeführt.

Herr Minister Gabriel, Ihre Ausdrucksweise in Bezug auf die Arbeitslosen - das wurde wiederholt gesagt - war ganz einfach - ich sage es ganz höflich - unsensibel. Welcher Teufel mag Sie geritten haben zu sagen, die Arbeitslosen hingen aus den Fenstern und legten ein Kissen unter, um keine Schwielen an den Ellenbogen zu bekommen?

Ich selbst habe natürlich mit Turnhemden bekleidete Menschen schon an der Tankstelle gesehen; aber das war doch nicht die Mehrzahl der Menschen, die dort ihr Arbeitslosengeld oder ihre Sozialhilfe an den Mann brachten, und zwar zu erhöhten Preisen, wie Sie das gesagt haben.

Die Zahl von mehr als einer viertel Million Arbeitslosen in diesem Land wurde hier schon mehrere Male genannt. Diejenigen, die in der Hängematte des Sozialwesens unseres Landes liegen und sich ausruhen, bilden doch wohl nur einen verschwindend kleinen Bruchteil der Leute, die ohne Arbeit sind, die ihr nachrennen und, wie eben nochmals gesagt wurde, Schlange stehen um jeden einzelnen Arbeitsplatz.

Sicherlich hat Sachsen-Anhalt derzeit eine höhere Beschäftigungsquote als Rheinland-Pfalz, gleichzeitig hat es jedoch auch die höchste Arbeitslosenquote, nämlich über 20 %.

Herr Minister Gabriel, ich finde es gut und richtig, dass der Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalts nicht einfach nur zuschauen will, wenn zur Arbeit nicht bereiten Arbeitslosen das Zuhausebleiben auf Staatskosten durchfinanziert wird. Diesbezüglich bin ich der gleichen Meinung wie Sie. Aber ich finde es nicht so sehr gut, die gesamte Ostförderung als Auslaufmodell zu bezeichnen.

Als sehr wichtig erachte ich auch weiterhin den Ausbau im Bereich der Infrastruktur, da es noch längst nicht

genügend wettbewerbsfähige Strukturen gibt. Niemand in diesem Hause wird bestreiten wollen, dass auf diesem Gebiet seit dem Jahr 1990 bereits gewaltige Leistungen vollbracht worden sind; aber das reicht noch nicht aus. Die Infrastruktur muss auch über das Jahr 2004 hinaus gefördert und von der Bundesregierung finanziert werden.

Der Wirtschaftsstandort Ostdeutschland muss im Ausland noch stärker als Tor zu Osteuropa bekannt gemacht werden. Deshalb sind die Verbesserung und der Ausbau von regionalen Wirtschaftsstrukturen - mit „regional“ meine ich aber nur Sachsen-Anhalt, nicht Regionen innerhalb Europas und damit deutschlandweit - auch nach dem Jahr 2004 besonders wichtig.

Dazu fallen mir noch die Stärkung im gewerblichen und industriellen Bereich sowie die weitestgehende Förderung des Mittelstandes ein, wie sie gestern ausführlich Gegenstand der Aktuellen Debatte war.

Wenn der Solidarpakt Ost im Jahr 2004 ausläuft, müssen wir über eine Anschlussregelung, die unter der Prämisse „Hilfe zur Selbsthilfe“ laufen sollte, nachdenken, um dem immer noch bestehenden Wirtschaftsgefälle zwischen Ost und West effektiv entgegenzuwirken.

Ich möchte noch auf zwei Gutachten vom RWI und vom DIW aufmerksam machen, die einen jährlichen Investitionsbedarf von 33 Milliarden DM für die Infrastruktur ausweisen. Weiterhin ist dort zu lesen - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -, schreibe man den Trend beim Abbau der Investitionslücke fort, so sei erst 2030 mit einem Aufholen des Rückstandes zu rechnen. Die Finanzkraft der Ostkommunen - so heißt es weiter - werde bis 2004 geschätzt nur 45 % des Westniveaus erreichen.

Diesen Aussagen renommierter Wirtschaftsinstitute ist nichts hinzuzufügen. Sie sind nicht vom Tisch zu wischen.

Wir stimmen dem Antrag der CDU-Fraktion zu. - Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Frau Dr. Sitte hat jetzt für die PDS-Fraktion das Wort.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beim Lesen des „Spiegel“-Interviews vom 15. Januar 2001, welches Minister Gabriel gegeben hat, stockte auch mir zeitweise der Atem, allerdings auch zeitweise bei seiner heutigen Rede. Es vermischen sich in den Antworten bzw. in den Ausführungen nicht nur ganz verschiedene Problemfelder auf teilweise unzulässige Weise, es vermischen sich auch richtige und falsche Feststellungen oder Vorschläge. Es zeigen sich aber auch Haltungen, die ich schlicht für falsch halte und die zu Recht auch heftig kritisiert worden sind.

Ich werde mich bemühen, der Differenziertheit der Problematik gerecht zu werden, werde mich aber dabei dennoch eng an der Vorlage, also an dem gegebenen Interview, entlangarbeiten. Ich werde es also genauso wie die CDU handhaben, Herr Scharf. Unsere Sprunghöhen und Flugkurven liegen dabei doch dicht beieinander.

(Lachen bei der CDU)

Herr Gabriel, Sie sagen in Ihrem Interview, niemand traue sich, eine ehrliche Bilanz zu ziehen. Das wäre

wohl ein echtes Armutszeugnis für jeden Minister oder für jeden politisch Verantwortlichen. Ich meine, dass wohl vielmehr davon ausgegangen werden kann, dass es diese Klarheit mit ziemlicher Tiefe gibt. Fraglich ist lediglich, ob man es im politischen Entscheidungsprozess und im politischen Handeln zur Grundlage erhebt. Und wenn sich der Wirtschaftsminister dem anschließt, dann muss er zwangsläufig zu der Schlussfolgerung kommen, dass wir es sehr wohl mit einer spezifisch ostdeutschen Problemlage zu tun haben.

Es gab im Westen auch in den schwächsten Regionen keinen Prozess des Wegbrechens von Märkten, des Zusammenbrechens von Unternehmen und des massiven Arbeitsplatzabbaus in so kurzer Zeit. Von den Dimensionen waren selbst Krisenerfahrene überrascht. Eine besondere Verschärfung erfuhr die Situation durch eine Infrastruktur, die noch als deutlich unterentwickelt bezeichnet werden musste, wenn man sie mit der in den Altländern verglich.

In den vergangenen Jahren hat es eine deutliche Entwicklung zum Positiven gegeben. Allerdings haben sich Märkte, Unternehmen sowie deren Branchen- und Größenstruktur, die Arbeitsmarkt- und die soziale Situation wie auch die Infrastruktur in unausgewogenem Verhältnis zueinander entwickelt. Das allein macht schon ostdeutsche Spezifik aus.

Es bedarf also auch weiter einer spezifischen Ostförderung, die in einen nächsten Solidarpakt münden sollte. Dieser wird in seinen Strukturen dem erreichten Entwicklungsstand anzupassen sein. Die Ostförderung stellt sich aber nicht prinzipiell infrage. Sie ist damit kein Auslaufmodell. Die Konferenz der ostdeutschen Wirtschaftsminister - das war auch das Hauptthema des Vortrages von Herrn Scharf - vom 11. und 12. Januar 2001 hat das mit ihren Schlussfolgerungen eindrucksvoll belegt.

Worüber aber in der Tat geredet werden muss, ist ein langfristig tragfähiges Konzept zum Länderfinanzausgleich. Beide Diskussionen finden zurzeit aber durch dieses Interview forciert überlagert statt. Sie dürfen sich aber nicht vermischen, sonst liegen der Neusortierung der Bemessungs- und Verteilungsmechanismen falsche Ausgangsannahmen zugrunde, insbesondere soweit sie den Osten betreffen.

Gerade unter dem Blickwinkel der Verhandlungen zum Solidarpakt ist Minister Gabriel zu Recht inhaltlich kritisiert worden. Deshalb erübrigt sich fast der Hinweis auf den unglücklich gewählten Zeitpunkt und auf den Umstand, dass die Landesregierung dazu auch nach außen einen anderen Standpunkt vertritt.

Es macht nach unserer Auffassung aber relativ wenig Sinn, den Minister lediglich in die Reihe zurückzurufen. Vielmehr ist der Standpunkt inhaltlich zu diskutieren, um eben aus gleichen Grundpositionen heraus die Landespolitik profilieren zu können. Diesbezüglich haben Sie völlig Recht. Dabei wird es vermutlich auch ähnliche Diskussionen im Landesverband der SPD geben müssen.

Abschließend ein Wort zu Ihrer Sicht auf das bestehende Sozialsystem und auf diejenigen, die darauf angewiesen sind: Zu Ihren Beispielen und Bildern hat es harte Kritik von allen Seiten gegeben, auch von uns. Diesbezüglich hätte man gerade von Ihnen mehr Differenziertheit erwarten müssen. Leserbriefe in Zeitungen zeigen aber auch in der Gesellschaft eine Polarisierung in den Meinungen.

Tragischerweise hilft Ihre Betrachtungsweise, Herr Minister, Arbeitslosigkeit als subjektives Schicksal und als Eigenschuld zu betrachten.

(Zustimmung bei der PDS)

Vorhin tauchte bereits die Zahl auf. Den 267 342 Arbeitslosen im Land stehen nur 9 489 Stellen zur Verfügung, also für nur 3,5 % der Suchenden. Frau Bull hat darauf hingewiesen, Herr Dr. Fikentscher ebenfalls.

Es macht angesichts dieser Situation und der Lage von kleinen und mittleren Unternehmen im Land Sinn, die Fördermöglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit den Realitäten und Erfordernissen anzupassen. Förderungen in den ersten Arbeitsmarkt hinein bei mehr Freiräumen für die Länder und Kommunen könnten Effekte freisetzen, die die Beschäftigten ebenso motivieren wie Arbeitgeber, weil es stabile Perspektiven für neue Beschäftigungsverhältnisse geben kann.

Dazu bedarf es aber eben auch der Änderungen auf Bundesebene, und dazu müssten auch Sie Ihren Beitrag leisten. Dann braucht Ihnen keine D-Mark mehr Leid zu tun.

Wir fordern Sie daher auf, Ihre Gegenvorschläge zur Diskussion zu stellen, was Sie aber nicht davon entlastet, sich auch unter den gegebenen Rahmenbedingungen engagierter für die effektivere Anwendung bestehender Regelungen und für die Erhaltung in Not geratener Unternehmen im Land einzusetzen.

Sie können sich - das will ich unbedingt am Ende noch sagen - das Ossi-Etikett dann vom Revers zupfen und Sie können genau dann aus der Ossi-Schublade krabbeln - um in Ihrem Bild zu bleiben -, wenn sich die Lebensverhältnisse in Ost und West wirklich angeglichen haben. Dann fällt nämlich auch die Ursache für diese Klassifizierung und für diese Diskriminierung, die wir manchmal empfinden, weg. - Danke schön.

(Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Die DVU-FL-Fraktion hatte Herrn Büchner als Redner gemeldet. Herr Büchner ist aus persönlichen Gründen nicht anwesend. Er bittet darum, dass seine Rede zu Protokoll genommen wird. Ich weiß, dass es ernsthafte Gründe sind, aus denen er nicht anwesend sein kann, sodass ich Sie bitte, dies zu gestatten. - Es gibt keinen Widerspruch. Dann wird die Rede zu Protokoll gegeben.

(Zu Protokoll:)

Herr Büchner (DVU-FL):

Der Wirtschaftsminister Herr Gabriel hätte nach der Maßregelung des Abgeordneten Herrn Hoffmann, damals Vorsitzender des Finanzausschusses, eigentlich wissen müssen, dass es nicht ungefährlich ist, die Wahrheit zu sagen, und wenn es sich wie in diesem Fall, dem „Spiegel“-Interview, auch nur um die halbe Wahrheit handelt.

Richtig ist, wie Sie gesagt haben, Herr Minister, dass die Wiedervereinigung für beide Seiten ein gigantisches Geschäft ist, kam doch die von vielen Bürgern lang ersehnte Einigung just zu dem Zeitpunkt, da sich die alte Bundesrepublik in einem Zustand tiefster Rezession befand. Wir Bürger aus der ehemaligen DDR in unserem Wendekaufrausch kurbelten dank der günstigen Währungsumstellung die Konjunktur kräftig an.

Nach der Ernüchterung und dem Vergleich von Ost und West mussten wir jedoch feststellen, dass die DDR trotz des Fleißes der meisten ihrer Bürger zu einem Entwicklungsland verkommen war. Infrastruktur war fast überhaupt nicht vorhanden und viele Industriezweige konnten auf dem nun offenen Weltmarkt nicht mehr konkurrieren. Es gab also viel zu tun und es wurde viel getan.

Wir geben Ihnen Recht, Herr Minister, dass die Verteilung der Mittel nicht mehr nach Ost-West-Kriterien erfolgen sollte, allein schon um die Mauer in den Köpfen zu beseitigen. Nicht dass sich die einen immer als Geber fühlen und die anderen als Almosenempfänger. Sachsen-Anhalt hat doch als ewige rote Schlussleuchte Deutschlands nichts zu befürchten. Wir werden noch lange am Tropf hängen. Dass gerade die PDS die Beibehaltung des Geldvergabesystems Ost-West fordert, wundert uns nicht; weiß man doch noch aus alten Zeiten, wie gut es ist, ohne viel Arbeit an die D-Mark zu kommen.

Herr Minister, warum Sachsen-Anhalt das Schlusslicht in Deutschland ist, liegt in erster Linie an der Lage auf dem Arbeitsmarkt, und das betrifft Ihr Ressort. Sie sollten für ein investorenfreundliches Klima in unserm Land sorgen. Wenn sich 267 000 Arbeitslose um vorhandene 9 500 Arbeitsplätze streiten sollen, dann kann man Ihr Gerede von Eigeninitiative schon als Sarkasmus auffassen. Ihnen als gelerntem Statistiker bräuchte man eigentlich nicht vorzurechnen, dass auf eine freie Stelle 28 Arbeitslose kommen.

Rechnet man die Pendler, welche sich in anderen Bundesländern verdingen, noch hinzu, so sieht die Bilanz noch trostloser aus. Ich kenne Leute, die ihre Arbeitskraft weit unter Tarif anbieten und dafür täglich 60 km zur Arbeit fahren. Die noch längst nicht ausgegorene Ökosteuer trifft diese Leute besonders hart. Aber sie tun es, weil sie die von Ihnen erwähnten Leistungen des Sozialstaates nicht in Anspruch nehmen wollen.

Was die soziale Lage im östlichen Teil unseres Vaterlandes angeht, hat nun wieder Ihr Parteigenosse Herr Thierse Recht, wenn man weiß, dass jede zweite Mark - welche die Kommunen einnehmen - für Sozialleistungen ausgegeben werden muss. Man kann schon sehr wohl behaupten, dass das Sozialsystem auf der Kippe steht.

Ihre Beschreibung der Arbeitslosen lässt jede Sensibilität vermissen, und das bei einem Minister, in dessen Parteinamen sich das Wort „sozial“ verbirgt. Sollten Sie auch im Einzelfall Recht haben, so kann doch niemand behaupten, dass 20 % der Bevölkerung Sachsen-Anhalts nicht arbeiten will. Die Menschen wollen arbeiten, aber es sind nicht genügend Arbeitsplätze da, wie bereits erwähnt.

Wenn jemand schon vom Schicksal geschlagen wird und ihn die Arbeitslosigkeit ereilt, so gönnen wir ihm doch, Herr Minister, das billige Vergnügen, aus dem Fenster gucken zu dürfen. Und wenn einige Leute im Turnhemd an der Tankstelle rumhängen, wie Sie zu sagen pflegen, so bemerkt der flüchtige Beobachter gar nicht, dass es vielleicht das letzte und einzige Hemd ist. So gut ist unser Sozialsystem ja nun doch nicht, dass der Arbeitslose in Versace-Anzügen an der Tankstelle rumhängen kann.

Wir sollten immer daran denken, dass diese Leute in die Arbeitslosen- und Sozialkassen eingezahlt haben, als sie noch die Möglichkeit hatten, dies tun zu dürfen. Auf die Mitarbeit in Parteien und Vereinen hinzuweisen kann schon als Verhöhnung gelten. Fast niemand liegt gerne

in der sozialen Hängematte, aber sich deshalb noch verhöhnen zu lassen, das haben unsere deutschen Landsleute nicht verdient, hat doch der Staat genug Geld für Menschen, die nichts in die Kassen eingezahlt haben.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Gürth das Wort.

Herr Gürth (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das „Spiegel“-Interview eilte bereits der eigentlichen Veröffentlichung voraus. Die Medien spekulierten an dem Wochenende schon: Es gab ein interessantes Interview mit Minister Gabriel.

Ich dachte mir, ein interessantes Interview mit Minister Gabriel, das muss etwas Tolles sein. Dann las ich es im „Spiegel“ und dachte mir: Hoppla, Herr Minister Gabriel, im Big-Brother-Zeitalter müssen Sie aufpassen, dass Sie nicht nominiert werden.

(Herr Weich, FDVP, lacht)

Es kam so, wie wir es uns alle hätten ausmalen können. In Sachsen-Anhalt fand eine aufgeregte Diskussion statt. Und wie das immer der Fall ist, wenn jemand Thesen vertritt, die, egal ob sie gut oder schlecht sind - ich will sie nicht qualitativ bewerten -, jenseits des Zeitgeistes liegen, werden bei solchen Geschichten natürlich immer Einzelheiten zugespitzt weitergegeben. Über diese zugespitzten Einzelheiten wird dann auch debattiert.

Mit besonderem Interesse habe ich natürlich beobachtet, wie wohl die PDS-Fraktion darauf reagieren wird. Frau Fraktionsvorsitzende Dr. Sitte hat in ihrer Reaktion für die PDS-Fraktion auf das Interview von Herrn Minister Gabriel im Wesentlichen eine Debatte über die Grundlagen des Systems des ersten und des zweiten Arbeitsmarktes geführt, wie man damit umgehen muss, wer welche Vorschläge macht und was die Regierung tut.

Wenn ich die Rede richtig nachlese - ich werde dies tun; ich hoffe, ich bekomme sie schriftlich, denn ich würde das sehr gern tun -, dann werde ich wahrscheinlich nochmals feststellen, Frau Abgeordnete Sitte, dass man, wenn man Ihnen folgt, in der PDS eigentlich zu der Schlussfolgerung kommen müsste, dass Minister Gabriel eine interessante und vielleicht notwendige Debatte angestoßen hat. Darin müsste man Ihnen Recht geben.

Wenn das nicht der Fall ist, wie das eigentlich die Mehrheit in der Öffentlichkeit und auch Ihre Fraktion artikuliert, dann frage ich mich nach den Konsequenzen und nach Ihrer Strategie.

Ich darf aus der „Volksstimme“ zitieren - dort hat die PDS die Glaubwürdigkeit der Regierung als „dauerhaft beschädigt“ angesehen -: „Die Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung bleibt mit diesem Wirtschaftsminister dauerhaft beschädigt.“ - O-Ton in der PDS-Fraktion.

Weiter: „Der Minister handele gegen die Interessen Ost-deutscher“ und „Wirtschaftsminister Gabriel zeuge von wenig Sachverstand in Bezug auf die Wirtschaftslage im Osten.“

Nun stellt sich mir und sicherlich vielen im Lande zwangsläufig folgende Frage: Wenn Sie meinen, dort ist ein Minister, der hat keine Ahnung, er ist inkompetent, er

schadet diesem Land und diese Regierung ist unglaublich, warum wollen Sie diese Regierung mit diesem Minister dem Land noch eineinhalb Jahre zumuten? Wo sind Ihre Konsequenzen aus solchen Aussagen?

(Zustimmung bei der CDU - Unruhe bei der PDS
- Zuruf von Frau Dr. Sitte, PDS)

Das heißt, die PDS ist auch nicht mehr das, was sie einmal war.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der PDS)

Je näher der Wahltermin rückt und je mehr man sich auf den Dienstwagen und eine Mitregierung in ordentlichen Ministerämtern freut, desto weniger kann man von Ihnen tatsächliches Handeln verlangen. Die PDS selbst schluckt immer mehr Kröten und verliert insoweit auch ihr Profil.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Das werde ich Sie einfach vortragen lassen!)

Ich frage mich allerdings in Bezug auf Herrn Minister Gabriel Folgendes: Sie hatten als Begründung für Ihr Interview genannt, dass Sie sich über die Thesen von Herrn Bundestagspräsidenten Thierse ärgern. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Aber das ist ein Argument, das man verstehen kann. Aber warum haben Sie sich nicht über die Thesen Ihres Regierungschefs geärgert?

Zum Jahresbeginn 2000 konnte man Herrn Höppners „Visionen“ - so die Überschrift einer großen Tageszeitung in diesem Land - lesen: Man kann feststellen, dass im letzten Jahr wieder 17 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Saldo weniger im Land waren. - Was ist Herrn Höppners Vision? Welche Antwort hat Herr Höppner auf diese Tatsache für das Jahr 2001? - Er möchte über ABM noch einmal 20 000 Menschen in ein Beschäftigungsverhältnis bringen. Das ist Ihre Antwort.

Wenn Sie die Thesen von Herrn Thierse und Ihre Thesen zum zweiten Arbeitsmarkt aufrechterhalten wollen - ich diskutiere gern mit Ihnen -, dann schaffen Sie erst einmal Klarheit in dieser Regierung, damit das Land weiß, was eigentlich hier Sache ist.

Dann kommt ein nächster Punkt. Wenn man in den Archiven nachschaut, dann wird man feststellen, dass auch der Ministerpräsident schon einmal ähnliche Thesen äußerte. Er hat den Arbeitslosen mangelnde Motivation unterstellt. Vor nicht allzu langer Zeit hat Ministerpräsident Höppner festgestellt, dass vielen Arbeitslosen, die auch in ABM und anderen Maßnahmen beschäftigt sind, die Motivation fehlt. Ich frage mich: Ist das jetzt eine Strategie? Haben Sie Ihre Strategie und Ihre Politik geändert?

Ich möchte zu diesem Punkt noch einmal den Abgeordneten Herrn Scharf zitieren: Wir werden es auf keinen Fall zulassen, dass Sie mit einer Doppelstrategie durch das Land reisen und jedem Menschen das erzählen, was er hören will, aber unterschiedlich handeln. Wir können nicht zulassen, dass Sie vor den Arbeitgebern andere Reden halten als vor den Arbeitslosen. Das ist unglaublich und das werden wir nicht zulassen.

(Zustimmung bei der CDU)

Hinzu kommt: Herr Minister Gabriel, wenn Sie die Sinnhaftigkeit des zweiten Arbeitsmarktes und teilweise auch die Fehlentwicklungen ansprechen, die es in einzelnen

Bereichen gibt, die aber nicht pauschal zu nennen sind, warum haben Sie dann zugelassen, dass in Sachsen-Anhalt mithilfe der PDS auch noch ein dritter Arbeitsmarkt entsteht?

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte noch einen zweiten Punkt ansprechen, weil dieser auch für die Glaubwürdigkeit des Amtes wichtig ist, damit man, wenn Sie richtige Aussagen machen, auch richtige Aussagen unterstützen kann.

Ein letztes Beispiel: die GA. Das ist das wichtigste Förderprogramm in den neuen Bundesländern. Wir haben in die GA hineingeschrieben - das ist erst vor wenigen Wochen aus dem Wirtschaftsministerium gekommen -, dass wir den Kommunen die Fördersätze um 10 % kürzen, wenn sie bei der Erschließung von Gewerbegebieten nicht den zweiten Arbeitsmarkt in Anspruch nehmen. Insofern muss man darüber nachdenken, ob beides zusammengehört, wie wir damit umgehen und wie generell die Strategie dieses Landes ist.

Ich freue mich, dass Herr Abgeordneter Fikentscher zugesagt hat, unserem Antrag zuzustimmen. Ich hoffe, wir werden im Ergebnis dieser Debatte von der Landesregierung eine einheitliche Strategie hören, wie sie die Interessen des Landes nach außen vertreten will; denn so, wie das momentan passiert, kann es sich das Parlament nicht bieten lassen. Ich hoffe, Herr Ministerpräsident Höppner, Sie sorgen noch für Klarheit, damit man weiß, woran man in diesem Land ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem Interview und seinen Wirkungen und Nebenwirkungen ist, glaube ich, in der Debatte genug gesagt worden. Ich selbst habe mich dazu bereits öffentlich geäußert. Insofern möchte ich mich jetzt gern darauf beschränken, die Gelegenheit wahrzunehmen, um Ihnen zu berichten, wie wir - übrigens schon morgen - bei der Ministerpräsidentenkonferenz, die in Wiesbaden zum Thema Solidarpakt stattfinden wird, verhandeln werden und was unsere Strategie und unsere Zielsetzungen dabei sind.

Wir haben unter meiner Federführung als Vorsitzender der Ost-Ministerpräsidentenkonferenz im Jahr 2000 eine große Wegstrecke hinter uns gebracht. Dass das klappen würde, war keineswegs selbstverständlich.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir hatten uns überlegt, dass wir objektive Fakten brauchen, die die Situation in den neuen Bundesländern möglichst präzise beschreiben, wenn wir in diese Verhandlungen gehen. Deswegen hatten wir Gutachten in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sind - für mich übrigens überraschend - einstimmig und eindeutig gewesen. Als Stichwort nenne ich die Infrastrukturlücke in Höhe von 300 Milliarden DM, die noch besteht. Das sind Folgen der Teilung Deutschlands, die wir mit gemeinsamer Anstrengung in Deutschland insgesamt überwinden müssen.

Es ist ziemlich übereinstimmend gesagt worden - das haben Sie, Herr Scharf, zitiert - - Ihre Rede war für mich

eigentlich ein erfreuliches Zeichen dafür, dass Sie die klare Linie der Landesregierung - Sie haben das sogar mit Zitaten belegt - erkannt haben. Das hat mir gut gefallen.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Darin stecken noch Mittel in Höhe von 100 Milliarden DM, die wir für die Wirtschaftsförderung brauchen, damit die Grundausstattung der Wirtschaft, die erst Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit herstellt, tatsächlich erreicht werden kann.

Sie wissen, es ist noch eine dritte Komponente dabei gewesen, nämlich der Ausgleich der schwachen Finanzkraft unserer Kommunen, der etwa 8,6 Milliarden DM jährlich erfordern wird.

Die Gutachter haben übrigens zusätzlich eindeutig darauf hingewiesen, dass angesichts der Arbeitslosenzahlen, die wir im Osten Deutschlands zu verzeichnen haben, auch die Arbeitsmarktförderung intensiv vorangetrieben werden muss.

Die Tatsache, dass diese Gutachten vorgelegt worden sind, hat einen Wandel im Bewusstsein der westdeutschen Länder mit sich gebracht. Es ist anerkannt worden, dass diese Infrastrukturlücke geschlossen werden muss.

Es hat dann die Beschlüsse der Finanzminister, und zwar aller Bundesländer, gegeben, in denen festgehalten ist, dass der Solidarpakt in der gegenwärtigen Höhe und in der bestehenden Struktur weitergeführt werden muss. Inzwischen gibt es auch die Aussage, dass er für weitere zehn Jahre beibehalten werden muss.

Dies war der wesentliche Erfolg der Arbeit, die wir im letzten Jahr unter meiner Federführung geleistet haben. Wir haben inzwischen Gespräche nicht nur unter den Ministerpräsidenten, nicht nur unter den Finanzministern geführt, sondern am vergangenen Freitag auch mit dem Bundeskanzler. Wir haben dabei in Bezug auf die Strategie eine große Einmütigkeit erzielt.

Unsere Chance besteht natürlich darin - diese werden wir weiterhin wahrnehmen -, dass die ostdeutschen Länder zusammenstehen. Es geht also nicht nur um eine Linie in Sachsen-Anhalt; es geht vielmehr um eine Linie, die die sechs am Tisch sitzenden Länder - Berlin ist immer dabei - auch vertreten werden.

Ich will darauf hinweisen, dass wir derzeit über die Themen Länderfinanzausgleich und Solidarpakt reden und dabei nur zwei wichtige Säulen der besonderen Förderung Ost im Blick sind, nämlich die eine Säule, die aus Bundesergänzungszuweisungen und Kommunalzuweisungen besteht, und die zweite Säule, die aus dem IfG besteht. Das sind die Dinge gewesen, die auch im Solidarpakt I verbindlich für zehn Jahre geregelt worden sind.

Ich gehe davon aus - ich lese auch mit Freude, dass die Bundesregierung ebenfalls in diese Richtung denkt; Rolf Schwanitz hat das ausdrücklich erklärt -,

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

dass wir diese beiden Säulen auf alle Fälle für weitere zehn Jahre in der gegenwärtigen Höhe brauchen und dass erst danach eine Degression einsetzen kann. Das, worüber man diskutieren muss, ist die Länge des Degressionszeitraums. Ich denke an zehn Jahre. Ich

weiß, dass der Bund dabei an kürzere Zeiträume denkt. Darüber muss verhandelt werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Dann gibt es, meine Damen und Herren, - das ist mir ganz wichtig - die dritte Säule, die nicht direkt im Solidarpakt steht. Sie hängt bisher im Grunde genommen von den jährlichen Haushaltsbeschlüssen ab. Das sind die Gemeinschaftsaufgaben, zum Beispiel für die Wirtschaftsförderung, für den Hochschulbau oder für den Agrar- und Küstenschutz.

Mein Verhandlungsziel wird es sein, auch diese Summen für längere Zeit sicher zu bekommen; denn wir werden sie noch brauchen. Ich weise nur auf Folgendes hin: Wir haben - wahrscheinlich auslaufend - bis zum Jahr 2008 die Zuschüsse der Europäischen Union. Diese müssen kofinanziert werden, sonst kriegen wir sie gar nicht. Um sie kofinanzieren zu können, brauchen wir die GA-Mittel in diesem Zeitraum in vollem Umfang.

Danach müssen wir damit rechnen, dass die EU-Förderung wesentlich zurückgehen, wenn nicht gar ausfallen wird. Dann kommt die europäische Erweiterung dazu und das Bestreben, diesen Haushalt ohnehin etwas kleiner zu halten. Es wird für den Bund die Notwendigkeit geben, sogar noch einmal etwas mehr hineinzustecken; denn die Wirtschaftsförderung kann dann nicht einfach schlagartig abbrechen.

Das heißt mit anderen Worten: Bei dieser GA-Förderung kann überhaupt nicht gestrichen werden, wenn wir nicht in große Turbulenzen kommen wollen. Denn dass das auch in den nächsten zehn Jahren nicht erledigt sein wird, sagen die Gutachten auch ganz eindeutig.

Meine Damen und Herren! Ich werde mit den ostdeutschen Ländern dafür sorgen, dass diese finanzielle Absicherung in den Solidarpaktverhandlungen tatsächlich erreicht wird. Wir werden das auch bis zum Jahresende hinbekommen. Davon bin ich überzeugt. Trotz aller Auseinandersetzungen, die insbesondere zwischen den Geberländern West und den Nehmerländern West bestehen, gibt es auch eine gute Mitteilung, nachdem das Modell der südlichen Länder vorgelegt worden ist: Sowohl die eine wie die andere Seite erkennt diesen Finanzbedarf der ostdeutschen Länder an. Inzwischen habe ich die Hoffnung, dass wir die Dinge tatsächlich durchbekommen werden.

Wenn diese finanzielle Absicherung erfolgt ist, haben wir noch eine Aufgabe. Dann müssen wir dafür sorgen, dass dieses Geld so schnell und so effektiv wie möglich eingesetzt wird, um die Infrastrukturlücke zu schließen. Denn es muss und wird das oberste Ziel dieser Landesregierung sein, Verhältnisse zu erreichen, in denen wir nicht mehr von Transferleistungen aus dem Westen abhängig sind und unseren Unterhalt sozusagen aus eigener Kraft verdienen können - bei allem in diesem normalen Deutschland insgesamt nötigen Ausgleich in sozialen Bereichen. Denn das ist wohl auch jedem klar: Eine soziale Marktwirtschaft muss es bleiben.

An dieser Stelle will ich noch einmal ganz kritisch sagen: Wer jetzt schon nach Wettbewerbsföderalismus schreit, der setzt einen Mechanismus von Wettbewerb in Gang, bevor Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit hergestellt sind. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zu dem Thema Arbeitsmarkt noch eine letzte Schlussbemerkung machen. Ich habe zu Beginn des

Jahres Schwerpunkte gesetzt. Ein erster Schwerpunkt liegt in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; denn in diesem Bereich geht es in besonderer Weise um die Perspektiven der jungen Menschen in unserem Land.

(Herr Gürth, CDU: Da haben wir die höchste!)

Wir führen auch im Bündnis für Arbeit intensive Gespräche, um jungen Leuten in diesem Bereich möglichst konkret zu helfen. Das wird ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit der Landesregierung sein.

(Frau Wernicke, CDU: Da bin ich mal gespannt! - Herr Gürth, CDU: Das war schon lange versprochen!)

Ein zweiter Schwerpunkt liegt - das habe ich bereits gesagt - bei den älteren Arbeitnehmern, bei denen es sehr schwierig sein wird, sie in den ersten Arbeitsmarkt einzubringen. Ich freue mich über die Fälle, in denen dies gelingt. In den Fällen, in denen es nicht gelingt, haben die Menschen einen verlässlichen, sicheren Übergang in den Ruhestand verdient. Das Motto heißt: Aktiv in die Rente.

(Herr Gürth, CDU: Es passiert aber das Gegenteil in Sachsen-Anhalt!)

Insbesondere im Hinblick auf Menschen mittleren Alters haben wir eine besondere Aufgabe, nämlich die, überall dort, wo neuer Bedarf entsteht, möglichst dafür zu sorgen, dass Arbeitslose in der Weise qualifiziert werden, dass sie die Aufgaben, die neu entstehen, tatsächlich wahrnehmen können.

(Herr Gürth, CDU: Phrasendrescher!)

Ich will auch ausdrücklich sagen: Ich erkenne es an und sehe, dass die Arbeitsämter in stärkerem Maße, als es zu Beginn der 90er-Jahre der Fall gewesen ist, auf diese zielgerichtete Qualifizierung zusteuern. Deshalb bin ich sicher, dass wir in gemeinsamen Anstrengungen dafür werden sorgen können, dass die finanziellen Mittel, um die wir jetzt kämpfen, so eingesetzt werden, dass wir im Land Sachsen-Anhalt mit klaren Perspektiven nach vorn kommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Dr. Sitte, PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Herr Ministerpräsident. - Meine Damen und Herren! Es ist bekannt, dass die Debatte fortgesetzt werden kann, wenn ein Mitglied der Landesregierung gesprochen hat. Wünscht noch jemand das Wort? - Herr Professor Böhmer für die CDU-Fraktion.

Ich möchte bekannt geben, dass der Herr Ministerpräsident an der Einweihung des Mahnmals Magda teilnehmen wird. Ich halte es für selbstverständlich, dass er dies tut. Ich bitte, das zu respektieren.

Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, auch wenn ich verstehe, dass Sie weg müssen, will ich eines sagen, damit Sie nicht in das Wochenende gehen und denken, niemand hätte es gemerkt: Was Sie jetzt mit uns gemacht haben, nenne ich öffentliches Kneifen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Weich, FDVP)

Wir haben ein Problem Ihrer Landesregierung benannt, und Sie haben uns mit Ausführungen darüber geantwortet, wie tüchtig Sie an anderer Stelle für das Land Sachsen-Anhalt um Geld kämpfen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Das war das Wort zum Sonntag!)

Das haben wir auch nicht anders vermutet. Ich bin mir sicher, dass auch der Herr Wirtschaftsminister Gabriel weiß, dass wir noch Hilfe in Milliardenhöhe brauchen. Ich habe nicht gehört, dass Sie dem widersprochen hätten. Das ist nicht das Problem.

Unser Problem ist, dass diese Landesregierung und ihre verschiedenen Vertreter nicht eine gemeinsame Konzeption erkennen lassen. Das haben wir in diesem Hause schon häufig erlebt.

Ich erinnere an Ausführungen des von uns allen wahrscheinlich mehr oder weniger, von mir sehr geschätzten Amtsvorgängers, des Wirtschaftsministers Herrn Schucht. Wir haben hier erlebt, dass er Ausführungen gemacht hat, bei denen die Kollegen der PDS nahezu versteinert waren, die Kollegen der SPD erstarrt da saßen und nicht wussten, wohin sie sehen sollten, und die CDU die einzige Fraktion war, die ihm applaudiert hat, weil sie meinte, dass er Recht hat.

Es kann ja sein, dass Sie manches anders sehen,

(Zuruf von Herrn Dr. Süß, PDS)

aber wir erwarten von einer Landesregierung, dass sie in grundsätzlichen Fragen eine gemeinsame Gestaltungskonzeption hat.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Wiechmann, FDVP)

Sie haben versucht, das auszubügeln. - Herr Kollege Fikentscher, Ihre, mit Verlaub gesagt, gelegentlich etwas oberlehrerhafte Art, Dinge dozierend vorzutragen,

(Heiterkeit bei der CDU)

hat den Herrn Wirtschaftsminister meiner Meinung nach ziemlich reglementiert. Das ist aber nicht unser Problem.

Aber wir wollen schon wissen, wie diese Landesregierung mit den Problemen im Land Sachsen-Anhalt und mit den Menschen umgehen will. Es ist eine Tatsache - das wird niemand abstreiten -, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Gefühlslage mit völlig unterschiedlichen Äußerungen bedient werden. Dabei fehlt uns der gemeinsame Nenner, von dem wir sagen können: Das ist die Meinung unserer Landesregierung. Diese ist nicht zu erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in der Öffentlichkeit versuchen, das alles wieder auszubügeln und gutzumachen, und sagen: Wir geben Ihnen zwar nicht Recht, aber wir sind alle einer Meinung,

(Herr Dr. Daehre, CDU, lacht)

dann wird damit das eigentliche Grundproblem kaschiert, zu dem wir heute eine Aussage von Ihnen erwartet hätten.

Eine klare Linie der Landesregierung muss auch dort erkennbar sein, wo man vielleicht einmal einer bestimmten Gruppe sagen muss, dass man ihre Wünsche nicht erfüllen kann. Der Versuch, immer nur everybodys Darling zu sein und allen Recht zu geben, dabei aber nicht zu

erkennen, wie es insgesamt weitergehen soll, ist das eigentliche Problem, das wir in dieser Debatte heute beobachten konnten.

(Beifall bei der CDU)

Im Zusammenhang mit der Aussage, dass die Glaubwürdigkeit der Regierung dauerhaft beschädigt ist - dem kann ich nicht widersprechen -, hätte ich erwartet, dass Sie versuchen, die Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung wiederherzustellen und uns den gemeinsamen Nenner vorzutragen.

(Beifall bei der CDU - Herr Dr. Daehre, CDU: So ist es!)

Dass Sie für dieses Land bei den Solidarpaktverhandlungen kämpfen werden, erwarten wir nicht nur von Ihnen, das trauen wir Ihnen zu, das werden Sie auch tun. Es weiß jeder, dass hier noch Fördermittel gebraucht werden. Wenn der Wirtschaftsminister - das muss ich auch einmal sagen - Solidarpaktverhandlungen und Strukturförderung in einen Topf wirft, dann hat er manches nicht nur sehr unscharf gesagt, sondern fehlerhaft dargestellt.

(Zustimmung von Herrn Scharf, CDU)

Das kann man alles sagen, aber das beschreibt nicht das Problem.

Die Mitglieder der IHK und die Gäste der IHK-Neujahrsempfänge, die Ihnen so überdeutlich und demonstrativ applaudiert haben, wollten kein finanzpolitisches Seminar haben; sie fühlten sich bestätigt, weil endlich einmal jemand an das Selbstbewusstsein der Menschen in Sachsen-Anhalt appelliert hat und gesagt hat: Wir wollen nicht ewig nur Jammer-Ossis sein. Nein, das wollen wir nicht - das sagen auch wir ganz deutlich -, auch wenn wir Finanzbedarf anmelden müssen.

(Ministerpräsident Herr Dr. Höppner verlässt den Plenarsaal - Unruhe bei der CDU)

- Herr Ministerpräsident, ich kann es verstehen; aber ich muss trotzdem sagen, was meiner Ansicht nach an dieser Stelle gesagt werden muss.

(Unruhe bei der CDU - Herr Schulze, CDU: Das ist kein Landesvater!)

Für uns entsteht der Eindruck: Diese Landesregierung wird nur noch durch einen einzigen gemeinsamen Willen zusammengehalten und das ist der Wille zur Macht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der DVU-FL - Zustimmung von Herrn Weich, FDVP)

Dazu sagen wir: Dies reicht nicht, um ein Land in der Situation, in der sich das Land Sachsen-Anhalt befindet, aufzubauen. Wir brauchen eine neue Regierung mit einer gemeinsamen Gestaltungskonzeption,

(Zustimmung von Herrn Dr. Daehre, CDU - Unruhe bei der SPD)

aus der hervorgeht, wie es im Land weitergeht, und die sich nicht selbst öffentlich seziert, wie Sie es hier getan haben. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Dr. Fikentscher noch einmal Redebedarf angemeldet. Bitte schön.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem wir nun die Schulaufsichtsbehörde gehört haben,

(Heiterkeit bei der SPD, bei der PDS und auf der Regierungsbank - Unruhe bei der CDU)

möchte ich zwei Bemerkungen machen. Wir haben uns an den Text Ihres Antrages gehalten. Darin haben Sie nicht gewünscht, dass die Landesregierung die Linien ihrer Politik in allen Bereichen darlegt; vielmehr wollten Sie dies im Einzelnen in den Ausschüssen - dafür haben wir viel Verständnis - hören und dort darüber diskutieren.

(Herr Sachse, SPD: So ist es!)

Wenn Sie dies im Plenum hätten hören wollen, dann hätten Sie keine Fünfminutendebatte beantragen dürfen. Dann hätten Sie sagen müssen: Wir wollen im Landtag im Rahmen einer Zweistundendebatte über die Grundlagen der Politik dieses Landes in allen Bereichen diskutieren.

(Beifall bei der SPD - Herr Schulze, CDU: Der Oberlehrer!)

Sie können nicht erwarten, dass Sie, wenn Sie eine Fünfminutendebatte beantragen, einstündige Referate hören. Diese wären nämlich notwendig, um dies alles darzulegen.

(Zuruf von der CDU)

In Bezug auf die Einheitlichkeit ist zu sagen: Es mag sein, dass man von einer Landesregierung und von der sie tragenden Fraktion sehr wohl erwarten kann, dass sie einheitliche Meinungen vorträgt. Aber ich glaube, dass man von einer Oppositionsfraktion auch einiges verlangen kann.

Dazu muss ich feststellen, dass das, was wir von einigen Ihrer Vertreter in der Presse gelesen haben, und das, was wir heute von Herrn Scharf, von Herrn Gürth und zum Schluss von Ihnen, Herr Kollege Böhmer, gehört haben, keineswegs alles in Übereinstimmung gewesen ist. Bringen Sie erst einmal in Ihren Laden Ordnung hinein, bevor Sie uns kritisieren.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank - Herr Dr. Daehre, CDU, lacht - Unruhe bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Wünscht noch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der Debatte und kommen zum Abstimmungsverfahren zur Drs. 3/4079.

Wer stimmt dem Antrag in dieser Drucksache zu? - Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist dem Antrag einstimmig zugestimmt worden. Wir haben den Tagesordnungspunkt 15 erledigt.

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Beratung

Schulentwicklungsplanung

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 3/4093

Der Antrag wird von der Abgeordneten Frau Feußner eingebracht. Bitte schön.

Frau Feußner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schulentwicklungsplanung hat im vergangenen Jahr für große öffentliche Aufmerksamkeit und für Unsicherheit gesorgt. Dies hält bis heute an. Wir wissen, dass es weiterhin das Thema vor Ort ist. Über die Notwendigkeit und die Hintergründe haben wir in der in der letzten Landtagssitzung durchgeführten Aktuellen Debatte bereits ausreichend diskutiert.

Die Beschlüsse in den Kreis- und Stadtparlamenten scheinen weitestgehend gefasst, aber die damit verbundenen Probleme sind noch lange nicht aus dem Weg geräumt. Die Umsetzung der Schulentwicklungsplanung bringt mit Sicherheit noch weitaus mehr Spannungsfelder mit sich, als wir es uns alle derzeit vorstellen können. Das erfahren wir täglich vor Ort. Persönliche Betroffenheit setzt in der Regel erst dann ein, wenn es zur eigentlichen Schließung kommt.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an die bevorstehenden Bürgermeister- und Landratswahlen. Viele Kommunen haben jetzt Schwierigkeiten und warten ab, bis sie den Wahltermin hinter sich gebracht haben, damit sie diese tief gehenden Einschnitte nicht jetzt vornehmen müssen.

Die Entscheidungen in den kommunalen Gebietskörperschaften waren zum größten Teil von der derzeitigen Situation geprägt. Längerfristig anstehende Vorhaben - derzeit scheint ja die Gebietsreform auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben zu sein - konnten die Kommunen nicht in ihre Entscheidungsfindung einbeziehen. Hinzu kommen Vorschläge der Landesregierung zur Funktionalreform. Diese sagt nämlich, die Schulträgerschaft sollte für Sekundarschulen auf die kreisangehörigen Gebietskörperschaften übertragen werden.

Das kann alles Sinn ergeben. Aber ist man sich denn sicher, dass durch die derzeitige Beschlusslage wirklich ein ausgewogenes Schulnetz für die Zukunft angeboten werden kann?

Wir alle wissen, dass einige Kommunen gerade im Hinblick auf diese Tatsachen Beschlüsse gefasst haben, die einige Optionen in dieser Richtung offen lassen. Interessant erscheint es uns nun, wie die Genehmigungsbehörden mit den Ausnahmen bzw. besonderen Wünschen aus den Kreisen umzugehen gedenken.

Uns allen ist klar, dass man der demografischen Entwicklung im Land Rechnung tragen muss. Aber wie man dies tut, darin unterscheiden sich unsere Ansichten. Lassen Sie mich an dieser Stelle vom VBE aus der Zeitschrift - mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident - zitieren, denn besser kann ich es auch nicht sagen:

„Natürlich hätte man den demografischen Einbruch, der, wie immer wieder betont, einmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist, kreativ und nicht handwerklich lösen müssen.“

Ich erinnere auch an die letzte Debatte im Dezember. Herr Schomburg sagte: 160 Schüler für die Sekundarschulen halten wir in der derzeitigen Situation einfach für zu viel und für nicht angemessen.

Es sind wesentliche Punkte in der Verordnung unberücksichtigt geblieben. Gewachsene Strukturen als Zentren kultureller Infrastruktur finden kaum oder gar nicht

Berücksichtigung. Die Organisation und vor allem die Kosten des Schülertransports sind eine weitere Hürde. Die weitere Verwendung bzw. Nutzung geschlossener Schulgebäude geht voll zulasten der Kommunen. Über eventuell zu gewährende Fördermittel gibt es immer noch keine konkreten Aussagen vonseiten der Landesregierung. Es ist von der Landesregierung versäumt worden, konkrete Hilfen anzubieten.

Wer kommt für Investitionskosten, für eventuelle Umbaumaßnahmen bzw. für die Einrichtung von Fachkabinetten und was sich daran noch anschließt, auf? Die Folgekosten sind nicht absehbar. Aber ob die Kommunen hierbei überhaupt einen finanziellen Vorteil erreichen können, zweifeln mittlerweile die Kommunen selbst und auch wir an.

Werte Damen und Herren! Es gilt also zu hoffen, dass wenigstens aus pädagogischer Sicht Vorteile für unsere Schüler aus dieser Schulentwicklungsplanung erwachsen. Eine bessere Unterrichtsversorgung - wenn dies gelänge - wäre wenigstens ein positiver Aspekt. Aber auch hier, sage ich, ist Vorsicht geboten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die folgende Debatte, die die Problematik der Abwanderung der Lehrer in andere Bundesländer betrifft.

Kommen wir zu den Nachteilen: Durch das Zusammenlegen von Schulen werden sich die Klassenstärken erhöhen. Eine individuelle und differenzierte Arbeit mit Schülern bzw. das soziale Lernen in stabilen Lerngruppen, das Vorbeugen gegenüber Gewaltbereitschaft, worauf Sie, Herr Kultusminister, in Ihren Verlautbarungen immer ganz besonderen Wert legen, wird vollkommen vernachlässigt.

Das Zusammenlegen von Klassen erscheint nicht nur aus pädagogischer Sicht problematisch, sondern auch im Hinblick auf die räumlichen Voraussetzungen. Die Anzahl der Räume, die über den eigentlichen Unterricht hinaus kaum Spielräume zulassen, reicht nicht aus. Die Kapazität des Klassenraumes selbst bietet häufig nur 24 Schülern Platz.

Die längeren Anfahrtswege bedeuten eine größere zeitliche Belastung für die Schüler. Es wird zu Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung kommen. Auch das familiäre Leben wird weiter eingeschränkt. Es gibt weniger Freizeit und weniger Möglichkeiten, an außerschulischen Veranstaltungen teilzunehmen oder sich auf die Schule vorzubereiten.

Da wir im Plenum nicht die Zeit haben, über diese Dinge ausreichend zu diskutieren und die damit verbundenen Fragen näher zu beleuchten, bitte ich um Überweisung unseres Antrages an den Ausschuss für Bildung und Wissenschaft sowie an den Innenausschuss. Ich bitte darum, den Ausschuss für Bildung und Wissenschaft mit der Federführung zu beauftragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Im Ältestenrat ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Fünfminutendebatte vereinbart worden. Vorher möchte jedoch Herr Minister Dr. Harms das Wort ergreifen. Bitte schön.

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Feußner, ich will zunächst signa-

lisieren, dass die Landesregierung überhaupt keine Einwände dagegen hat, dass diese Fragen im Ausschuss besprochen werden. Im Gegenteil: Ich glaube, diese Fragen müssen im Ausschuss behandelt werden. Es geht in der Tat um eine Aufgabe und eine Entwicklung im Land, die derartig bedeutsam ist, dass der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft gar nicht daran vorbeigehen kann.

Herr Professor Böhmer, Sie hatten vorhin gesagt, dass das, was die Landesregierung zusammenhält, der Wille zur Macht ist. Ganz im Gegenteil: Was die Landesregierung zusammenhält, ist der Wille zur Gestaltung dieses Landes. Das haben wir auch an dieser Stelle deutlich gemacht.

Ich will jetzt nicht über den inneren Zustand der CDU-Fraktion reden. Dort gibt es auch viele Beispiele.

(Zuruf von der CDU: Das ist gar nicht das Thema!)

- Nein, das ist überhaupt nicht das Thema, aber wenn es gerade auf der Schippe liegt, dann kann man dazu einmal etwas sagen.

Zur Sache: Wir haben einen Antrag vor uns, der eher den Charakter einer Kleinen Anfrage trägt. Politische Initiativen sind zunächst nicht erkennbar. Man will Informationen. Dazu möchte ich sagen: Es gibt das Selbstbestimmungsrecht der Ausschüsse. Augenscheinlich geht es um das Signal: Wir tun hiermit etwas für die Betroffenen und bei uns wäre das alles ganz anders gewesen.

(Herr Becker, CDU: Sehr richtig!)

- Ja, ja. - Meine Damen und Herren! Ich sage nur: Schaut nach Sachsen und schaut euch an, welche Parameter dort gelten. Dagegen sind wir relativ freundlich.

Meine Damen und Herren! Die mittelfristige Schulentwicklungsplanung in Sachsen-Anhalt war nötig. Sie war richtig. Sie war nötig, weil der dramatische Geburtenrückgang sie erforderte, und sie war richtig, weil sie durch verantwortliches Handeln, und zwar bei den meisten kommunalen Gebietskörperschaften, den Weg zu einer zukunftssträchtigen Schullandschaft eröffnet.

Dieser Schritt war, auch wenn es schwer fällt, die Wahrheit zu akzeptieren und darauf zuzugehen, ohne Alternative, weil wir für die Kinder und Jugendlichen im Land auf Dauer und flächendeckend gut ausgestattete Schulen, kompetente Schulen brauchen und wollen. Das wollen auch die kommunalen Träger, die diesen Weg in der Regel mitgegangen sind. Es geht also um Qualität von Bildung und um vorausschauende Planung.

Wir alle wissen, dass der Geburtenrückgang in unserem Land und in allen Ländern im Osten Deutschlands - das ist kein Jammern, sondern eine Feststellung der Realität - die Situation erheblich verändern wird. Diese Veränderung begann in den Krippen in den Jahren 1990/91. Wir haben die Entwicklung in den Kindergärten gehabt, in den Grundschulen und jetzt gehen die geburten-schwachen Jahrgänge auf die weiterführenden Schulen über.

Die Auswirkungen auf andere Bereiche - das ist meines Erachtens auch ein ressortübergreifendes Thema - lassen sich im Moment nur ahnen. Aber die Folgen für die Wohnungswirtschaft, in Bezug auf den Fachkräfte-

mangel und für die Struktur des Landes generell müssen meines Erachtens weiterhin diskutiert werden.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich den Antrag in dem Sinne, dass eine sachliche Diskussion im Ausschuss notwendig ist. Notwendig ist es vor allem, über die mittelfristigen Folgen zu reden.

Dabei, Frau Feußner, sollten wir solche populistischen Argumente wie die Kostenfrage nicht in den Vordergrund stellen. Was wäre denn, wenn die Landesregierung sagen würde, jetzt müssen wir die Kommunalzuweisungen überprüfen, weil sich die Schülerzahlen halbieren? Das ist doch auch Quatsch. Es geht um einen Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, in dem die Kommunen in eigener Zuständigkeit und in eigener Kompetenz handeln.

(Frau Feußner, CDU: Was stand denn dann im Vordergrund Ihrer Verordnung?)

- Hören Sie mir zu. Das ist wirklich wichtig. - An der Stelle kann man nicht beckenmesserisch sagen, weil es 50 000 Schüler weniger sind, reduzieren wir die Zuwendungen bzw. aufgrund einer Änderung der Beförderungsstrecken muss ein Kostenausgleich erfolgen.

Dieser Bereich - das ist unser Staatsaufbau - wird von den Kommunen selbständig verantwortet. Deshalb finde ich auch die Hinweise auf zwangsläufig höhere Klassenzahlen oder auf zwangsläufig fehlende Raumkapazitäten verfehlt. Es ist Aufgabe der kommunalen Träger, die Schule so zu planen, dass sie fachgerecht umgesetzt werden kann.

(Zuruf von Frau Stange, CDU)

In 19 Kreisen und kreisfreien Städten dieses Landes ist dieses verantwortlich passiert. Es gibt einige Kreise, in denen das nicht geschehen ist. Ich möchte an dieser Stelle nicht parteipolitisch darüber diskutieren, an welchen Stellen es außerordentlich schwierig gewesen ist und aus welchen Gründen welche Personen - einige sind im Saal anwesend - in diesem Zusammenhang gehandelt haben.

Ich möchte nur feststellen: Bei 19 Trägern liegt die Schulentwicklungsplanung vor. Die ersten Genehmigungen werden in der kommenden Woche erfolgen etwa in der Größenordnung von 14 bis 16 Schulentwicklungsplanungen, die nach überschlägiger Diskussion mit den staatlichen Schulämtern so genehmigungsfähig sind. Dann wird es in die Einzeldiskussion gehen, auch mit denjenigen, bei denen derzeit eine Beschlussfassung noch schwierig ist.

Die Frage nach den über die Verordnung hinausgehenden Ausnahmen kann ich mit einem klaren Nein beantworten. Wir leben in einem Rechtsstaat. Es gibt rechtliche Grundsätze. Deshalb müssen wir über Ausnahmen danach entscheiden, ob sie im Rahmen der Verordnung möglich sind. Es gibt Ausnahmemöglichkeiten. Diese werden wir sehr sorgfältig und gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern prüfen.

Die von Ihnen verlangte Abfrage von Daten bedarf eines Kommentars. Den möchte ich auch geben. Es handelt sich hierbei um Aufgaben im eigenen Wirkungskreis der Kommunen. Das heißt, auch die Beantwortung dieser Fragen ist freiwillig. Die Landesregierung kann die Kommunen nicht dazu zwingen, den Investitionsbedarf für jede Schule hochzurechnen. Im Übrigen haben die Damen und Herren im Moment auch anderes zu tun.

Aber wir werden, soweit die Kommunen uns die Daten zur Verfügung stellen, gern im Ausschuss darüber berichten.

(Herr Schomburg, CDU: Die müssten Sie doch haben!)

Substanzielle Schlussfolgerungen sind jedoch erst nach der Feststellung der gesamten mittelfristigen Schulentwicklungsplanung aller Planungsträger und nach der Genehmigung durch die staatlichen Schulämter möglich. Ich schätze, dass dies im zweiten Quartal 2001 abschließend möglich sein wird. Dann freue ich mich auf eine engagierte, in der beliebten Art und Weise, die wir an uns haben, geführte Diskussion mit Ihnen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Herr Minister, jetzt hätten Sie die Freude, noch zwei Fragen zu beantworten, wenn Sie möchten. - Die erste stellt Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Minister, Sie haben mit Ihrem Ausruf „schaut nach Sachsen“ den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Verhältnisse hinsichtlich der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung gewissermaßen parteiunabhängig in Sachsen-Anhalt und in Sachsen gleich wären. Sind Sie bereit zuzugestehen, dass es an einem für die kommunalen Verantwortungsträger entscheidenden Punkt einen gravierenden Unterschied gibt, nämlich bei der Höhe der Schulbauförderung?

Ich habe mit großem Interesse die Schulbauförderrichtlinie in Sachsen gelesen, die für die bestätigten Schulstandorte und die erforderlichen Maßnahmen bis zu 50 % Schulbauförderung vorsieht. Gestehen Sie zu, dass gemessen daran das, was Sachsen-Anhalt tut, ausgesprochen jämmerlich ist?

(Zuruf von Frau Krause, PDS)

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Herr Dr. Bergner, ich gestehe Ihnen nicht zu, dass das ausgesprochen jämmerlich ist, was wir machen. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, dass Ihre Messlatte schief liegt. Wenn wir über diese Aufgaben im eigenen Wirkungskreis der Kommunen reden, muss man die gesamte Finanzausstattung der Kommunen betrachten.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Ach!)

- Nein, Sie wissen, dass das so ist. - Man muss sich sämtliche Zuweisungen anschauen. Dann muss sich auch der Landtag darüber im Klaren sein, dass das Land Sachsen-Anhalt, und zwar mit Unterstützung aller Fraktionen, eine völlig andere Linie fährt.

Ich habe bis vor zwei Jahren in einem Land gearbeitet, das Sonderzuweisungen im Sinne eines vertikalen Schullastenausgleichs kannte. Das Land Sachsen-Anhalt hat eine andere Form der Gemeindefinanzierung und will die kommunale Selbständigkeit dadurch stärken, dass möglichst alle Finanzierungen pauschal erfolgen und dass keine gesonderte Finanzierung, wie der Ausgleich für Theater oder der vertikale Schullastenausgleich usw., vorgesehen wird. Das lässt sich über alle Geschäftsbereiche fortsetzen.

Diese Philosophie wird in der Gemeindefinanzierung des Landes weitgehend konsequent durchgehalten mit Ihrer aller Unterstützung. Wenn das so ist, dann spielen die Sonderzuweisungen in der Tat eine besondere Rolle.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Die Demografie ist überall dieselbe!)

Ich habe auf das Land Sachsen hingewiesen, weil das Land Sachsen erstens gerade erst mit der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung beginnt. Zweitens verlangen die Parameter, die das Land Sachsen für weiterführende Schulen setzt, größere Schülerzahlen als in Sachsen-Anhalt. Diesen Vergleich wollte ich ansprechen.

(Zuruf von der CDU: Nach der Schulreform!)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Entschuldigung, die Fraktion hat noch die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. - Die nächste Frage stellt die Abgeordnete Frau Schnirch. Bitte.

Frau Schnirch (CDU):

Am Sonntabend tagte der Landeselternrat. Das zentrale Thema war die Schulentwicklungsplanung. Es wurde die Frage gestellt, was mit den Kreisen passiert, die diese Schulentwicklungsplanung nicht beschließen. Es sind wohl sieben Kreise, die sich aus diesem Thema heraushalten.

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Diese Kreise halten sich nicht heraus. Frau Schnirch, das sind doch gesetzestreue kommunale Gebietskörperschaften.

Gestern haben die Landkreise Wernigerode und Aschersleben-Staßfurt ihre Schulentwicklungsplanung beschlossen, sodass es nunmehr fünf Kreise gibt, von denen noch kein Beschluss vorliegt. Bei diesen Kreisen steht die Schulentwicklungsplanung auch weiterhin auf der Tagesordnung. Das heißt, es wird weitere Kreistagsbefassungen geben. Es gibt einige Kreise, in denen sich Beschlüsse abzeichnen. Es gibt Kreise, in denen die Mehrheiten fragwürdig sind. Wir werden diese Kreise auffordern, tätig zu werden.

Von Frau Feußner ist auf die Nähe zur Landratswahl hingewiesen worden. Ich nehme als ein praktisch denkender Mensch an, dass sich diese Fragen auf den Juni oder Juli dieses Jahres verschieben werden. Aber ich erwarte, dass die Beschlussvorlagen von den Verwaltungen eingebracht und die Beschlüsse gefasst werden.

Ich sagen Ihnen, beispielsweise in Wernigerode - Herr Schomburg ist im Saal - hat man sich die Entscheidung keineswegs leicht gemacht. Es gab erhebliche Auseinandersetzungen. Ich habe an Diskussionen vor Ort teilgenommen. Man ist dann verantwortlich zu einem Ergebnis gekommen.

Ich sagen Ihnen jedenfalls eine schnelle Prüfung zu. Jeder einzelne Fall ist bereits mit unserem Hause durchgesprochen worden. Ich denke, dass wir in der nächsten Woche 14 bis 16 Genehmigungen erteilen werden. Wir werden die verbleibenden fünf Kreise dann auffordern, zu diesen Beschlüssen zu kommen. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Herr Schomburg, eine Frage? - Das hat sich erledigt.

Dann kommen wir zu der Debatte der Fraktionen in der Reihenfolge DVU-FL, FDVP, PDS, SPD, CDU. Für die DVU-FL-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Brandt. Bitte.

Frau Brandt (DVU-FL):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wir spüren es in allen Städten und Gemeinden: Unserem Bundesland fehlen die Kinder. Ganze Familien siedeln um, weil die Lebens- und Arbeitsbedingungen in anderen Bundesländern besser sind. Für die Kinder und Jugendlichen, die noch in Sachsen-Anhalt leben, müssen wir, die Elterngeneration, alles nur Mögliche tun, damit unsere Kinder optimale Lernbedingungen vorfinden.

Es ist nur recht, wenn das Parlament die Landesregierung auffordert, dem zuständigen Ausschuss für Bildung und Wissenschaft zu berichten, wie und ob die Schulentwicklungsplanungen in den Städten und Kreisen umgesetzt werden.

Weil die Gebietsreform im Lande zu anderen Verwaltungsstrukturen geführt hat, haben sich in nicht wenigen Fällen die Schulwege der Kinder erheblich verändert. Die Kosten für die Schülerbeförderung, für die Schulspeisung, für die Sach- und Investitionskosten für die Eltern und die Träger der Einrichtungen haben sich zwangsläufig erhöht.

Wir meinen, dass die Landesregierung ständig verpflichtet sein muss, dem Parlament auch ohne Aufforderung über die Umsetzung der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung zu berichten; denn die Zukunft unseres Bundeslandes hängt von hervorragend geschulten und ausgebildeten jungen Menschen ab.

Eine Ausschussüberweisung findet unsere Zustimmung.
- Danke.

(Zustimmung bei der DVU-FL)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Danke schön. - Für die FDVP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Wolf. Bitte.

Herr Wolf (FDVP):

Herr Präsident, ich habe mich zu diesem Thema schon mehrfach positioniert. Angesichts des leeren Saales und der halbleeren Regierungsbank bitte ich darum, meinen Beitrag zu Protokoll zu nehmen. - Danke schön.

(Zu Protokoll:)

Herr Wolf (FDVP):

Mit der Überschrift „Bildungspolitische Wüste“ charakterisierte der Leserbrief eines Dessauer Bürgers die gegenwärtige Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt. Er schrieb - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

„Schulentwicklungsplanung ist Teil von Schulpolitik, diese wiederum ist Teil der Gesamtpolitik in einem Land. Bei uns in Sachsen-Anhalt müssten wir das noch mehr in Anführung setzen. Froh bin ich, dass sich die Interessengemeinschaft 'Pro Schule' gegründet hat. Weil Sachsen-Anhalt keine bildungspolitische Wüste werden darf, sollten sich möglichst viele Menschen - Eltern, Schüler - ihr anschließen.“

Ich kann an meine Worte in der Aktuellen Debatte im Dezember vorigen Jahres anknüpfen. Ich führte aus,

dass dem Kultusminister Dr. Harms ob seiner Bildungspolitik das Wasser bis zum Hals steht und eine arbeitsplatzgefährdende Höhe erreicht hat.

Nun ist das nicht unsere Sorge, aber sorgen muss man sich in diesem Lande um die Kinder, um die Jugendlichen, um deren Schulen. Kraft Amtes versuchen Sie etwas mit Gewalt durchzuziehen, was von Eltern und Kommunen als wenig oder unzureichend durchdacht bezeichnet wird.

Uns ist einleuchtend, dass sinkende Geburtenzahlen zu geringeren Schülerzahlen führen. Aber auch das kann eine Chance sein für überschaubare Klassen mit einem lernfreudigen Klima im Unterschied zu einer bereits in diesem Hohen Hause vorgetragenen Ablehnung einer Massenkinderhaltung in den Schulen.

Hinzu kommt die von jungen Menschen vollzogene Abstimmung mit den Füßen, die den „Notausgang“ aus diesem Sachsen-Anhalt nutzen, in die alten Bundesländer abwandern und auf Dauer entschwinden und so den Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt verfestigen.

Das allgemeine Schulsterben darf nicht glücken. Wie Recht hat also jener Bürger mit seinem Leserbrief, wenn er sich über die unheilvolle, verfahrenere Landespolitik auslässt. Was die Bürger empört und auf die Barrikaden treibt, ist die Hochnäsigkeit und Arroganz, mit der die Einwände der Bürger durch die Landesregierung abgeburstet werden. Doch die Bürger begehren auf, lassen weder sich noch ihre Kinder als Versuchspersonen auf dem Großversuchsfeld Sachsen-Anhalt missbrauchen. Da sind die Landesregierung und die sie aushaltenden Fraktionen schnell bei der Hand mit Pauschalverurteilungen.

Sie können selbst nachlesen, wie in der „Magdeburger Volksstimme“ eine Redakteurin sich dagegen wehrt, von einer SPD-Abgeordneten zum „undisziplinierten Volk“ gerechnet zu werden, weil sie kritisch über die vorgesehenen Schulschließungen berichtete. Die Redakteurin schreibt, dass die Abgeordneten dem Volk vermutlich auch zu selten auf das Maul schauen, um überhaupt noch zu bemerken, was die Menschen von dieser Politik halten. Einsprüche von Eltern, von Lehrern, von Kommunen werden glatt übergangen, sachliche Einwände werden unsachlich erwidert.

Die Fraktion der FDVP stimmt dem vorliegenden Antrag zu. Die einen gehen aktiv in die Rente, die anderen gehen aktiv in die Wüste.

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Ich denke, angesichts der fortgeschrittenen Zeit wird es dagegen keinen Widerspruch geben. Dann nehmen wir den Beitrag zu Protokoll.

Für die PDS-Fraktion spricht nun die Abgeordnete Frau Stolf. Bitte.

Frau Stolf (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die PDS-Fraktion wird dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen. Auch wir sind der Meinung, dass die Schulentwicklungsplanung eine Angelegenheit von großer landespolitischer Bedeutung ist und eine Sachstandsanalyse durch die Landesregierung im Bildungsausschuss nach den im Antrag vorgegebenen Schwerpunkten zweckdienlich ist. Wir halten auch die Erweiterung Ihres Antrages auf die Berichterstattung im Innenausschuss für angemessen.

Ich betone an dieser Stelle für meine Fraktion noch einmal: Obwohl wir aus eigenen Erfahrungen bestätigen müssen, dass die Umsetzung der Verordnung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung ein sehr schmerzhafter Prozess war und ist, der die vor Ort Handelnden oft vor massive Probleme stellte, schwierige Abwägungsfragen und emotionsgeladene Auseinandersetzungen mit sich brachte, sehen wir auch heute keine Alternative zu einer Umsetzung jetzt und teilen nach wie vor den grundsätzlichen Ansatz dieser Verordnung.

Eine Verschiebung um zwei Jahre, wie es die Initiative „Pro Schule“, die auch von Teilen meiner Partei unterstützt wird, fordert, würde aus unserer Sicht zu einem Problemstau führen, der sehr schwer auflösbar wäre. Ich verweise auf die Beispiele und Argumente, die meine Kollegin Frau Dr. Hein während der Aktuellen Debatte im Dezember 2000 zum gleichen Thema angeführt hat.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen ein stabiles Schulnetz mit dauerhaftem Bestand in Sachsen-Anhalt. Schulen brauchen Konsolidierung, Kollegien brauchen Stabilisierung, Schülerinnen und Schüler brauchen eine feste Schulheimat und Kommunen brauchen Entscheidungssicherheit für Investitionen.

Für kritikwürdig halten wir, dass die Landesregierung nach unserer Kenntnis in Bezug auf Ausnahmeregelungen am rigidesten bei Sekundarschulen vorgegangen ist. Wir hatten bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass uns die in der Verordnung ausgewiesenen Ausnahmeregelungen insbesondere bei Sekundarschulen nicht hinreichend zu sein scheinen. Wenn die Zumutbarkeit der Erreichbarkeit anderer Sekundarschulen als einziger Ausnahmegrund angegeben ist, dann wird das für die Genehmigungsbehörde zu einer Art Vorgabe und andere, mindestens ebenso gewichtige Sachverhalte finden dann eben keine Beachtung.

Wir haben die Kreise ermutigt, verantwortbar begründete Ausnahmen, die sich zum Beispiel aus der geographischen Lage ergeben können, zu beantragen, und natürlich sind wir nun daran interessiert, von der Landesregierung zu erfahren, inwieweit sie unserer begründeten Aufforderung während der Aktuellen Debatte nachgekommen ist, nicht formal, sondern den konkreten Einzelfall zu prüfen. Wir wollen wissen, inwieweit auch Alternativvarianten in Schulentwicklungsplänen mit der Option einer späteren endgültigen Entscheidung zugelassen worden sind, wenn angesichts der noch anstehenden Gebietsreform mehrere Entscheidungsmöglichkeiten denkbar waren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich ziehe den Hut insbesondere vor den ausschließlich ehrenamtlich arbeitenden Abgeordneten der Kreis- und Stadtparlamente, die sich nach meiner Kenntnis geschunden haben, um die Verordnung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung so umzusetzen,

(Herr Dr. Bergner, CDU: Das stimmt!)

dass ein Schulnetz von Bestand dabei herauskommt. Sicher werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Leistung ähnlich werten. Es ist mir als Hallenserin ein Bedürfnis, beispielhaft für viele andere den Mitgliedern des Bildungsausschusses im Stadtrat von Halle von dieser Stelle aus zu danken.

(Zustimmung von Herrn Dr. Bergner, CDU)

Von ihnen weiß ich, wie viele Stunden sie zusammengesessen und Entscheidungen erstritten haben, wie viele Gespräche und Anhörungen vor Ort notwendig

waren, ehe Entscheidungen gefällt worden sind, wie schwer es war, auch Interessenkollisionen auszuhalten, und dass es gelungen ist, über Parteigrenzen hinweg fair miteinander umzugehen, damit ein Schulentwicklungsplan herauskommt, den sie vor sich und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt verantworten können.

(Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Kauerauf. Bitte schön.

Frau Kauerauf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich meine Rede zu Protokoll geben.

(Zustimmung)

(Zu Protokoll:)

Frau Kauerauf (SPD):

Kürzlich las ich einen Spruch von Herrmann Hesse, der wohl auch auf den hier zu behandelnden Sachbereich zutrifft: „Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.“

Und nach der endgültigen Inkraftsetzung der Verordnung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung vor einem Jahr sah es so aus, als müsste unmöglich Scheinendes versucht werden.

Aus den meisten Kreistagen hörte man Klagen, dass man sich für diese Aufgabe nicht kompetent fühle. Doch in der überwiegenden Zahl der Kreisverwaltungen hatte man sich schon im Vorfeld der Veröffentlichung der oben genannten Verordnung Gedanken gemacht, wie man durch qualifizierte Vorlagen zur Problematik die Kreistagsmitglieder auf den beschwerlichen, aber notwendigerweise zu beschreitenden Weg mitnehmen könnte.

Allen Verantwortungsträgern war über die Zeit der jährlichen Fortschreibungen der Schulentwicklungspläne klar geworden, dass Vorgaben erforderlich wurden, um Planungssicherheit für Investitionen im Schulbereich möglich zu machen. Zwei entscheidende Faktoren hatten die Kreise für die Zukunft in Einklang zu bringen: drastisch abnehmende Schülerzahlen und sich verringende Finanzzuweisungen. So wurde der dann von der Regierung vorgelegte Rahmen für die mittelfristige Schulentwicklungsplanung in der Endkonsequenz als die Hilfe verstanden, die eingefordert worden war.

Sachgerecht und mit außerordentlichem Einfühlungsvermögen prüften die verantwortlichen Abgeordneten in der Regel gemeinsam mit den zuständigen Verwaltungsmitarbeitern die Situation an den Schulstandorten ihrer Kreise. Sie hatten Gemeinde- und Stadträte, Eltern und andere Betroffene anzuhören, deren Bedenken und Einwände zu prüfen, um dann zu einer objektiven Entscheidung zu kommen.

Gegenüber meinen Ausführungen anlässlich der Aktuellen Debatte im Dezember vergangenen Jahres zum gleichen Thema hat sich das bereits zu jener Zeit positive Bild im Zusammenhang mit der Beschlusslage weiter verbessert.

19 Genehmigungsbescheide können nunmehr an 16 Kreise und die drei kreisfreien Städte ergehen. Das Saalkreis wird, so in der heutigen Ausgabe der

„MZ“ zu lesen, am 8. Februar 2001 über seinen Schulentwicklungsplan abstimmen. Quedlinburg wird ebenfalls in Kürze eine Entscheidung fällen. Die Entscheidungen sind somit in 87,5 % der Kreise des Landes getroffen worden. In den restlichen drei Kreisen sollte man die Situation eventuell in Gesprächen zwischen dem MK und den Landräten nochmals erörtern und einen Lösungsweg im Interesse der jeweiligen Kreise suchen.

Dem CDU-Antrag können wir im Wesentlichen zustimmen. Wir sind genau wie Sie daran interessiert zu erfahren, wie die Realisierung der von den Kreistagen beschlossenen Schulentwicklungspläne erfolgt. Die Umsetzung ist - und in dieser Hinsicht besteht sicher auch bei Ihnen, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, kein Zweifel - eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Die von Ihnen in den Details geforderte Berichterstattung wird allerdings nicht von der Landesregierung allein geleistet werden können. Den zu erwartenden Arbeitsaufwand werden die Kreisverwaltungen zu einem großen Teil zu erbringen haben. Ich weiß nicht, wie Ihre Kommunalpolitiker zu solchen zusätzlichen Aufgabenübertragungen stehen werden.

Gestatten Sie mir noch ein paar Bemerkungen zu einigen Begleiterscheinungen im Zusammenhang mit den noch nicht erfolgten Beschlussfassungen. Die Verwaltungen haben, ich sagte es eingangs schon, gut gearbeitet. Sie haben die optimalen Varianten geprüft und den Kreistagen vorgelegt. Es lag an der Politik, genauer an den von der Bevölkerung der jeweiligen Kreise Gewählten, wenn die Entscheidungen ausgeblieben sind. Auch wenn es in diesem Jahr Bürgermeister- und Landratswahlen gibt, so sollte es gerade in diesem Zusammenhang nicht an Ehrlichkeit und Mut zu manchmal auch unpopulären Entscheidungen fehlen.

Meinen eingangs zitierten Spruch möchte ich etwas abwandeln: Damit das Nötige entsteht, muss das unmöglich Erscheinende möglich gemacht werden.

Vizepräsident Herr Prof. Dr. Böhmer:

Aufgrund des Applauses kann ich dem auch nicht widersprechen, Frau Kauerauf. Dann nehmen wir diese Rede zu Protokoll.

Für die CDU-Fraktion hätte jetzt Frau Ludewig noch einmal die Möglichkeit, das Wort zu nehmen; sie hatte es zumindest angemeldet.

(Frau Ludewig, CDU: Ich verzichte!)

- Sie verzichten. Damit ist die Debatte abgeschlossen und wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

Ich darf auf Folgendes hinweisen: In der Debatte war zunächst eine Ausschussüberweisung beantragt worden. Vom Inhalt her ergibt das keinen Sinn. Wir haben uns schon darauf geeinigt, dass es um eine Direktabstimmung gehen muss, weil die Landesregierung beauftragt wird, in den Ausschüssen zu berichten. In dem Antrag ist dafür der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft als Adressat genannt. Es wurde dann noch ergänzt, dass auch im Innenausschuss berichtet werden solle. Diese mündliche Ergänzung des Antrages nehmen wir auf.

Wer dem Antrag in der so ergänzten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Frau Kauerauf, SPD: Wir haben einen Änderungsantrag der SPD!)

- Dann bitte ich um Entschuldigung. Davon war bisher noch keine Rede.

(Frau Kauerauf, SPD: Entschuldigung, ich habe das verwechselt!)

- Sie haben das verwechselt. Das beruhigt mich sehr.

(Herr Wolf, FDVP: Jetzt sehen die Bildungsleute selbst nicht mehr durch!)

Ich verwechsle nämlich auch manchmal etwas; aber wenn ich es nicht war, dann ist mir wohler dabei.

Dann stimmen wir jetzt über den Ihnen vorliegenden Antrag mit der Ergänzung, dass auch im Innenausschuss berichtet werden soll, ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Es gibt auch keine Enthaltungen. Dann wurde dem Antrag einstimmig gefolgt. Damit ist der Tagesordnungspunkt 19 abgeschlossen.

Vizepräsidentin Frau Stofa:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Beratung

Mittel- und längerfristige Sicherung eines qualitativ und quantitativ ausreichenden Lehrkräftebestands an den allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4100**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4129**

Der Antrag wird durch die Abgeordnete Frau Dr. Hein eingebracht. Bitte, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Hein (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann meine Rede leider nicht zu Protokoll geben; ich muss Sie damit schon behelligen. Ich denke, es ist auch wichtig.

In den letzten Wochen sind erneut die Wogen der Debatte um die Personalsituation in den Schulen Sachsen-Anhalts hochgeschlagen. Es war nicht zuletzt der Kultusminister, der mit seiner Kritik am Vorgehen der hessischen Landesregierung einen Teil dazu beigetragen hat. Die Reaktionen auf seine Äußerungen waren - das konnte man wahrscheinlich auch nicht anders erwarten - nicht unbedingt regierungsfreundlich.

Mir geht es allerdings in diesem Zusammenhang nicht so sehr um die Kritik an der Landesregierung. Vielmehr geht es mir um die Verantwortung dieses Hauses für die Lern- und Unterrichtsqualität in den Schulen unseres Landes und um die Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte an den Schulen. Darum zielt unser Antrag auf Lösungskonzeptionen, die, wenn wir einmal ehrlich sind, auch niemand in diesem Hohen Haus einfach aus der Tasche ziehen kann.

Wer sich diesem Thema zuwendet, tut allerdings gut daran, einen Blick auf die letzten zehn Jahre zu werfen, in denen die heutige Situation ja wohl entstanden ist. Die Abwerbungsversuche der hessischen Landesregierung gegenüber Lehrerinnen und Lehrern aus dem Osten zeugen nämlich nicht nur von mangelnder Solidarität zwischen den Bundesländern, sondern sie machen auf

eine Fehlkonstruktion des gesamten deutschen Vereinigungsprozesses aufmerksam, die Lehrerinnen und Lehrer in besonderer Weise zu spüren bekamen.

Seit über zehn Jahren wurde es versäumt, die Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, insbesondere beim Lohnniveau, anzugleichen. Noch heute fordern Wirtschaftsverbände lautstark besonders für den Osten ein Niedriglohngebiet, um den angeblichen wirtschaftlichen Aufschwung zu produzieren, der seit Jahren trotz der niedrigeren Löhne immerhin ausbleibt.

Nun wirbt man allerorten mit den günstigeren Verdienstmöglichkeiten im Westen insbesondere junge Menschen ab. Die Entsolidarisierung des Westens mit dem Osten setzt sich fort.

Für die Lehrerinnen und Lehrer kommt noch hinzu, dass die Innenministerkonferenz der Bundesrepublik sich nicht dazu durchringen konnte, die Lehrerabschlüsse, die in der DDR erworben wurden, ohne Wenn und Aber anzuerkennen und den westdeutschen Abschlüssen gleichzustellen. Die Folge waren nicht nur für die einzelnen Länder geltende Sonderregelungen; vielmehr gilt zehn Jahre nach der Einheit außerdem noch eine besondere Regelung des BAT-Ost, die die Unkündbarkeit nach 15 Jahren Tätigkeit im öffentlichen Dienst nicht enthält.

Nun lockt Hessen vor allem Lehrerinnen und Lehrer aus dem Osten mit sofortiger Verbeamtung, also auch mit Unkündbarkeit, und das in einer Zeit, in der bundesweit über den Ausstieg aus dem Beamtensystem im öffentlichen Dienst nachgedacht wird.

Dass sich Sachsen-Anhalt mit dem Verzicht auf die Verbeamtung der Lehrerinnenschaft nicht an diesem Ausstieg aus dem solidarischen Finanzierungssystem der Kranken- und Rentenversicherung beteiligt, ist ihm hoch anzurechnen,

(Beifall bei der PDS)

würde doch eine Verbeamtung den Lehrerinnen und Lehrern hierzulande kaum Vorteile bringen,

(Herr Dr. Bergner, CDU: Dem Landeshaushalt!)

die gesetzlichen Kranken- und Rentenkassen aber mit dem Verlust von mehreren Zehntausend Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern und mit dem Verlust der Beiträge der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst vor zusätzliche Probleme stellen, die die anderen Versicherten zu tragen hätten.

Natürlich könnten wir den Landeshaushalt damit entlasten; da haben Sie schon Recht. Aber was wäre das für ein solidarisches Umgehen? Außerdem wissen auch Sie ganz genau, dass die alten Länder an den Folgebelastungen für ihre Haushalte in nicht geringem Umfang zu knabbern haben.

Den Kolleginnen und Kollegen ist es angesichts ausbleibender Sicherheit für die eigene Entwicklung allerdings nicht zu verübeln, wenn sie die Angebote aus dem Westen annehmen bzw. ernsthaft darüber nachdenken. Wir sehen uns in der Verantwortung, darüber nachzudenken, wie wir trotz des größer werdenden Überhangs an Lehrkräften diese Sicherheit gewährleisten können.

Es ist auf eine weitere Merkwürdigkeit hinzuweisen. Mit dem Lehrerbesoldungsgesetz sind alle Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt, die in der Sekundarstufe I unterrichten, gleich an welcher Schulform, besoldungs-

rechtlich gleichgestellt, nämlich in die Besoldungsgruppe A 13 eingestuft. Das ist auch gerecht; denn die Ausbildung war zu DDR-Zeiten die gleiche.

Die Sekundarschullehrer neuen Rechts müssen aber nach der Bundesbesoldungsordnung eingestellt werden. Das bedeutet angesichts des hohen Anteils an Lehrerinnen und Lehrern im Sekundarschulbereich, die schon in A 13 sind, auf jeden Fall und für sehr lange Zeit die Einstufung nach A 12, also keine Aufstiegschancen.

Nun hat die PDS-Fraktion beantragt, diese Ungerechtigkeit für die jungen und neu ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer zu beenden. Geht nicht, sagt die Landesregierung; wir haben keine Regelungsmöglichkeit und die Tariftgemeinschaft deutscher Länder trägt eine Sonderregelung für Sachsen-Anhalt nicht mit.

Hessen scheint das nicht zu berühren. Sie locken mit der sofortigen Einstellung nach Besoldungsgruppe A 13. Wieder einmal wird hier mit ungleicher Elle gemessen oder es gilt: Was dem Westen erlaubt ist, ist dem Osten noch lange nicht erlaubt.

Der eklatante Mangel an Lehrkräften, der in den westlichen Bundesländern beklagt werden muss - übrigens in allen -, ist, wie die dramatische Überalterung der Kollegien, von der uns schon vor zehn Jahren berichtet wurde, dort hausgemacht. Der vor Zeiten zu Buche geschlagene Rückgang der Geburtenzahlen hat im Westen vor Jahren gleiche Prozesse in Gang gesetzt wie heute bei uns.

Allerdings wurde es versäumt, dem erneuten Anstieg der Geburtenzahlen in umgekehrter Weise zu begegnen. Vielmehr wurden Klassenteiler erhöht, Lehrersollstundenzahlen heraufgesetzt, sodass die Klassen im Westen im Durchschnitt größer sind und die Lehrerinnen und Lehrer heute vielfach höhere Wochenstundenverpflichtungen haben als im Osten.

(Zuruf von der CDU: Haben wir doch auch!)

In Sachsen ist das übrigens auch so. Die pädagogischen Rahmenbedingungen sind im Westen also keineswegs besser als hier.

Inzwischen sind diese Wege der Sicherung der Unterrichtsversorgung, die ich im Übrigen für grundfalsch halte, ausgeschöpft. An der Ausbildung junger Lehrerinnen und Lehrer wurde dagegen gespart, sodass für den erhöhten Lehrkräftebedarf seit Jahren keine ausreichende Zahl von Absolventinnen und Absolventen zur Verfügung steht. Darum besinnt man sich nun auf die gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer aus dem Osten.

Wer aber meint, Hessen bliebe ein Einzelfall, der irrt gewaltig. Wenn Hessen Erfolg hat, werden andere Länder folgen. Der Lehrkräftebedarf, der in den Westländern zu erwarten ist, wird größer sein als der Lehrkräfteüberhang, den wir auf unserer Seite haben. Damit werden nicht nur gute Kolleginnen und Kollegen ihr Glück im Westen versuchen, sondern auch die Personalplanung und die Untersetzung durch Tarifverträge werden unberechenbarer und stürzen alle Verhandlungsbeteiligten in ziemlich unübersehbare Schwierigkeiten.

Nicht genug, dass in den alten Bundesländern die bildungspolitischen Parameter mit dem Anwachsen der Schülerzahlen verschlechtert worden sind, anstatt, wie es sinnvoll gewesen wäre, bedarfsgerecht einzustellen - nun wird zu allem Hohn dieser schlechte Standard auch noch zum Maßstab für angeblich notwendige Abbauzahlen bei uns im Osten erhoben.

Ist es denn wirklich so, dass wir alle Fehler, die im Westen in der Bildungspolitik begangen worden sind, nachmachen müssen, weil man uns sonst im Westen die Freundschaft kündigt? Oder ist es nicht auch möglich, wenigstens einen Teil des sich aus dem Schülerrückgang ergebenden Überhangs zu nutzen, um Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung und für die Erweiterung pädagogischer Arbeit zur Verfügung zu stellen?

Dazu kommt, dass mit der Umsetzung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung ein effektiverer Lehrerinneneinsatz möglich wird; wir haben hier schon darüber gesprochen. Auch das sollte für eine Stabilisierung der Personaldecke besonders an den Sekundarschulen genutzt werden.

Genau auf solche Möglichkeiten zielt der zweite Punkt unseres Antrages.

In Sachsen-Anhalt wurde vor vier Jahren mit dem Arbeitsplatzsicherungstarifvertrag auf Solidarität gesetzt. Wir halten das für richtig. Allerdings müssen wir feststellen: Solidarität scheint in diesem Lande zurzeit nicht unbedingt modern zu sein. Dennoch stehen wir dafür, diesen Weg fortzusetzen, der übrigens außerhalb Sachsen-Anhalts positiver bewertet wird als im Lande selbst.

Gerade aber darum ist es wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer der weiterführenden Schulformen sicher sein können, dass nicht nur sie solidarisch waren, sondern dass diese Solidarität auch in Bezug auf sie selbst eine Fortsetzung findet.

Außerdem muss endlich - wie übrigens im gesamten öffentlichen Dienst - ein klarer Stufenplan für die Angleichung der Einkommen an die im Westen auf den Tisch. Der öffentliche Dienst kann an dieser Stelle vielleicht für die gesamte Gesellschaft ein Zeichen setzen.

Da wir natürlich wissen, dass angesichts der lausigen Haushaltsbedingungen die Spielräume für Lösungen in den nächsten Jahren ausgesprochen eng gesteckt sind, fühlen wir uns verantwortlich dafür, mit nach solchen Lösungen zu suchen. Darum bitte ich um die Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Kollegin Dr. Hein, für die Einbringung.

Meine Damen und Herren! Bevor wir mit der Debatte beginnen, begrüße ich herzlich Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen VIII in Magdeburg. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich möchte Ihnen sagen, dass es nicht typisch für unser Haus ist, dass der Saal so leer ist; vielmehr ist das dem Druck geschuldet, der um die Mittagszeit bei manchem entstehen mag.

Meine Damen und Herren! Es ist eine Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion vereinbart worden in der Reihenfolge: CDU, SPD, FDVP, DVU-FL, PDS. Als Erstem erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Harms das Wort.

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Dr. Hein, die Auswirkungen des

drastischen Geburtenrückgangs haben wir gerade als eines der zentralen Probleme aller Ressorts, insbesondere auch meines Ressorts, diskutiert. Dieses reicht von der Schulentwicklungsplanung bis zur Hochschullandschaft, von der mittelfristigen Entwicklung unserer Profilschulen im musischen und sportlichen Bereich bis hin zu der Frage, wie wir die Berufsbildung zukünftig strukturieren.

Deswegen ist es auch wichtig, wie die PDS es formuliert, mittel- und langfristig für einen quantitativ und qualitativ ausreichenden Lehrkräftebestand zu sorgen; denn diese Fragen stehen in einem Zusammenhang.

Lassen Sie mich noch einige Zahlen nennen, um Ihnen die Entwicklung noch einmal vor Augen zu führen. Im Schuljahr 1994/95 hatten wir im Land 392 000 Schülerinnen und Schüler. Aktuell sind es 305 000. Wir werden im Schuljahr 2008/09 noch etwa 202 000 Schülerinnen und Schüler haben.

Wir reden also über die Frage: Wie bewältigen wir die Folgen der faktischen Halbierung der Jahrgänge der Sechs- bis 18-Jährigen in unserem Land? Das ist eine Frage, die sich auf allen Ebenen stellt.

Diese objektiven und wirklich nur in Grenzen veränderbaren Rahmenbedingungen, unter denen wir künftig arbeiten werden, haben natürlich gravierende Auswirkungen auf die Frage der Lehrerbeschäftigung.

Wenn ich mich umschaue, dann stelle ich fest: Thüringen reagiert darauf mit dem System „swing and floating“ und Brandenburg mit einem Modell, das eine Zweidrittelbeschäftigung und Teilzeitverbeamtung vorsieht. Die schulformbezogenen Absenkungen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern erreichen inzwischen das Ende der Grundschulzeit. Bei den Auseinandersetzungen geht es jetzt darum, wie es an den weiterführenden Schulen weitergeht. Wir haben mit dem Tarifvertrag bis 2003 und den sich jetzt anschließenden Verhandlungen ebenfalls eine große Zahl von Problemen und einen Diskussionsbedarf.

Die Effekte, die im Osten überall angestrebt wurden, nämlich die solidarische Verteilung von Beschäftigung auf die Lehrerinnen und Lehrer, um bedarfsbedingte Kündigungen zu vermeiden, können positiv eingeschätzt werden, was die soziale Seite und was die Beschäftigungsseite angeht. In diesem Bereich haben wir etwas erreicht.

Die negativen Effekte, die sich beispielsweise durch Einkommensverluste beschreiben lassen, die aufgrund des West-Ost-Gefälles noch verschärft werden - Frau Dr. Hein, Sie hatten darauf hingewiesen -, die sich aber auch durch Motivationsverluste und das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein, beschreiben lassen, schlagen sich auch auf die pädagogische Seite nieder; denn teilweise wird das Engagement, das wir von Lehrerinnen und Lehrern erwarten müssen, durch diese Effekte gebremst.

Seit einigen Wochen haben wir eine scheinbar neue Debatte, die durch die Abwerbung aus dem Westen bzw. durch Abwerbungsversuche aus dem Westen angeheizt wird. Was ist passiert? Sie haben es beschrieben: Bedingt durch steigende Schülerzahlen auf der einen Seite und über viele Jahre hinweg sehr geringe Einstellungskorridore auf der anderen Seite, die der notwendigen Konsolidierung der Landeshaushalte geschuldet waren, entstehen plötzlich im Westen erhebliche Einstellungsbedarfe, und zwar Länder übergreifend. Dies führt zu einer verstärkten bundesweiten Wer-

bung der Länder und das wird in unterschiedlicher Art und Weise praktiziert.

Ich will nur ganz kurz sagen, die Kollegin Wolff aus Hessen hat mit den anderen Ländern nicht deswegen einen so heftigen Krach - übrigens Länder übergreifend; Frau Schavan und Herr Rößler haben sie bekümmert und versucht, sie von ihrer Position abzubringen, ebenso wie wir von der A-Länder-Seite -, weil sie sagt, sie will die Freizügigkeit der Lehrer in der Bundesrepublik - das wollen alle -, sondern weil sie sagt, sie wirbt auch mitten im Schuljahr ab.

Ich will in aller Form sagen: Eine Schule kann ich nur organisieren, wenn ich verlässlich das Schuljahr organisieren kann. Wenn mir mitten im Schuljahr, im Februar oder März, die Lehrer von der Stange gehen, dann geht das nicht. Deshalb ist die Verständigung zwischen den Ländern richtig, mitten im Schuljahr einzustellen, wenn Lehrer arbeitslos sind, aus dem Referendariat oder aus dem Anwärterstatus kommen. Aber sie ist falsch und schädlich, wenn man Lehrkräfte aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis abwirbt; nur darum geht es.

Dass wir dann zum Schuljahresende Probleme haben werden und andere Länder auch, weiß ich allerdings auch. Das heißt, wir haben diametrale Entwicklungen in Ost und West. Wir konkurrieren unter Ost-Tarifbedingungen und Teilzeitarbeit mit Ländern, die eine 100-prozentige Verbeamtung sofort anbieten.

Heißt das also, dass wir chancenlos einer Massenflucht entgegensehen, dass wir keine Möglichkeit mehr haben, junge Absolventinnen und Absolventen einzustellen? Ich glaube das nicht.

Ich möchte das mit zwei Stichworten untermauern. Das eine Stichwort ist Identität und das andere ist Perspektive. Die Lehrerinnen und Lehrer im Land sind regional eingebunden. Es sind junge Menschen aus Magdeburg, aus Halle, aus Dessau, aus Stendal und aus Naumburg. Das heißt, sie verstehen sich auch als Menschen aus der Region und sie wollen teilweise auch hier arbeiten. Ich habe das vielfach in meinen Bürgersprechstunden erlebt. Es gibt nach wie vor eine große Anzahl von jungen Lehrerinnen und Lehrern, die im Land arbeiten wollen.

Diese Identität darf allerdings nicht überstrapaziert werden; das will ich auch sagen. Aber wenn ich zu Beginn dieses Schuljahres 250 Stellen ausschreiben und auch besetzen kann und 800 Bewerbungen bekomme, dann ist die Lage zumindest nicht dramatisch, sondern wir können im Moment noch Lehrerinnen und Lehrer, die wir brauchen, einstellen.

Das zweite Stichwort, das ebenso notwendig ist - gerade weil man die Identitätsfrage nicht überstrapazieren darf -, ist die Frage der Perspektive. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir Gelegenheit bekommen, diese notwendige politische Debatte auch im Landtag zu führen, weil ich glaube, dass die Frage, wann diese Unterschiede aufgehoben sein werden und wohin die Perspektive geht, eine außerordentlich wichtige ist, nicht nur für den Lehrerbereich und schon gar nicht ausschließlich für den öffentlichen Dienst, sondern auch allgemein im Land.

Deshalb müssen wir die möglichen Lösungsansätze prüfen. Wir müssen deutlich formulieren, was wir von Lehrerinnen und Lehrern an Leistung verlangen, aber wir müssen auch sagen, was wir dafür zu zahlen bereit sind. Ich finde es richtig, dass wir diese Debatte führen.

Lassen Sie mich zu dem Stichwort Hessen allerdings noch sagen, Frau Dr. Hein: Das ist kein Ost-West-Unterschied, sondern das ist eine Bestandsregelung - meiner Erinnerung nach aus dem Jahre 1972 -, nämlich eine Fußnote zur Bundesbesoldungsordnung, laut der Hessen und Berlin gestattet wurde, bestehende bessere Regelungen in der Bundesbesoldungsordnung fortzusetzen.

Man kann natürlich darüber nachdenken, ob man über den Bundesrat diese Regelung streicht, wenn sie so sehr als Wettbewerbsvorteil ausgenutzt wird; aber im Kern ist es kein Ost-West-Problem. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben als Nachbarländer dieselben Probleme mit der hessischen Initiative.

Deshalb signalisiere ich seitens der Landesregierung Zustimmung zu dem Antrag der PDS-Fraktion, jedoch mit einer Ausnahme, die der Änderungsantrag der SPD-Fraktion thematisiert. Die in Ihrem Antrag - ich glaube in Punkt 2; ich habe den Antrag leider auf meinem Platz liegen lassen - zum Ausdruck kommende notwendige Verbesserung der Unterrichtsversorgung, die Sie so stiekum in dem Antrag platziert haben, ist eine Frage, die, weil sie erhebliche Kostenfolgen hat, nicht nebenbei aufgrund eines solchen Antrages mit beschlossen werden sollte.

Vielmehr sollte man sagen, wir haben die Aufgabe, eine fachgerechte Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Was das ist, darüber kann man trefflich politisch streiten. Wir sollten aber nicht am Beispiel eines solchen Antrags in einem Land, das eine sehr gute Schüler-Lehrer-Relation hat, nebenbei solche Kostenfolgen mit beschließen. Ansonsten glaube ich, dass es sinnvoll ist, über dieses Thema im Ausschuss zu debattieren.

Gestatten Sie mir eine letzte Anmerkung, die mir wichtig ist. Wir führen parallel Tarifverhandlungen zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften. Ich bin an dieser Stelle ein großer Freund der Gewaltenteilung und möchte darauf aufmerksam machen, dass sich die Landesregierung nicht daran beteiligen wird, die Tarifverhandlungen auf diesem Wege nebenbei im Parlament zu führen. Das müssen wir machen und das müssen wir auch verantworten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Kuntze.

Herr Kuntze (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich fange damit an, dass ich sage, ich bin offensichtlich der Dritte in diesem Bund, der dem Antrag namens seiner Fraktion zustimmen wird - nach dem Herrn Minister für die Landesregierung.

Wir werden aber erleben - das ist das Spannende an der Diskussion, die sich abzeichnet -, dass auch ich - wie Sie, Frau Dr. Hein, und wie der Minister- die Punkte - das werden Sie merken -, die in diese Diskussion hineingehören, aufgreifen werde. Sie werden jetzt durch mich wahrscheinlich die dritte Interpretation dazu hören, wie man das werten kann.

Gäbe es auch in der Politik eine Institution wie etwa die Gema, die sich mit Urheberrechten befasst, könnte die

CDU-Fraktion für den Antrag der PDS Tantiemen kassieren. Das erst einmal vorab.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Bemühungen um eine grundsätzliche Lösung des Problems des Lehrereinsatzes reichen in der CDU bis in unsere Regierungszeit zurück. Seit wir in der Opposition sind, fordern wir die Landesregierung auf, für Lehrerinnen und Lehrer ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen und von der Praxis der Augenblickslösung in dieser Frage abzukommen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir wissen, dass dies schwierig ist und sicher auch mit schmerzlichen Entscheidungen verbunden wäre. Stattdessen haben Sie in der Regierungsfraktion sich von Jahr zu Jahr und von Einzelentscheidung zu Einzelentscheidung durchgehängt. Ihre politischen Freunde von links außen haben dabei mitgemacht - toleriert, wie Sie das nannten und nennen - und haben sich dies mit manchem Zugeständnis für Klientelinteressen bezahlen lassen. Stichworte sind zum Beispiel Staatsbürgerkundelehrer und Pionierleiter.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Antrag der PDS lässt erkennen, dass ihr inzwischen aber dämmert, wohin die bisherige Personalpolitik geführt hat.

In der kurzen Redezeit kann ich nur stichpunktartig andeuten, wo die CDU-Fraktion notwendige Ansatzpunkte sieht. Auf den ersten Blick ist festzustellen, dass wir insgesamt zu viele Lehrer im Verhältnis zur dramatisch gesunkenen Schülerzahl haben; das hat der Minister auch angedeutet. Andererseits haben wir trotzdem eine kontinuierlich schlechte Unterrichtsversorgung. Wir haben reichlich 8 % Unterrichtsausfall in den Sekundarschulen. Rechnete man hierzu noch den fachfremd erteilten Unterricht hinzu, sähe es noch schlechter aus.

Die Schlussfolgerung ist, dass wir rein zahlenmäßig wohl eher zu viele Lehrer haben, aber nicht immer in der erforderlichen Fachkombination, nicht immer in der erforderlichen Schulform und wohl hier und da auch nicht am richtigen Ort.

Der Ausfall von ca. 600 000 Unterrichtsstunden im Jahr - in der Zahl sind alle Schulformen zusammengefasst -, der sich aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage errechnen lässt, entspricht dem Bedarf von etwa 600 Lehrkräften. Man könnte theoretisch sagen, dass diese fehlen. Das wäre aber in der gegenwärtigen Situation absurd.

Nun möchte ich etwas zu den bisherigen Lösungsversuchen sagen. Ich gehe dabei auf das, was Frau Dr. Hein auch schon anklingen ließ, ein. Ein Lehrertarifvertrag wurde im Namen der Solidarität und der Arbeitsplatzsicherung abgeschlossen. Berufsschullehrer haben Sie gleich ausgenommen und das Problem der Mangelächer wurde gar nicht erst behandelt.

Bildlich gesprochen haben Sie das Problem des Lehrerüberhangs mit der Rasenmähermethode zu lösen versucht. Die CDU hatte hierbei zu differenzierten Ansätzen geraten.

(Zustimmung bei der CDU)

Zu den Abfindungsregelungen und dem Vorruhestand ist zu sagen, dass oft gerade die Lehrer als Erste gehen

wollten, deren Fachkombinationen am dringendsten gebraucht wurden, und dass man sie aus diesem Grund mühsam zurückhielt.

Im Ergebnis haben wir im Land zu wenig Einstellungsmöglichkeiten. Junge Lehrkräfte sind aber in mehrfacher Hinsicht für ein Schulwesen unverzichtbar.

Wir verfügen in unserem Land über eine hervorragende und auch teure Lehrerausbildung. Zu der haben wir uns erst neulich im Zusammenhang mit der Seminarlandschaft parteiübergreifend bekannt. Über die Ergebnisse dieser hervorragenden Ausbildung freuen sich aber vorzugsweise andere Bundesländer.

Damit komme ich zu einem weiteren Lösungsversuch, dem Lehrergleichstellungsgesetz. Um nicht missverstanden zu werden: Eine Einordnung unter Anerkennung der beruflichen Leistungen in das bundesdeutsche Lehrergefüge und eine angemessene Besoldung sind völlig unstreitig gewesen. Mit Blick auf den vorliegenden Antrag will ich aber ein Detail aufgreifen, auf das die CDU schon seinerzeit hingewiesen hatte und das uns jetzt einholt.

Neu ausgebildete Lehrkräfte für Sekundarschulen werden schlechter bezahlt als Diplomlehrer mit DDR-Ausbildung. Was nimmt es da wunder, wenn ein Vertreter des Landespersonalrates jungen Lehrern empfiehlt, statt BAT-Ost und reichlich 80 % Beschäftigung, zusammen also etwa zwei Drittel der Besoldung in den alten Ländern, in Kauf zu nehmen, für 100 % Westtarif in selbige zu gehen?

(Frau Mittendorf, SPD: Das war kein Vertreter des Landespersonalrates! - Herr Dr. Bergner, CDU: Na gut, das ist nun egal!)

Hinzu kommen in immer dichter Folge bildungspolitische Experimente, die zunehmend Eltern und auch Schüler auf den Plan rufen. Stichworte sind das 13. Schuljahr und die Grundschule mit festen Öffnungszeiten. Auch das macht jungen Lehrern nicht gerade Mut.

Wie gesagt, wir unterstützen den Antrag, werden in der Diskussion aber an unseren Zielen festhalten, die ich abschließend noch einmal nennen möchte: Eine stabile Unterrichtsversorgung, also fachgerechter, qualifizierter Unterricht in möglichst jeder Unterrichtsstunde und in allen Fächern - dazu gehört zum Beispiel, um es in Erinnerung zu rufen, auch Religion -; Lehrerinnen und Lehrer, die eine sichere Perspektive in ihrem Beruf sehen und ihren Beruf deshalb mit Liebe und Engagement ausüben - das setzt eine auf einer gründlichen Analyse basierende Personalentwicklungskonzeption voraus und nicht ein von Wünschen und Hoffnungen diktiertes Wursteln -; ein Schulwesen, das verlässlich verfasst und nicht ständigen bildungspolitischen Experimenten ausgesetzt ist. Die Zahl unserer Schulgesetzänderungen dürfte rekordverdächtig sein.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kollege, viel Zeit haben Sie nicht mehr. Sie liegen bereits über Ihrer Zeit.

Herr Kuntze (CDU):

Das ist das, was Eltern und Schüler zu Recht erwarten. Ich kann mir zwar nicht vorstellen, dass die jetzige Minderheitsregierung die Kraft dazu hat, das alles um-

zusetzten; aber lassen Sie uns einen ersten Schritt in die richtige Richtung tun.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kollege Kuntze, Sie bekommen Redezeitverlängerung durch die Frage, die Sie möglicherweise beantworten.

Herr Kuntze (CDU):

Sehr gern.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Bitte schön, Frau Mittendorf.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Kollege Kuntze, die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube hinsichtlich dessen, was Sie an verschiedenen Lösungsansätzen anbieten wollen. Werden Sie doch bitte einmal konkret.

Wie sehen denn Ihre Vorstellungen aus, um die Probleme, die wir zum Beispiel über den Tarifvertrag regeln, anders zu regeln? Wären Sie dafür, den Tarifvertrag so oder in anderer Form fortzusetzen, oder welche anderen Lösungsvarianten bieten Sie an, die nicht nur das Arbeitsplatzsicherungsproblem lösen, sondern auch die inhaltlichen Probleme, die Sie ansprechen?

Das man das sicherlich nicht in zwei Minuten erläutern kann, wie mir Ihre werten Mitmenschen zuflüstern, ist mir klar, aber eine kurze, konkrete Antwort mit ein paar Knackpunkten ist, glaube ich, möglich. - Danke.

Herr Kuntze (CDU):

Gut, ich werde es versuchen. Da ohnehin im Wesentlichen nur noch Bildungspolitikern anwesend sind, wird das vielleicht auch auf hinreichendes Interesse stoßen.

Frau Mittendorf, Sie wissen genau wie ich sehr gut, dass wir in der Diskussion um das Lehrerbesoldungsgesetz eifrig hin und her diskutiert haben. Ich betone an dieser Stelle vorab, dass ich die Auffassung des Ministers unterstreiche. Insbesondere werden wir aus der Opposition heraus nicht die Verantwortung für reines Regierungshandeln übernehmen. Die Tarifvertragsgestaltung ist Sache der Tarifparteien und nicht der Opposition.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Mittendorf, SPD)

- Das weiß ich doch genauso gut wie Sie. Wir haben zwar nicht den Lehrertarifvertrag beschlossen, aber wir haben ihn begleitend diskutiert, um es vorsichtig zu umschreiben. In diesem Zusammenhang haben wir natürlich auch Meinungen geäußert. Herr Harms hat auch die Thüringer Variante anklingen lassen, die wir damals zumindest als sehr nachdenkenswert empfohlen haben. Sie wurde vom Tisch gewischt. Das spielte ja keine Rolle.

Ich kann nur noch einmal stichpunktartig andeuten, was wir gesagt haben. Wichtig ist eine gründliche Analyse - ich ließ es ja schon anklingen - erstens darüber: Wie sieht die Verteilung der Lehrer auf die verschiedenen Fachkombinationen aus?

Das liegt irgendwo vor. Aber es gibt diesbezüglich auch Unterschiede. Es wird Schulen geben, in denen vielleicht

noch zwei Musiklehrer sind. Diese Schulen haben dann unter Umständen einen Überhang, während an drei anderen Schulen überhaupt kein Musiklehrer mehr ist. Kurz und gut, eine Analyse muss das doch erst einmal beleuchten.

Dann müsste man überlegen, wie sich Vorruhestandsregelungen und anderes auswirken. Warum haben Sie denn die Berufsschullehrer aus dem Tarifvertrag herausgenommen? Ein großer Teil dieser Berufsschullehrer ist freiwillig in die Wirtschaft abgewandert, weil er meinte, dort besser verdienen zu können. Ob das so aufgegangen ist, ist eine zweite Frage. Sie waren aber erst einmal weg. Ich habe dies anklingen lassen.

Also kurz und gut - ich versuche, mich wieder auf Ihre Frage zu konzentrieren -, man müsste Folgendes bedenken: Wer wächst ganz normal aus Altersgründen in Rentenregelungen hinein? Wie kann ich den Übergang durch Regelungen, wie auch Sie in der Regierung sie anzustreben versucht haben, Vorruhestand und Ähnliches, gewissermaßen beschleunigen und ein Stück begleiten?

Es wäre aber auch unverzichtbar gewesen, unter Umständen Kündigungen auszusprechen. Ich sage das in dieser Klarheit. Das hätte beispielsweise für Neueinstellungen Luft geschafft. Sie können - das wissen Sie als Gewerkschafterin mindestens so gut wie ich - bei Kündigungen nicht schwerpunktgenau kündigen. Da greifen diese berühmten Punktekataloge: Sie werden am Ende Lehrer entlassen müssen, die Sie aus anderen Gründen brauchen, aber Sie können einstellen, wen Sie wollen. Sie können ganz gezielt die Fachgruppen nehmen, die Sie brauchen.

Sie schütteln beide den Kopf. Sie haben die Gelegenheit, etwas dazu zu sagen.

(Frau Mittendorf, SPD: Arbeitsrechtlich ist das falsch, weil derjenige, der klagt, jeden Prozess gewinnen würde!)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Ich glaube, das sollten wir dann im Ausschuss diskutieren. Kollege Kuntze, danke schön.

Herr Kuntze (CDU):

Darf ich nicht mehr weitermachen? - Okay.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Frau Kauerauf.

Frau Kauerauf (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte mit mir gerungen, meinen Beitrag wieder zu Protokoll zu geben, aber das geht jetzt nicht.

Der Antrag der Fraktion der PDS ist Ausdruck einer Zwangslage - wir haben es verstanden -, in der sich unser Bundesland bei der Schaffung notwendiger Perspektiven für eine Lehrtätigkeit an unseren Schulen befindet. Er orientiert in Punkt 1 leider nur auf einen reduzierten Vergleich mit den alten Bundesländern, der zwar theoretisch möglich ist, jedoch aufgrund der unterschiedlichen Standortvoraussetzungen ein verzerrtes Bild wie-

dergibt. Ein Vergleich der prägnanten Standortfaktoren soll das unterstreichen.

Während in den alten Bundesländern seit Jahren ein Anstieg der Geburtenzahlen zu verzeichnen ist, halbiert sich bis zum Jahr 2010 die Schülerzahl in Sachsen-Anhalt wie auch in den anderen neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern resultiert aus der beschriebenen Entwicklung und aus einer hohen Pensionierungsquote ein erhöhter Lehrkräftebedarf. Es droht sogar akuter Lehrermangel. Die Folgemaßnahmen des Bundeslandes Hessen sind uns allen bekannt.

Die Angebote aus anderen Bundesländern werden nicht weniger reizvoll sein, in der Regel 100 % Bezahlung bei einer Übernahme in das Beamtenverhältnis. Was sollte und vor allen Dingen was kann Sachsen-Anhalt dem entgegenhalten?

Wenn man den Vergleich unter rein materiellen Gesichtspunkten vollzieht, scheint bei objektiver Betrachtung ein Gleichstand in den nächsten Jahren unwahrscheinlich. Der in den neuen Bundesländern geltende BAT-Ost beträgt seit diesem Jahr 88,5 % und ab dem nächsten Jahr 90 % des Bundesangestelltentarifs. Die Laufzeit geht bis zum Ende des Jahres 2002. Im gleichen Jahr werden die Tarifparteien über weitere Angleichungsstufen verhandeln. Eine endgültige Angleichung ist somit noch nicht abzusehen. Eine Verbeamtung oder Teilzeitverbeamtung wurde von unserer Fraktion abgelehnt. Die Gründe wurden genannt.

Um Massenkündigungen zu vermeiden, wurde in Sachsen-Anhalt im Jahr 1997 der Arbeitsplatzsicherungstarifvertrag abgeschlossen. Die Lehrerschaft verzichtete auf einen Teil ihres Gehaltes und erhielt im Gegenzug eine Arbeitsplatzgarantie bis zum Jahr 2003. Über einen Nachfolgetarifvertrag - wir hörten es - wird verhandelt.

Auch die anderen neuen Bundesländer haben vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung spezifische Arbeitszeitkonzepte für ihre Lehrkräfte entwickelt. Der Minister verwies bereits auf die unterschiedlichen Modelle.

Zieht man nun den Vergleich unter schulorganisatorischen und schulatmosphärischen Gesichtspunkten, unter anderem im Hinblick auf die Lehrer-Schüler-Relation, die durchschnittliche Klassenfrequenz sowie die mögliche Mindestgröße von Schulen, nimmt Sachsen-Anhalt einen Spitzenplatz im Bundesvergleich ein. Die positiven Auswirkungen auf die Unterrichtsatmosphäre sowie die Lernqualität sind unbestritten und bieten damit den Lehrkräften bessere Rahmenbedingungen.

Nicht vergessen werden darf im Gesamtzusammenhang die heimatische und familiäre Verwurzelung vieler Lehrerinnen und Lehrer. Auch hierauf wurde schon Bezug genommen.

Meine Damen und Herren! Der Antrag der PDS-Fraktion eröffnet trotz seiner Reduktionstendenz die Möglichkeit einer umfassenden Debatte zur Perspektive des Lehrberufs in Sachsen-Anhalt. Dies ist zu begrüßen.

Allen Fraktionen wird bewusst sein, dass ein Personal-konzept der Landesregierung nichts an den spezifischen Standortfaktoren ändern kann. Notwendig ist daher die Benennung und Diskussion grundsätzlicher Handlungsoptionen, die in der Mehrzahl nicht unbekannt sein dürften.

Mit Punkt 2 unseres Änderungsantrages soll der Informationsauftrag an die Landesregierung präzisiert und

objektiviert werden. Die Forderung nach einer pauschalen Verbesserung der Unterrichtsversorgung erscheint uns zu undifferenziert. Mit 2,9 % Ausfallstunden verfügt Sachsen-Anhalt im Bundesvergleich sogar über eine verhältnismäßig gute Quote.

Aus organisatorischen Gründen wird es bei krankheitsbedingtem Ausfall einer Lehrkraft immer große Probleme geben, eine adäquate Vertretung bereitzustellen. In Anbetracht der Bedarfe in Mangelfächern scheint es zweckmäßiger, in den Antrag die Gewährleistung einer fachgerechten Unterrichtsversorgung aufzunehmen. Darüber hinaus entspricht die Prognose eines in den nächsten Jahren zu erwartenden Konzentrationsprozesses im Schulnetz nicht den Gegebenheiten.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die FDVP-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Weich.

Herr Weich (FDVP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer!

(Lachen bei der SPD, bei der CDU und bei der PDS)

Wieder bewahrheitet sich, dass nicht der Verursacher der schlechten Nachricht, sondern der Überbringer getadelt wird. Der Philologenverband von Sachsen-Anhalt stellte eine ernüchternde Bilanz der gegenwärtig fast aussichtslos erscheinenden Situation der Lehrer dar und wurde deshalb vom Kultusminister scharf kritisiert.

Die Rundumschlagsschelte des Dr. Harms wird von ihm noch mit dem Vorwurf an den Verband versehen, dass dieser jetzt nichts Besseres zu tun habe, als mit einem schwierigen und differenzierten Problem einseitig und undifferenziert an die Öffentlichkeit zu gehen.

Nein, meine Damen und Herren, es ist nicht länger hinzunehmen, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen und uninformiert, teils desinformiert bleiben soll. Da helfen auch keine regierungsamtlichen Beschwichtigungsversuche. Hier muss Klartext gesprochen werden.

Die Abwanderung von Lehrern ist ein Signal, ein Zeichen dafür, dass die Beteiligten jegliche Hoffnung fahren lassen, eine Veränderung der Situation erreichen zu können. Wenn diese Abwanderung noch gezielt von außen forciert wird, hilft vielleicht nur eine Mauer um Sachsen-Anhalt. Sachwalter für Mauerfragen finden sich in diesem Hause bei der linksextremistischen PDS. Aber Lehrer lassen und ließen sich nicht von einer Mauer abhalten, das Land zu verlassen, und sei es drum, sie würden sich einen Tunnel graben.

(Lachen bei der SPD)

Die Situation in diesem Land ist beängstigend und zehrt an der Substanz der Bildung. Gewiss, die Probleme beschränken sich nicht nur auf Sachsen-Anhalt. Aber hier sind sie besonders gravierend.

Meine Damen und Herren! Natürlich ist leistungsgerechte und 100-prozentige Entlohnung in den alten Bundesländern ein verständlicher Fluchtgrund für Lehrer in

Sachsen-Anhalt, aber nicht der einzige. Es geht auch darum, die Attraktivität, die Perspektiven des Lehrberufs zu sichern. Eine Zeitung betitelte das Problem mit der Überschrift: „Sieben von zehn Lehrern gehen vorzeitig - Frustrationsanstieg ab 50“.

Die Universität Potsdam stellte in einer Studie fest, dass Lehrer den Widerspruch zwischen ihrem Arbeitseinsatz und dem Fehlen von Anerkennung besonders intensiv erlebten. Renitentes Schülerverhalten und hohe Klassenstärken trugen weiter zum Verausgabungssyndrom bei, das schließlich zur Resignation führe. Lehrer müssten zunehmend Erziehungsaufgaben der Familie mit übernehmen und seien tatsächlich stark belastet.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass die Kultusministerkonferenz beabsichtigt, ein für alle Bundesländer einheitliches Lehrerleitbild zu definieren. Vielleicht muss der Lehrer dann abgehärtet, mit dickem Fell und einer gewissen Taubheit ausgestattet sein, um den Gefahren seines Berufes zu begegnen. Lassen wir uns überraschen.

Der Abwanderung und Abwerbung von Lehrern kann durch die Attraktivität des Berufes und durch Perspektiven in Sachsen-Anhalt begegnet werden. So würde sich die Abwanderung in Zuwanderung umkehren. Unter einer rot-roten Kugelregierung bleibt das aus und wird zum Märchen. Deshalb bleibt die Abmarschrichtung in Sachsen-Anhalt unter dem Motto: Wir gehen in den Westen.

Wenn der „Tagesspiegel“ am 22. Januar 2001 über Wittenberg und die Abwanderung der jungen Menschen dieses Motto setzte, dann zeigt das doch, dass die Abwanderung der Lehrer eingebettet ist in die hoffnungslose Gesamtsituation des rot-roten Laternenträgers Sachsen-Anhalt.

(Zuruf von der PDS: Ach ja!)

Wenn vordergründig immer wieder die Finanzlage des Landes für die Misslichkeit angeführt wird, dann sollte uns ein Gedanke Christian Morgensterns nachdenklich stimmen; denn er schrieb: Da sie sich nur Lehrer für 600 Mark leisten können, bleiben die Völker so dumm, dass sie sich Kriege für 60 Milliarden leisten müssen. - Danke.

(Zustimmung bei der FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Die DVU-FL-Fraktion verzichtet auf einen Redebeitrag.
- Frau Dr. Hein, wünschen Sie noch einmal das Wort?
- Sie wünschen es nicht. Damit sind wir am Ende der Debatte und kommen zum Abstimmungsverfahren zu den Drs. 3/4100 und 3/4129.

Es ist zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 3/4129 abzustimmen. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem Änderungsantrag zugestimmt worden.

Ich lasse über den Antrag in der Drs. 3/4100 in der geänderten Fassung abstimmen. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Wenige Stimmenthaltungen. Damit wurde dem Antrag zugestimmt. Wir haben den Tagesordnungspunkt 20 absolviert.

(Unruhe)

Ich bitte Sie, die Abschiedszeremonie auf das Notwendige zu beschränken. Wenn die notwendige Ruhe wiederhergestellt ist, rufe ich den **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Beratung

Rahmenbedingungen für die Personalentwicklung an den Hochschulen Sachsen-Anhalts

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4101**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4134**

Der Antrag wird von der Abgeordneten Frau Dr. Sitte eingebracht. Bitte schön.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Mit der Kabinettsvorlage vom Februar 2000 zur Weiterentwicklung der Wissenschaftslandschaft Sachsen-Anhalts wurde für den Ausbau der Hochschulen Sachsen-Anhalts bis zum Jahr 2010 eine Zwischenzielzahl von 33 000 Studienplätzen beschlossen. Das bedeutet, dass die Universitäten auf 80 % der Ausbauplanung festgelegt werden, während die Fachhochschulen bis zur ursprünglich geplanten Ausbaustufe ausgebaut werden sollen.

Bezogen auf das vorhandene Hochschulpersonal bedeutet dies eine Zielsetzung und damit die Rückführung von mehr als 500 besetzten Vollzeitstellen. Um bei diesem Prozess gleichzeitig die Funktionsfähigkeit des Lehr- und Forschungsbetriebes der Hochschulen, ihre Modernisierung und die Schwerpunktsetzung in zukunftssträchtigen Bereichen sicherzustellen, sollte die Landesregierung mit den zuständigen Gewerkschaften Rahmenbedingungen für die künftige Personalentwicklung an den Hochschulen verhandeln. - Das noch einmal zur allgemeinen Begründung.

Die nüchterne Ausgangsposition, die wir zu konstatieren haben, war auch der Ausgangspunkt des Antrags. Es ist unumstritten, dass das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam mit seinen Hochschulen eine Konzeption zur Entwicklung der Hochschulen im Konsens mit der gesamten Wissenschaftslandschaft mindestens für die nächsten zehn Jahre machen muss, schon aus innovativen und aus landesplanerischen Gründen heraus.

Es ist auch legitim, die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Aufbau- und Ausbauplanung, die immerhin aus den Jahren 1992/93 stammt, im Hinblick auf Qualität und Quantität zu hinterfragen. Sie ist eben nicht so realisiert worden, wie es vorher gesagt worden war.

Es ist weiterhin eine Tatsache, dass die notwendige mittelfristige Finanzplanung auch die Hochschulen zwingt, über mehr Effektivität und Rationalität intensiv nachzudenken, ohne dadurch die Qualität von Forschung und Studium wesentlich zu beeinträchtigen.

Mit der Kabinettsvorlage vom Februar 2000 hat die Landesregierung die Marschrichtung in der Quantität vorgegeben, also, wie schon erwähnt, 33 000 Studienplätze als Zwischenzielzahl bis 2010. Nun - das ist sicherlich unstrittig - muss also die Qualität ebenso profiliert werden.

Die gegenwärtige Situation, insbesondere an der Martin-Luther-Universität, die am stärksten von den Einsparungen betroffen ist, sieht jedoch so aus, dass die fiskalischen Festlegungen und Beschlüsse die inhaltlichen und strukturellen zu überholen scheinen.

Wenn nicht zwischen Hochschulentwicklungsplanung und Personalentwicklungsplanung eine Einheit hergestellt wird, kann es letztlich zwei Extreme geben: Entweder werden personelle Tatsachen geschaffen, die ein Absinken der Qualität von Lehre und Forschung zur Folge haben, oder der gesamte Prozess wird blockiert und kommt letztlich zum Erliegen.

Weder das eine noch das andere wollen wir. Deshalb stellen wir den vorliegenden Antrag, der auch die gesamten Debatten der Hochschulen aufnimmt, insbesondere auch die Protestinitiativen der Martin-Luther-Universität.

Zu Punkt 1 unseres Antrages. Unabhängig von Einzelmaßnahmen muss die Bereitstellung von ausreichend vielen Funktions- und Qualifikationsstellen für ein kontinuierliches Qualifikationsgeschehen an den Hochschulen gewährleistet werden. Es darf nicht zur Bedingung gemacht werden, dass erst nach Beginn des geplanten Stellenabbaus um eine bestimmte Menge wieder Qualifikationsstellen bereitgestellt werden. Dieses Junktim ist offensichtlich gebildet worden. Es gäbe auch Möglichkeiten beispielsweise, wie wir es schon einmal praktiziert haben, einer Poolbildung beim Land. In diesem Zusammenhang müsste man sicher auch noch einmal darüber nachdenken, wie man das konkret umsetzen kann.

Zu Punkt 2. Hochschulen und Landesregierung müssen gemeinsam schnellstens die Möglichkeiten ausloten, die den personellen Umstrukturierungsprozess in Gang bringen und für die Betroffenen akzeptable Lösungen aufzeigen.

Zu Punkt 3. Selbstverständlich ist es unser politisches Ziel, so weit wie möglich Kündigungen zu vermeiden. Bisher war jedoch nur ungenügend erkennbar, inwieweit die Landesregierung mit den zuständigen Gewerkschaften dieses Ziel zu verwirklichen gedenkt. Deshalb halten wir die Vereinbarung für sehr wichtig, die es - das haben die Gespräche mit dem Rektor und dem Kanzler belegt - bei der Umsetzung des Gesamtprozesses leichter machen.

Zu Punkt 4. Ausgehend von der gegenwärtigen Situation und im Sinne eines erfolgreichen Umstrukturierungs- und Entwicklungsprozesses unserer Hochschulen scheint es uns geboten, die bereits im Jahr 2000 festgesteckten Rahmenbedingungen in zeitlicher, aber auch finanzieller Hinsicht nochmals unter die Lupe zu nehmen und gegebenenfalls auch den Mut zu haben, durch bestimmte Korrekturen besser zum Ziel zu kommen, wenn sich bei der Umsetzung zeigt, wo unrealistische Zielstellungen ausgebracht worden sind.

Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Antrag. - Einige wenige Worte zu dem Änderungsantrag der CDU.

Zu Punkt 1 des CDU-Antrages. Dabei handelt es sich um eine allgemeine Zielorientierung, die sich die Martin-Luther-Universität im Übrigen selbst stellt. Das ist nicht zu einem Beschluss im Landtag zu erheben, weil es gegenwärtig nichts anderes bedeuten würde, als mit Entlassungen zu beginnen, und zwar sofort. Deshalb lehnen wir diesen Punkt ab.

Zu Punkt 2. Dieser erscheint uns zu oberflächlich. Sie müssten relativ genau wissen, dass dafür bei Kapitel 06 02 überhaupt kein Geld vorgesehen ist. Die Personalkosten, also Hauptgruppe 4 bei Kapitel 06 02, auf die Sie spekulieren, sind offensichtlich die 7,6 Millionen DM, die erstmalig aus dem Einzelplan 13 - Verstärkungsmittel für Angestellte und Lohnempfänger - bei Ka-

pitel 06 02 eingestellt worden sind, also für Tarifsteigerungen, wobei Sie natürlich richtigerweise auf die Zielvereinbarungen verweisen. Es könnte aber auch heißen, die beiden anderen Universitäten - im Übrigen haben sie diese Zielvereinbarung noch gar nicht - verzichten auf Tarifsteigerungen zugunsten der Finanzierung des nicht strukturgemäßen Personals der Martin-Luther-Universität. Das heißt, es trifft nur Angestellte und Lohnempfänger und keine Beamten.

Zu Punkt 3. Er geht über die Zielstellung unseres Antrages deutlich hinaus. Ihr Punkt hat wiederum eine eigene Spezifik und unser Antrag ist bewusst enger gefasst. Dass es weitere ungelöste Problemgruppen gibt, darunter auch die medizinischen Fakultäten, ist unbestritten. Ich möchte aber diesen Problembereich nicht mit dem des Antrages vermischen. Wenn es nötig ist, dann sollten wir diesen Problembereich nochmals eigenständig thematisieren. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stofa:

Danke für die Einbringung. - Meine Damen und Herren! Es ist eine Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion in der Reihenfolge FDVP, SPD, CDU, DVU-FL und PDS vorgesehen. Als Erstem erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Harms das Wort.

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag zeigt, dass die PDS in wesentlichen Punkten mit dem bisherigen Vorgehen der Landesregierung bei der Weiterentwicklung der Hochschullandschaft konform geht. Das finde ich erfreulich. Ihr jetzt vorliegender Antrag zielt auf die konkrete Umsetzung der Beschlüsse, und diese bedürfen der Diskussion.

Die zukünftige Personalpolitik ist dabei ein Glied in einer Reihe von Maßnahmen, die bei der Gestaltung einer zukunftssträchtigen, attraktiven und auch wettbewerbsfähigen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft umgesetzt werden müssen. Sie ist mit Sicherheit jedoch einer der wichtigsten Teile.

Wie Ihnen aus meinen regelmäßigen Berichterstattungen im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft bekannt ist, habe ich für die Gesamtanalyse unserer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft eine Arbeitsgruppe „Wissenschaftsstruktur“ und gemeinsam mit den Hochschulen verschiedene Projektgruppen zu den unterschiedlichsten Themenkomplexen eingesetzt. Damit werden aus externer und aus interner Sicht Vorschläge erarbeitet, wie Sachsen-Anhalts Hochschul- und Wissenschaftslandschaft zukünftig gestaltet werden soll.

Die Arbeit dieser Gruppen wird bis Ende April abgeschlossen sein. Dann werden die Ergebnisse in schriftlicher Form vorliegen. Dann beginnt die Phase der Diskussion über diese Ergebnisse mit den Hochschulen, wie dies bereits verabredet ist.

Parallel dazu arbeiten die Hochschulen an der Untersetzung der korrigierten Entwicklungsplanung in ihren Einrichtungen. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass wir - darauf zielt dieser Antrag - in wesentlichen Teilen über ein Problem an der Martin-Luther-Universität in Halle reden. Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen, dass gerade das neue Rektorat in Halle sich dieser Aufgabe sehr sachkompetent und energisch stellt, allerdings auch auf Fragen stößt, die nur gemeinsam mit

der Landesregierung in einem engen Dialog voranzubringen sind. Diese Punkte werden teilweise in dem Antrag angesprochen.

Ich möchte einige Bemerkungen zu den konkreten Punkten des Antrags machen:

Dass die Universitäten unseres Landes bei der Bereitstellung ausreichender Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Mittelbau seit Jahren Probleme haben, ist bekannt. Dieses Problem, das im Wesentlichen aus der Übernahme von Personalstrukturen aus der DDR-Zeit resultiert, hat sich im letzten Jahr an der Universität Halle außerordentlich verschärft. Im Ergebnis hat das dazu geführt, dass wir zu viele wissenschaftliche Mitarbeiter auf Dauerstellen und deutlich zu wenige Qualifikationsstellen haben.

Dieses Verhältnis muss - das ist Konsens und ich unterstütze das nachdrücklich - zugunsten der Qualifikationsstellen verändert werden. Die Universität Halle - deshalb konzentriert sich unser Problem eigentlich auf diesen Bereich - steht dabei vor dem Problem, diesen Umbau mit einem notwendigen Personalabbau zu kombinieren. Wir werden in dieser Frage über flankierende Maßnahmen seitens der Landesregierung dringend nachdenken müssen.

Ihre Forderung, bei der Umsetzung Vereinbarungen mit den Gewerkschaften abzuschließen, halte ich für selbstverständlich. Genauso selbstverständlich ist es für mich, dass diese Umstrukturierungsmaßnahmen mit einer Reihe sozialverträglicher Angebote und Möglichkeiten kombiniert werden müssen, das heißt auch mit zumutbaren Beschäftigungsangeboten.

Letztlich bin ich aber - und auch Sie, wie ich Ihrem Antrag entnehmen kann - der Auffassung, dass im Falle der Ablehnung zumutbarer Beschäftigungsangebote betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen werden können.

Eines will ich deutlich sagen: Betriebsbedingte Kündigungen sollen, soweit es irgend möglich ist, vermieden werden. Aber wenn wir dies von vornherein ausschließen, dann schließen wir auch jede Bewegung in dem Bereich aus. Es muss deutlich werden, dass wir auf der einen Seite in der Tat verträgliche Angebote haben und dass wir auf der anderen Seite die Aussage haben, dass wir uns eine dauerhafte Alimentation bei fehlbesetzten Stellen nicht leisten können.

Das erklärte Ziel der Landesregierung ist es, Planungssicherheit für die Hochschulen zu schaffen. Das bedeutet, dass ein ausreichend bemessener finanzieller Rahmen zur Verfügung steht. Diesbezüglich haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung einen ersten Schritt getan. Ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass dieser der Überprüfung bedarf, wenn wir die konkreten Schritte umsetzen; denn schließlich muss das, was wir wollen, auch finanziert werden.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Landesregierung die Annahme dieses Antrags.

Beim Änderungsantrag der CDU mache ich auf Folgendes aufmerksam: Die Umgestaltung des Verhältnisses von Personalkosten und Sachmitteln ist ein weiterer Punkt, der den Umstrukturierungsprozess in der Hochschullandschaft Sachsen-Anhalts notwendig gemacht hat; denn der immer stärker ansteigende Anteil der Personalkosten fesselt die Hochschulen und sorgt dafür, dass sie in ihrem Bestand auf Verschleiß fahren, aber auch dafür, dass gerade die Kreativität im Forschungs-

bereich und in Bezug auf die Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt ist.

Am Ende dieses Prozesses, den wir jetzt eingeleitet haben, muss ein angemessenes Verhältnis stehen. Ich bestätige die in Ihrem Änderungsantrag vorgelegten Zahlen.

Aber wenn wir jetzt beschließen, dass dies auszufinanzieren ist, dann nehmen wir die Hochschulen von der Verantwortung für diesen Veränderungsprozess aus. Dem möchte ich gern entgegenreten.

Es handelt sich hierbei um einen Prozess zwischen der Landesregierung und den Hochschulen. Deshalb kann die Änderung des Sachkostenanteils nicht von uns beschlossen werden, sondern sie muss zunächst von den Senaten der Hochschulen beschlossen werden. Ich kann Ihnen mitteilen, dass beide Senatsbeschlüsse zu diesem Komplex eine entsprechende Veränderung vorsehen. Es geht jetzt also um eine schrittweise Annäherung an diesen Punkt.

Zur Entwicklung der medizinischen Fakultäten werde ich dem Kabinett in Kürze die Ergebnisse der Evaluierung und die damit in Verbindung stehenden Maßnahmen vorlegen und dann selbstverständlich auch den Ausschuss darüber informieren. Dazu bedarf es nicht eines Beschlusses.

Eine Übertragung des nicht strukturbesetzten Personals in den Einzelplan des Kultusministeriums führt zu demselben Effekt, den ich schon beim ersten Punkt genannt habe: Die Hochschulen werden hiervon entlastet, das Land steht allein mit diesem Problem da.

Ich denke, wir haben hier eine gemeinsame Verantwortung, die wir auch gemeinsam wahrnehmen sollten. Wir müssen andere Formen der Unterstützung finden. Daran arbeiten wir.

Einer der Punkte sind die bei Kapitel 06 02 Titelgruppe 78 eingestellten Mittel, die ausschließlich dem Ziel des sozialverträglichen Personalabbaus dienen.

Ähnlich verhält es sich mit den Tarifsteigerungen. In den im Jahr 1999 mit den Fachhochschulen und mit der Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein abgeschlossenen Zielvereinbarungen ist festgelegt worden, dass Tarifsteigerungen zusätzlich zum vorgesehenen Budget finanziert werden. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung auch diesen Teil der Vereinbarung einhalten wird.

Deshalb empfiehlt die Landesregierung die Zustimmung zum Antrag der PDS und die Ablehnung des Änderungsantrags der CDU.

Gestatten Sie mir abschließend noch eine Bemerkung zum Antrag insgesamt. Ich betrachte diesen mit Blick auf den Beschluss des Landtages vom 7. April 2000 als eine Ergänzung und Konkretisierung. Darin ist nämlich gesagt worden - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin -:

„Er“

- der Landtag -

„fordert die Landesregierung auf, in regelmäßigen Intervallen, beginnend im Herbst 2000, im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft über den Arbeitsstand zu berichten und konzeptionelle Strukturüberlegungen vor abschließenden Entscheidungen mit ihren möglichen Auswirkungen darzustellen.“

Insoweit bewegen wir uns auf der Basis des damaligen Beschlusses. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Minister, würden Sie noch eine Frage von Herrn Dr. Bergner beantworten?

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Ja, selbstverständlich.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Bitte schön.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Minister, wie verlässlich ist die in Ihren Ausführungen getroffene Aussage, dass gemäß den unterzeichneten Zielvereinbarungen die Tarifierhöhungen an den Fachhochschulen außerhalb des vereinbarten Budgets finanziert werden?

(Frau Dr. Sitte, PDS: Das steht darin!)

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Wenn ich es nicht gemeint hätte, hätte ich es nicht gesagt.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Sind Sie sich in dieser Frage mit dem Finanzminister einig?

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Ich bin mir in den meisten Fällen mit dem Finanzminister einig. In diesem Fall auch.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS - Herr Wiechmann, FDVP, lacht)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Danke, Herr Minister. - Für die FDVP-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Frau Wiechmann.

Frau Wiechmann (FDVP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es besteht kein Zweifel daran, dass die Bildungspolitik in die Gesamtpolitik eines Landes eingebettet ist und dass ihr Stellenwert dort unterschiedlich gesehen wird. Nach unserer Auffassung ist die Bildungspolitik in diesem Land wahrlich nicht auf Rosen gebettet und vor allem durch anhaltenden Finanzmangel geprägt.

Der vorliegende Antrag der PDS beinhaltet deshalb unserer Meinung nach zu Recht den Auftrag an die Landesregierung, die Konzeption für Rahmenbedingungen zur Personalentwicklung vorzulegen.

Jedoch - auch das muss gesagt werden - ist es für uns zweifellos sehr janusköpfig, wenn Sie, meine Damen und Herren von der linksextremistischen PDS, derartige Anträge vorlegen, aber insgesamt durch Enthaltung bei der Abstimmung über den Haushalt sozusagen den Freibrief für diese Landesregierung ausstellen. Bedenken Sie bitte, dass damit die Scharmützel in den Aus-

schüssen einfach nur zum Alibi werden und nicht die Glaubwürdigkeit Ihrer hier vorgebrachten Anträge fördern.

Aber natürlich geht es nicht nur darum, einen weiteren Stellenabbau zu verhindern. Es geht auch um personelle Umstrukturierungen innerhalb der Hochschulen. Dabei gilt es zweifellos auch zu überprüfen, ob gegenwärtig und künftig die bestehenden Schwerpunkte in Lehre und Forschung Bestand haben müssen.

Der Wissenschaftsrat forderte deshalb auch zu Recht eine regelmäßige Selbstevaluation in den Fachbereichen und Fakultäten. Der Hinweis des Rates darauf, dass sich die Fachbereiche im Sinne der Qualitätssicherung von Studium und Lehre systematisch und kontinuierlich Informationen über die beruflichen Wege ihrer Absolventen verschaffen, ermöglicht es auch, die Arbeitsmarktchancen abzuklären. Das wiederum erhöht die Attraktivität einer Studienrichtung über die Region, über das Land hinaus und beeinflusst die Wahl des Studienortes. Hierin liegen also Chancen für jede Hochschule.

Meine Damen und Herren! Wir sollten ernst nehmen, dass die Bedeutung privater Hochschulen und privatwirtschaftlicher Bildungsangebote künftig zunehmen wird, zumal vom privaten Hochschulsektor - so der Wissenschaftsrat - Impulse auf die Entwicklung eines modernen, zeitgemäßen Hochschulmanagements ausgehen.

Die Belebung des Wettbewerbs durch private Hochschulen um das Angebot besonders praxisorientierter Ausbildungen sei hier nur am Rande vermerkt. Das verdeutlicht, dass der Wettbewerb noch härter wird und nicht allein von den aufgrund der demografischen Entwicklung sinkenden Studentenzahlen beeinflusst wird.

Meine Damen und Herren! Wir wenden uns - das möchte ich hier für unsere Fraktion ganz deutlich sagen - gegen einen weiteren Personalabbau an den Hochschulen dieses Landes. Wir wenden uns aber auch gegen die Politik der Landesregierung, die alle ernst zu nehmenden Bedenken und Sorgen um die Entwicklung der Hochschulen, vorgetragen von den Rektoren und weiteren Experten, nicht mit der gebotenen Ernsthaftigkeit prüft und umsetzt; denn wer heute die Hochschulen beschneidet, der verspielt die Zukunft dieses Landes.

Herr Minister Dr. Harms, wir haben Ihre Worte heute sehr deutlich vernommen. Ich denke, wir können Sie in Zukunft daran messen. Die Fraktion der FDVP stimmt dem vorliegenden Antrag zu. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDVP)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Ernst.

(Herr Ernst, SPD: Wir verzichten!)

- Sie werden die Sympathien aller haben.

(Zustimmung)

Herr Dr. Bergner, Sie haben für die CDU das Wort. Bitte schön.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich den PDS-Antrag vorgelegt bekommen habe, war ich eine

Zeit lang der Meinung, es könnte ein Zeichen tätiger Reue sein,

(Zustimmung von Herrn Schulze, CDU)

und zwar weil die PDS nunmehr einsieht, dass es falsch war, bei den Beratungen über den Haushaltsplan 2000 und bei den Beratungen über den Haushaltsplan 2001 Anträge der CDU auf Aufstockung der Mittel gemeinsam mit der SPD abzulehnen. Denn insbesondere mit Blick auf die zugespitzte Problemlage der Martin-Luther-Universität, aber auch mit Blick auf Dinge, die ich zumindest von einigen Fachhochschulen gehört habe, ist festzustellen: Wir haben das Problem der Unterfinanzierung der Hochschulhaushalte, und dies ist zunächst der Ansatzpunkt. All das, was wir noch unter diesem Vorzeichen versuchen, können nur Linderungsversuche sein; das eigentliche Problem wird nicht gelöst.

Ich bleibe bei der Martin-Luther-Universität. Herr Minister, Sie wissen sehr gut - man hat es Ihnen im Senat vorgerechnet -, dass die Unterfinanzierung selbst dann einträte, wenn schon jetzt die vorgegebene Zielgröße in Bezug auf die Personalbesetzung erreicht würde. Sie ist aber bei weitem noch nicht erreicht. Nun wird Raubbau betrieben, der ein völlig verschobenes Verhältnis zwischen Personal- und Sachkosten zur Folge hat.

Ich stimme Ihnen darin zu, Herr Minister, dass es um die eigentliche Innovationsfähigkeit der Hochschule geht und dass wir als Parlamentarier bei aller Verantwortung, die in den Hochschulen selbst liegt, nicht umhin kommen, die Frage zu beantworten, wie wir mit dieser Situation umgehen wollen. Es muss doch möglich sein, dass wir uns darauf verständigen, dass die Universitäten ein Verhältnis zwischen Personal- und Sach- sowie Investitionsmitteln haben, das für deutsche Universitäten Standard und Voraussetzung für den Wettbewerb ist. Das ist unser erster Änderungspunkt.

(Beifall bei der CDU)

Nun will ich nicht über Formulierungen streiten. Dass Sie der Formulierung „zu gewährleisten“ nicht zustimmen können, belegt ausdrücklich, dass die Haushalte unterfinanziert sind. Sonst könnte es ja sofort gelöst werden. Wir können meinetwegen „anzustreben“ schreiben. Das wäre mir auch egal. Wir müssen uns nur zu dieser Zielgröße bekennen.

Ein weiterer Weg, um kurzfristig handeln zu können, nachdem der Kultusminister selbst vor Ort in Gesprächen mit dem Personalrat die Beschlüsse bezüglich des Personalabbaus, die zum Teil im Selbstverwaltungsorgan schon vorbereitet waren, konterkariert hat, indem er sagte, er werde kein „Kündigungsminister“ sein, bleibt die Möglichkeit, die wir bereits bei den Haushaltsberatungen vorgeschlagen haben. Sie lautet, dass man das nicht strukturgemäße Personal vor die Klammer zieht.

Frau Dr. Sitte, in der Titelgruppe 78 ist eine Vorsorge getroffen worden, die nur leider, weil Sie unseren Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt haben, gemessen an der Zahl der zu bewältigenden Stellen unzu-reichend sein wird. Aber diese Vorsorge ist vorhanden. Ich frage Sie ausdrücklich, warum Sie unserem Vorschlag, so zu verfahren, nicht folgen wollen.

Herr Minister, Ihr Argument ist das fragwürdigste: Das Land stünde dann mit den Stellen allein; die Hochschulen sollen es bewältigen. - Was heißt es denn, wenn die Hochschulen dafür Senatsbeschlüsse treffen und Sie dann in die Hochschulen fahren und sagen: Mit diesen Senatsbeschlüssen kann es nicht vollzogen werden?

Dann machen Sie es doch tatsächlich in der Verantwortung des Landes, indem Sie hier einen Personalpool schalten, der außerhalb der Hochschulverantwortung steht und dafür erst einmal Ordnung in die Hochschulstruktur der Martin-Luther-Universität einkehren lässt und im Übrigen eine ganze Menge anderer ärgerlicher Streitfälle auf eine reale Basis bringt, nämlich den Streitfall, dass eine zunehmende Diskrepanz in der Hochschulentwicklung zwischen den Universitäten Halle und Magdeburg beklagt wird.

Ich sehe mich völlig außerstande, die Klagen, die jetzt in Halle an mich herangetragen werden, sachlich zu prüfen, weil ich ein wildes Gemisch von strukturgemäßigem und nicht strukturgemäßigem Personal habe. Ich brauche doch erst einmal die Klarheit. Die erhalte ich dadurch, dass ich das nicht strukturgemäße Personal vor die Klammer ziehe und dann die Strukturen vergleichen kann. Danach weiß ich, ob die Vorwürfe, die in Halle erhoben werden, begründet oder nicht begründet sind.

Aber das alles scheint Ihnen egal zu sein. Sie scheinen bis zur nächsten Landtagswahl einen Schlingerkurs fahren zu wollen, indem keine wirklichen Entscheidungen getroffen werden. Das finde ich schade; denn auf diese Weise geht für unsere Hochschulentwicklung eine Menge Entwicklungszeit verloren.

Dass Sie die medizinischen Fakultäten aus diesem ganzen Komplex herausnehmen, kann ich nur als Ausdruck von Scham betrachten, Herr Minister. Was sich die Landesregierung damit geleistet hat, indem sie gesetzlich vorgeschriebene Investitions- und Personalkosten nicht eingehalten hat und die im Gesetz vorgesehene Nachfolgeregelung ab dem Jahr 2001 bis heute schuldig geblieben ist, lässt es doch berechtigt erscheinen, die Regelung für die medizinischen Fakultäten mit in den Blick zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich sage das zu den Antragstellern der PDS: Wir werden den Antrag mit Stimmenthaltung passieren lassen, wenn Sie unseren ablehnen. Das ist dann relativ egal. Nur, Ihr Verhalten in Bezug auf unseren Änderungsantrag zeigt mir, dass die Motivation Ihres Antrages eben nicht tätige Reue nach der Verweigerungshaltung in den Haushaltsberatungen ist, sondern vielmehr der Versuch der Flucht aus der Verantwortung. Sie haben die Misere an der Martin-Luther-Universität mit zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt flüchten Sie mit solch scheinheiligen Anträgen. Das soll wenigstens deutlich gesagt werden. Wir werden es jedenfalls vor Ort so sagen.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Seit geraumer Zeit verfolgen Damen des Frauenprojektes „40+ Magdeburg“ den Diskussionsbeitrag des Kollegen Dr. Bergner. Ich begrüße Sie herzlich in unserem Hause.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich teile mit, dass die DVU-FL-Fraktion auf einen Redebeitrag verzichtet hat. Ich frage Frau Dr. Sitte, ob sie noch einmal reden möchte. - Sie möchte das tun. Bitte, Frau Dr. Sitte.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Nur einige wenige Sätze. Als wir den Antrag gestellt hatten und er als Drucksache veröffentlicht worden ist,

sind Sie gestern Abend zu mir gekommen und haben gesagt, es wird schwierig, dazu einen Änderungsantrag zu stellen.

Herr Bergner, wir haben uns bei dem Antrag wirklich vorher mit dem Rektor zusammengesetzt. Wir waren auf den öffentlichen Veranstaltungen. Wir haben mit dem Studentenrat, mit dem Personalrat und mit der Gewerkschaft gesprochen und haben versucht, eine Kompromisslösung zu finden.

Sie haben offensichtlich, wenn Sie uns schon vorwerfen, dass wir damit nicht ernsthaft umgehen, noch weniger ernsthaft daran gedacht, für die Martin-Luther-Universität wirklich etwas zu tun, indem Sie einfach gestern Abend einmal darüber nachgedacht haben, wie man denn die Vorlage von der PDS noch ein bisschen aufstocken und gleich noch ein ganz anderes Problem hinzufügen könnte, nämlich das der medizinischen Fakultät. Ich meine, die medizinische Fakultät kann man in diesem Antrag nicht nebenbei als fünften Punkt beschließen.

(Beifall bei der PDS)

Darüber müssen wir extra verhandeln, daran muss extra gearbeitet werden.

Eine zweite Anmerkung, die ich mir gestatten möchte, ist: Ja, Sie haben den Antrag auf Geldaufstockung schon zu den Haushaltsverhandlungen gestellt, aber übrigens auch erst hier im Plenum, nicht etwa im Ausschuss. Schon damals habe ich Ihnen gesagt: Das Geld allein löst das Umstrukturierungsproblem nicht.

In der Wissenschaftslandschaft finden so tiefgreifende Veränderungsprozesse statt, dass sie sich nicht nur in den Personalentwicklungen niederschlagen, sondern auch im Verhältnis der einzelnen Fachbereiche zueinander. Das muss man mit in Rechnung stellen.

Wenn der Rektor der Auffassung ist: Frau Sitte, natürlich brauchen die Hochschuleinrichtungen dort etwas Druck, damit sich an der Stelle mit dem Engagement der Hochschulen, der Universitätsleitung und der Betroffenen wirklich nachhaltig etwas ändert, dann kann ich das zwar als Vorwand nehmen, um den Antrag zu verstärken, aber dann weiß ich natürlich ganz genau: Auch an der Universität findet ein Prozess der Auseinandersetzung um Ressourcen zwischen den Fachbereichen statt.

Dann kann ich mich nicht zurückziehen und sagen: Das muss die Universität für sich lösen.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Das habe ich nicht gesagt! Das hat der Minister geäußert!)

Ich weiß, dass der Beschluss, den wir im Dezember gefasst haben, schwierig ist. Die Beschlüsse zum Haushalt vom Dezember sind für jedes Ressort, für das Sozialressort ebenso wie für die Hochschulen, schwierig. Dass es sich dabei um einen Gesamtkompromiss gehandelt hat, wissen Sie ganz genau. Jetzt können wir nur versuchen, diese Vorgaben in den einzelnen Ressorts so umzusetzen, dass die ursprüngliche Zielstellung, die wir damit verbunden haben und die auch die Hochschulen teilen, letztlich umsetzbar bleibt.

Ich beantworte jetzt keine Frage mehr dazu. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stofa:

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Debatte und kommen zum Abstimmungsverfahren zu den Drucksachen 3/4101 und 3/4134.

Es ist zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drs. 3/4134 abzustimmen. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung hat dieser Änderungsantrag keine Mehrheit gefunden.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Antrag in der Drs. 3/4101 in der ursprünglichen Fassung. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer ganzen Reihe von Stimmenthaltungen ist dem Antrag in der Drs. 3/4101 zugestimmt worden.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 27. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 28. Sitzungsperiode für den 1. und 2. März 2001 ein. Die nächste Sitzung des Ältestenrates findet am 22. Februar 2001 statt.

Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg und ein möglichst stressarmes Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 14.59 Uhr.

